



Das Europäische Klimagesetz

Ein erster Schritt in die richtige Richtung 40

2. Symposium zur Wachstumskritik

Wirtschaft ohne Wachstumszwang! 48

Ökologie Politik



WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM?

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Energie- und CO ₂ -Wende	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM?

6 Fragen (I): „Um eine Abwärtsspirale zu vermeiden, braucht es Wachstum“ Interview mit Prof. Dr. Mathias Binswanger	8
6 Fragen (II): „Wir müssen Wachstum neu definieren“ Interview mit Prof. Dr. Riane Eisler	10
6 Fragen (III): „Das BIP sagt nichts über die Lebensqualität aus“ Interview mit Christian Felber	13
6 Fragen (IV): „Arbeitslose sind die natürlichen Gegner der Umweltbewegung“ Interview Prof. Dr. Heiner Flassbeck	15
6 Fragen (V): „Eine nachhaltige Wirtschaft kann keine kapitalistische sein“ Interview mit Dr. Bruno Kern	17
6 Fragen (VI): „Die Hälfte aller Erwerbsarbeit ist entweder sinnlos oder schädlich“ Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	20
6 Fragen (VII): „Die Transformation muss über einen stetigen Wandel stattfinden“ Interview mit Kai Schlegelmilch	23
6 Fragen (VIII): „Das Lebensnotwendige ins Zentrum des Wirtschaftens stellen“ Interview mit Andrea Vetter	26
Corona-Krise: Der Staat muss es richten – und kann es richten von Günter Grzego	28
Changemanagement: „Ohne Sinn keine Motivation, ohne Motivation kein Handeln“ Interview mit Axel Nauert	32
Klimaschutz: Gestaltungsspielräume konsequent nutzen! von Ulrich Brehme	34

ÖDP INTERN (Auszug)

An alle Mitglieder – von Christian Rechholz	36
Die Zeit ist reif – von Christian Rechholz	38
Aus dem Bundesverband – von Claudius Moseler	41
Aus dem Europaparlament – von Manuela Ripa	42
Landesverbände	45
Fridays-for-Future-Aktivist führt ÖDP Berlin in die Abgeordnetenhauswahl '21 – Interview mit Tom Kube	53
Mitgliederplattform geht an den Start – von Jan Altnickel	56
Die Kommunen mit freiwilliger Schuldenbremsen-Satzung – von Walter Konrad	59
Bundesarbeitskreise	60
Presseticker	62
2. Symposium zur Wachstumskritik „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“	66
Impressum/Vorschau/Termine	67

Liebe Leserinnen und Leser,

moderne Volkswirtschaften brauchen Wachstum. Doch dies scheint in einem eklatanten Widerspruch zu den ökologischen Notwendigkeiten zu stehen. In den vergangenen Jahrzehnten diente ein geringes Wachstum immer wieder als Begründung, warum eine strengere Umweltpolitik gerade jetzt nicht möglich sei. Und wenn das Wachstum hoch war, dann wurde davor gewarnt, es dürfe jetzt nicht durch strengere Umweltgesetze ausgebremst werden. Friedrich Merz (CDU) twitterte im September 2019 gar, hinter den immer lauter werdenden Forderungen nach mehr Klimaschutz verberge sich in Wahrheit die Absicht, unsere „freiheitliche Lebensweise“ und „marktwirtschaftliche Ordnung“ zu zerstören.

Als größte politische Herausforderung sieht Merz das neue asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen RCEP. Geht es beim Wunsch nach Wachstum also insgeheim vor allem um plumpes geopolitisches Machtstreben? Oder ist es tatsächlich so, dass bei fehlendem Wachstum ein wirtschaftlicher Niedergang ausgelöst wird, der ins gesellschaftliche Chaos führt? Ist Wachstum also alternativlos? Oder ist es umgekehrt: Ist eine Abkehr vom Wachstum alternativlos – weil in einer endlichen Welt unendliches Wachstum gar nicht möglich ist?

Irritierend ist dabei die Tatsache, dass es sich beim Wachstum – genauer gesagt: beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) – nur um eine Geldsumme handelt. Und noch irritierender ist, dass das Geld aus dem Nichts geschöpft wird, also physisch gar nicht existiert. Sehr real sind dagegen die Umweltzerstörungen und sozialen Verwerfungen, die unsere Wirtschaft anrichtet. Deshalb ist klar: Sie muss künftig sehr viel gemeinwohlorientierter und weniger profitorientiert agieren. Und damit sie das tut, muss die Politik sie entsprechend steuern. Die Corona-Pandemie erinnert daran, dass die Politik die Gestaltungshoheit über die Wirtschaft hat – und nicht die Wirtschaft die Gestaltungshoheit über die Politik.

Doch wie soll unsere künftige Wirtschaftsordnung konkret aussehen? Und mit welchen Schritten gelangen wir dorthin? Die ÖDP veranstaltete dazu Anfang 2020 ein Symposium. Und plant für Anfang 2021 ein weiteres. Die ÖkologiePolitik stellte für diese Ausgabe acht Wirtschaftsexperten dieselben sechs Fragen. Dadurch werden die Übereinstimmungen und die Unterschiede ihrer Positionen deutlich. Die Reihenfolge der Interviewpartner ist alphabetisch. So können Sie sich Ihre eigene Meinung bilden.

Viel Spaß dabei! Und ein frohes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihr  und Ihr 



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



Energie- und CO₂-Wende

In diesem Jahr lag der CO₂-Messwert bei 417,2 ppm, 2021 wird er wohl die Grenze von 420 ppm überschreiten. Dass die Klimaerwärmung sich noch auf unter 2 Grad begrenzen lässt, wird von Klimaforschern mit einer Wahrscheinlichkeit auf weniger als 5 % prognostiziert, eine Überschreitung der oberen Grenze von 4,5 Grad mit einer Wahrscheinlichkeit von 6–18 %. Fridays for Future hat vom Wuppertal Institut ausrechnen lassen, wie Deutschland bis 2035 CO₂-neutral werden könnte. Das entspricht dem CO₂-Anteil Deutschlands, wenn das zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget von 580 Mrd. Tonnen weltweit gleich verteilt würde. Unsere CO₂-Emissionen müssten dann jedes Jahr um 60–70 Mio. Tonnen zurückgehen. Das sind Größenordnungen, die bislang nur in Wirtschaftskrisen verzeichnet wurden. CO₂-Neutralität bis 2035 zu erreichen, wäre extrem anspruchsvoll, aber möglich.

Jedes Jahr müssten neue Wind- und Solaranlagen mit einer Gesamtkapazität von 25.000–30.000 MW installiert werden – 3- bis 4-mal so viel, wie die Bundesregierung anstrebt. Für die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien müsste bis 2035 eine 7- bis 9-mal so hohe Kapazität an Elektrolyseuren bereitstehen, wie es die Bundesre-

gierung plant. Die Verstromung von Kohle müsste bis 2035 vollständig eingestellt werden. 4-mal so viele Gebäude wie derzeit müssten energetisch saniert werden, doch die Bundesregierung will die Quote nur verdoppeln. Der Autoverkehr müsste halbiert, die ÖPNV-Nutzung ver-

CO₂-Neutralität bis 2035 zu erreichen, wäre extrem anspruchsvoll, aber möglich.

doppelt, ein Drittel des Lkw-Verkehrs auf die Bahn verlagert und Inlandsflüge eingestellt werden. Die Wärme in den Häusern müssten größtenteils Wärmepumpen erzeugen. Die Pro-Kopf-Wohnfläche müsste sinken.

Doch der bis 2038 gestreckte Kohleausstieg gibt den Kohlekraftwerken in Deutschland eine Laufzeitgarantie mit Zahlungen über 4 Mrd. Euro. Die Rechtslücken in den Verträgen bieten den Betreibern zudem die Möglichkeit, Gewinne aus der Braunkohleverstromung ins Konzernvermögen abfließen zu lassen. Die Empfehlungen der Kohlekommission wurden nicht eingehalten. Das Kraftwerk Datteln 4 hätte nicht ans Netz gehen dürfen. Und das Festhalten am Tagebau Garzweiler ist ebenfalls klimapolitisch nicht zu rechtfertigen. Da ab August 2021 neue Grenzwerte für Stickstoffdioxid-Emissionen aus der Luftqualitäts-

richtlinie der EU gelten, müssen Stein- und Braunkohlekraftwerke aufwendig nachgerüstet werden, so dass sie von den Betreibern sowieso stillgelegt worden wären.

In Bayern, wo der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter von der CSU behindert wird, ist in diesem Jahr kein einziges neues Windrad ans Netz gegangen. Bundesminister Peter Altmeier (CDU) hat so große Mindestabstände für Windkraftanlagen durchgesetzt, dass diese Energieform nun „am Boden liegt“. Solaranlagen werden mit Ausschreibungen verhindert.

Solarthermische Kraftwerke haben das höchste Potenzial, die Herstellungskosten von Wasserstoff drastisch zu senken. Die Wasserstoffstrategie der EU-Kommission sieht jetzt den Einsatz von „blauem“

Wasserstoff aus Erdgas mit CO₂-Verpressung (CCS) vor, weil man nicht über genug Ökostrom für „grünen“ Wasserstoff verfügt. Mit erneuerbaren Energien produzierter Wasserstoff verursacht einen CO₂-Ausstoß von 26 g/kWh, mit fossilem Erdgas produzierter einen von 398 g/kWh. Die Erdgaslobby von der „Clean Hydrogen Alliance“ hat sich gegenüber der EU-Kommission durchgesetzt. „CCS ist teuer, ineffizient und verlängert nur das Geschäftsmodell der fossilen Energieträger. Erneuerbare sind günstiger“, sagt Claudia Kemfert, Energieökonomin des DIW. CCS kostet bis zu 440 Euro/t CO₂.

Das Trittbrettfahrerverhalten der Industriestaaten wird erst dann aufhören, wenn externe Umweltkosten konsequent internalisiert werden und Antidumpingzölle eingeführt werden.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Kriege erzeugen große Flüchtlingsströme

Der Großteil der in Griechenland registrierten Flüchtlinge stammt aus Afghanistan, Irak und Syrien, wo die deutsche Bundeswehr operiert, und aus Pakistan, wo die USA



Drohnenangriffe durchführen – das berichtet eine Studie des Watson Institutes for International and Public Affairs. Die Kriege der USA und ihrer Verbündeten haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten 35 bis 60 Mio. Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Allein in Afghanistan, Pakistan, Irak, Syrien und Jemen sind bei Kampfhandlungen rund 800.000 Menschen ums Leben gekommen, rund 3 Mio. Menschen, wenn man die Opfer von Kriegsfolgen wie Unterernährung oder Krankheiten einberechnet.

» www.t1p.de/qbb5

Entschädigungen verzögern Kohle-Ausstieg

Greenpeace Energy hat bei der Europäischen Kommission Beschwerde gegen die im Rahmen des Kohleausstiegs geplanten Entschädigungszahlungen eingelegt und warnt vor negativen Auswirkungen auf den Klimaschutz sowie vor Wettbewerbsnachteilen für erneuerbare Energien und Ökostromversorger. Die Entschädigungszahlungen führen dazu, dass fossile Kraftwerke erst später



abgeschaltet werden, als dies unter reinen Marktbedingungen der Fall wäre, argumentiert die Umweltorganisation. Die Bundesregierung setzt falsche Anreize, die den Kohleausstieg verlangsamen, statt ihn zu beschleunigen. So wird die Stilllegung von Kohlekraftwerken wohl in den nächsten 10 Jahren vor allem von China, Indien und den USA vorangetrieben, die zahlreiche Kohlekraftwerke aufgrund von Alter und Unwirtschaftlichkeit ausschalten.

» www.t1p.de/0ojw

Studie fordert Reform der EEG-Umlage-Befreiung

Die energieintensive Industrie genießt umfangreiche Ausnahmen bei den Energiepreisen. Mit einem dreistufigen Modell fordern Friedrich-Ebert-Stiftung und Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), diese Rabatte abzusenken. Die begünstigte Strommenge der Industrie würde sich in etwa halbieren. Auf 17 Mrd. Euro jährlich beziffert das FÖS die Subventionen im Energiebereich, die dem Klimaschutz entgegenstehen. Über 2.000 deutsche Unternehmen profitierten im vergangenen Jahr von den EEG-Ausnahmen. Wegen der stetig wachsenden Zahl von Betrieben, die in den Genuss der Industrierabatte kommen, ist eine Reform des EEG überfällig. Und weil ab 2021 Zehntausende Ökostromanlagen aus der Förderung fallen.

» www.t1p.de/1m7w

EEG-Novelle verstößt gegen Europarecht

Die Solarbranche kritisiert, dass Betreiber von Solarstromanlagen durch das deutsche Energierecht zunehmend diskriminiert werden. Vor allem sogenannte „Prosumer“. Das sind private Verbraucher und Unternehmen,



die ihren Solarstrom anteilig selbst verbrauchen und nicht vollständig ins öffentliche Stromnetz einspeisen. Mit dem jüngst vorgelegten Gesetzesentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 (EEG 2021) droht sich die Situation zu verschärfen. Nach der Erneuerbare-Ener-

gien-Richtlinie ist der anteilige Selbstverbrauch von Solarstrom durch die Mitgliedstaaten zu unterstützen und nicht zu verhindern. Das im EEG-Entwurf vorgesehene Eigenversorgungsverbot steht dazu in krassm Widerspruch und Abgaben oder Umlagen auf den Selbstverbrauch sind auch nur noch in engen Ausnahmen zulässig, betont der Bundesverband Solarwirtschaft.

» www.t1p.de/7vzo

Pestizide verbreiten sich in ganz Deutschland

Eine Studie, die das Umweltinstitut München und das Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft in Auftrag gaben, belegt die massive Verbreitung von Pestiziden in ganz Deutschland. Selbst auf dem Brocken-Gipfel weisen Umweltexperten Pflanzengifte nach. Die Ergebnisse stammen aus Messungen an insgesamt 163 Standorten zwischen 2014 und 2019. Glyphosat, Pendimethalin,



Foto: schauhin/pixabay.com

Prosulfocarb, Terbuthylazin und Metolachlor wurden weit entfernt von potenziellen Ursprungsäckern gefunden. Der Ferntransport von Pestiziden wird im europäischen Zulassungsverfahren bislang kaum berücksichtigt.

» www.ackergifte-nein-danke.de/studie

Ein klimaneutrales Deutschland bis 2050 ist möglich

Agora-Energiewende und die Stiftung Klimaneutralität haben ein Konzept für ein klimaneutrales Deutschland bis 2050 veröffentlicht. Hierzu bedarf es eines umfassenden Investitionsprogramms, das den Ausbau der erneuerbaren Energien und einer Wasserstoffinfrastruktur vorantreibt sowie die energetische Sanierung fast aller Gebäude beinhaltet. Bei der Photovoltaik ist bis 2030 eine Verdreifachung der aktuell installierten Leistung auf 150 GW nötig, bei der Windkraft an Land eine Steigerung von 54 auf 80 GW, bei der Windkraft auf See eine von 8 auf 25 GW. Im Gegenzug würde der Ausstieg aus der

Kohleverstromung beschleunigt und schon bis 2030 abgeschlossen. Der Verkehr soll sich zunehmend auf Bus, Bahn, Fuß und Fahrrad verlagern.

» www.t1p.de/j3pm

EZB torpediert mit Anleihekäufen den Klimaschutz

Eine neue Studie von Greenpeace und mehreren Universitäten zeigt, wie die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihren Käufen von Unternehmensanleihen vor allem klimaschädliche Aktivitäten begünstigt. 63 % der Anleihen



Foto: moritz20/pixabay.com

stammen aus Sektoren, die mit ihrem CO₂-Ausstoß massiv zur Klimakrise, aber nur sehr wenig zur Beschäftigung und zur Bruttowertschöpfung in der Eurozone beitragen. Mit einer Neuausrichtung ihrer Politik würde die EZB auch mehr Finanzinstitute ermutigen, sich aus der Finanzierung klimaschädlicher Geschäftsmodelle zu verabschieden.

» www.t1p.de/1vn1

China kündigt Klimaneutralität bis 2060 an

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping kündigte bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen an, dass China seine Klimaziele korrigieren wird, um noch vor 2060 Klimaneutralität zu erreichen. Bisher hatte es keine Festlegung Chinas gegeben, bis wann Klimaneutralität erreicht sein soll. In zentralen Punkten entspricht die Ankündigung den Forderungen, die die EU in Gesprächen gestellt hatte. Die Umweltorganisation Germanwatch sieht darin einen Durchbruch in der internationalen Klimadiplomatie und einen Beweis dafür, dass die EU andere Staaten zu mehr Klimaschutz bewegen kann, wenn sie selbst ernsthafte Klimapolitik betreibt. Ohne den Vorschlag der EU-Kommission, das europäische Klimaziel für 2030 auf minus 55 % zu verbessern, wäre China dazu nicht zu bewegen gewesen.

» www.germanwatch.org/de/19270

Bücher

Neoliberalismus & Demokratie

Tariq Ali, Heiner Flassbeck, Rainer Mausfeld u. a.

Die extreme Mitte

Wer die westliche Welt beherrscht.

Eine Warnung

Promedia, September 2020

144 Seiten, 17,90 Euro

978-3-85371-476-8



Mit dem Ende des Ostblocks im Jahr 1989 begann der Siegeszug des Neoliberalismus: das Ende des Sozialstaates, eine umfassende Privatisierungswelle, die Selbstabschaffung der Sozialdemokratie und die Anpassung der Grünen. Es regiert seither eine „extreme Mitte“. Extrem sind die Folgen ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die politische Zementierung ihres gesellschaftlichen Konsens. Die heutige Wirtschaftsordnung braucht Schiedsrichter für Streitfälle zwischen Unternehmen, aber keine Demokratie. Die stört eher. Die Autoren des Buchs beleuchten aus verschiedenen Perspektiven den fundamentalen Wandel im Selbstverständnis westlicher Gesellschaften – und mit welchen Mitteln er durchgesetzt wurde und weiterhin durchgesetzt wird. (gh)

Wut & Rechtsextremismus

Michael Kraske

Der Riss

Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört

Ullstein, Februar 2020

352 Seiten, 19,99 Euro

978-3-550-20073-1



Der Rechtsruck in ostdeutschen Bundesländern kam nicht plötzlich, sondern entwickelte sich langsam. Das Buch beschreibt anschaulich, wie sich die Bevölkerung immer mehr an rechtsextreme Ideologie, Strukturen und Gewalt gewöhnte. Pegida bereitete einem offenen Rassismus den Weg, Wahlerfolge der AfD folgten, ebenso eine Zunahme rechter Straftaten. Das Buch versucht auch, die grassierende Wut zu verstehen und ihre Ursachen aufzuspüren. Dafür wurde es kürzlich mit dem Otto-Brenner-Preis für herausragende publizistische Analysen ausgezeichnet. Die Jury hält es für einen „Leuchtturm in der wachsenden Publikationsflut zum Thema“ und lobt es als „ein Machtwort pro liberale Demokratie“. (gh)

Biodiversität & Mensch

Frauke Fischer, Hilke Oberhansberg

Was hat die Mücke je für uns getan?

Endlich verstehen, was biologische Vielfalt für unser Leben bedeutet

oekom, Oktober 2020

224 Seiten, 20,00 Euro

978-3-96238-209-4



Das Buch stellt unterhaltsam und verständlich dar, welche Bedeutung die Biodiversität für unser Leben hat. Die Natur ist ein komplexes Netzwerk, in der jeder Organismus eine wichtige Rolle spielt. Keine Art existiert unabhängig von den anderen. Ohne den Reichtum der Natur könnten wir nicht überleben: ohne Insekten kein Obst, ohne Mikroorganismen kein Humus. (gh)

Klimaerwärmung & Klimafokussiertheit

Mathias Bröckers

Klimalügner

Vom Ende des Kapitalismus

und der Zuvielisation

Westend, November 2020

100 Seiten, 12,00 Euro

978-3-946778-20-2



Die Klimaerwärmung macht blind für die komplexe Wirklichkeit: Die einen verharmlosen die CO₂-Emissionen und wollen ein unbekümmertes „Weiter so!“, die anderen sind zu sehr auf sie fokussiert und nehmen die anderen Umweltzerstörungen kaum mehr wahr. Dabei braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Der Mensch muss vom Parasiten zum Symbionten werden. (gh)

Arbeitsideologie & Umwelterstörung

Günther Moewes

Arbeit ruiniert die Welt

Warum wir eine andere Wirtschaft brauchen

Nomen, Juni 2020

152 Seiten, 12,00 Euro

978-3-939816-74-4



Sowohl von Linken als auch von Neoliberalen wird die Arbeit glorifiziert. Dabei unterscheiden die beiden nicht zwischen notwendiger, vermeidbarer und schädlicher Arbeit. „Sozial ist, was Arbeit schafft“, lautet ein beliebter und irreführender Slogan, um Wachstum auf Kosten der Umwelt zu rechtfertigen. Davon profitieren aber immer weniger Menschen. (gh)

6 Fragen (I)

„Um eine Abwärtsspirale zu vermeiden, braucht es Wachstum“

Mit der Frage, warum unsere Volkswirtschaften selbst dann weiterwachsen müssen, wenn wir eigentlich genug haben und zufrieden sind, beschäftigt sich dieser Schweizer Volkswirtschaftsprofessor.

Interview mit Prof. Dr. Mathias Binswanger

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Binswanger, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Prof. Dr. Mathias Binswanger: Weil die Wirtschaft ohne Wachstum schnell in Probleme gerät, welche

Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplät-

„Kaum wächst die Wirtschaft nicht mehr, so beginnen Unternehmen vermehrt Verluste zu machen und es kommt zu Entlassungen.“

auch die Politik betreffen. Am besten lassen wir hier Angela Merkel zu Wort kommen – Originalzitat: „Ohne

Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen.“ Wenn Politiker so denken, dann muss Wachstum das primäre Ziel sein.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Es gibt nur die Alternativen Wachstum oder Schrumpfung. Kaum wächst die Wirtschaft nicht mehr, so beginnen Unternehmen vermehrt Verluste zu machen und es kommt zu Entlassungen, was wiederum bei anderen Anbietern zu Verlusten führt. Um eine solche Abwärtsspirale zu vermeiden, braucht es Wachstum. Die sozialen Folgen bestehen in erhöhter Arbeitslosigkeit, sinkenden Einkommen und damit verbundenen



Prof. Dr. Mathias Binswanger, Jahrgang 1962, Sohn des bekannten Ökonomen Hans Christoph Binswanger, studierte Volkswirtschaftslehre und schlug anschließend eine akademische Berufslaufbahn ein. Er war Dozent und Gastprofessor an verschiedenen Universitäten. Seit 1998 ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomie, Finanzmarkttheorie, Umweltökonomie und Glück.

www.mathias-binswanger.ch

Problemen der weiteren Finanzierung des Sozialstaates.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Nein. Der Zusammenhang ist nicht zwingend. Wir können eine Einheit des BIP mit mehr oder weniger Energieverbrauch oder Umweltzerstörung produzieren. Es gibt ein erhebliches Potenzial, das Wirtschaftswachstum weiter vom Energie- und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und damit auch die CO₂-Emissionen zu verringern. Allerdings ist das in Ländern wie Deutschland oder der

Schweiz relativ leicht möglich, weil wir ressourcenintensive Produkte zu einem großen Teil importieren und Emissionen deshalb im Ausland anfallen. Wir müssen den Zusammenhang deshalb auf globaler Ebene anschauen. Und dort ist es bis heute nicht gelungen, einen absoluten Rückgang der CO₂-Emissionen bei weiterem BIP-Wachstum hinzube-

maximaler Gewinn angestrebt wird. Aus diesem Grund kann man von den Managern einer Aktiengesellschaft nicht erwarten, dass jetzt plötzlich Nachhaltigkeit zu einem primären Ziel wird. Bei anderen Unternehmensformen wie z. B. Genossenschaften ist es hingegen möglich, auch andere Ziele als Gewinnmaximierung ernsthaft zu verfolgen. Will man den Wachstums-

„Es gibt ein erhebliches Potenzial, das Wirtschaftswachstum weiter vom Energie- und Ressourcenverbrauch sowie CO₂-Emissionen zu entkoppeln.“

kommen. Die Entkopplung stößt immer wieder an Grenzen wegen des Rebound-Effekts. Jede Produktivitätssteigerung ist immer auch eine Chance, wieder mehr zu produzieren – so wie es die Wachstumslogik der Wirtschaft verlangt.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Am stärksten ist der Druck zu Gewinnmaximierung bei an der Börse kotierten Aktiengesellschaften. Es geht dort um die Maximierung des Shareholder-Values, der von den Erwartungen zukünftiger Gewinne und den daraus bezahlten Dividenden abhängt. Lebt eine Aktiengesellschaft den Shareholder-Value-Gedanken nicht nach, dann wird sie schnell zu einem Übernahmekandidaten an der Börse. Solche Unternehmen werden dann aufgekauft und das Management ausgetauscht, damit wieder ein

zwang mildern, muss man sich auch überlegen, welche Unternehmensformen dies ermöglichen.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Hier muss man differenzieren. Die Rettungsfonds waren notwendig, um Wirtschaften kurzfristig vor massiven Unternehmenszusammenbrüchen und hoher Arbeitslosigkeit zu bewahren. Die Konjunkturprogramme sind hingegen wenig glückliche Alibiübungen, wo man mit viel Geld wenig erreicht. Die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer wird den Konsum kaum beleben. Die Programme sind

„Die Entkopplung stößt immer wieder an Grenzen wegen des Rebound-Effekts. Jede Produktivitätssteigerung ist auch eine Chance, mehr zu produzieren.“

insgesamt weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Es handelt sich um Kompromisse, mit denen man alle etwas zufriedenstellen wollte.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Die Staatsverschuldung an sich ist kein Problem, solange in Zukunft weiterhin Wirtschaftswachstum stattfinden wird, denn dann steigen auch

BUCHTIPPS

Mathias Binswanger
Mehr Wohlstand durch weniger Agrarfriehandel
Landwirtschaft und Globalisierung
Picus, März 2020
120 Seiten, 15.00 Euro
978-3-7117-2094-8



Mathias Binswanger
Der Wachstumszwang
Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben
Wiley, Mai 2019
310 Seiten, 24.99 Euro
978-3-527-50975-1



Mathias Binswanger
Die Tretmühlen des Glücks
Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?
Herder, Februar 2019
224 Seiten, 18.00 Euro
978-3-451-60079-1



die Steuereinnahmen des Staates wieder an. Generell ist Staatsverschuldung dann ein Problem, wenn die Zinsen hoch sind und ein immer

größerer Teil des Staatshaushalts für Zinszahlungen aufgewendet werden muss. Das ist im Moment aber nicht der Fall. Ebenfalls ein Problem ist es, wenn die Verschuldung im Ausland erfolgt und Zinszahlungen bzw. Rückzahlungen mit Geldabflüssen ins Ausland verbunden sind.

Herr Prof. Binswanger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Foto: St. Kozkowski / phtabay.com

ONLINETIPP

Prof. Dr. Mathias Binswanger
Der Wachstumszwang
Münchner Forum Nachhaltigkeit
Vortrag, 12.03.2020
www.t1p.de/d4xz

6 Fragen (II)

„Wir müssen Wachstum neu definieren“

Für einen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel und für ein neues System zur Bewertung wirtschaftlichen Erfolgs plädiert diese US-amerikanische Kulturhistorikerin.

Interview mit Prof. Dr. Riane Eisler

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Eisler, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Prof. Dr. Riane Eisler: Das liegt an der historischen Entwicklung unserer Wirtschaftstheorien. In der Zeit ihrer Entstehung wurden grundlegende Faktoren wie die natürlichen Ressourcen oder die vornehmlich von Frauen geleistete Fürsorgearbeit

unglück entstehen. Die Liste ließe sich immer weiter fortsetzen. Immer werden die Gewinne aus diesen Aktivitäten dem BIP zugerechnet und die Kosten dafür externalisiert.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Was wir heute als Wachstum bezeichnen, ist völlig realitätsfern.

„Das BIP misst auch Aktivitäten, die lebensschädigend oder -gefährdend sind, und verwandelt dabei tatsächliche Verluste in rechnerische Gewinne.“

in der Wirtschaftsbetrachtung völlig ausgeblendet, weil sie für selbstverständlich und kostenfrei erachtet wurden. So wurde eine BIP-Steigerung zur Kennzahl für eine „gesunde“ Wirtschaft. Doch das ist nicht logisch, sondern pathologisch. Wir müssen „Wachstum“ neu bewerten und neu definieren. Nach der aktuellen Definition werden auch lebensschädigende und lebensgefährdende Aktivitäten wie z. B. die Produktion von Zigaretten oder ungesunden Nahrungsmitteln, die daraus resultierenden medizinischen Ausgaben und die Bestattungskosten als Plus für das BIP gewertet. Gleiches gilt auch für die Kosten, die bei einem Tanker-

Während der Covid-19-Pandemie stiegen in den USA Aktienkurse und BIP, gleichzeitig grassierte Arbeitslosigkeit, Familien verloren ihr Zuhause

„Während der Covid-19-Pandemie stiegen in den USA Aktienkurse und BIP, gleichzeitig grassierte Arbeitslosigkeit und Familien verloren ihr Zuhause.“

und Kinder hungerten. Wir müssen diese sinnfreie Wachstumsdefinition hinter uns lassen und uns darauf konzentrieren, wie es den Menschen in ihrem Alltag geht. Um wirklich etwas über die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum sagen zu kön-



Prof. Dr. Riane Eisler, Jahrgang 1931, studierte Soziologie und Rechtswissenschaften und forschte anschließend interdisziplinär auch in Bereichen der Kulturgeschichte, System-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft sowie Psychologie und Philosophie. Für ihre Studien wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Sie war Professorin an zwei amerikanischen Universitäten, gründete und leitete verschiedene Organisationen und ist unter anderem Ehrenmitglied des Club of Rome.

www.rianeeisler.com

nen, benötigen wir neue Kennzahlen wie z. B. die „Social Wealth Economic Indicators“ und den „Social Wealth Index“, die in „Die verkann-

ten Grundlagen der Ökonomie“ vorgestellt werden und die das erfassen, was wirklich zählt.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Wirtschaftswachstum muss nicht gleichbedeutend mit Umweltzerstörung sein. Das Problem ist, dass sowohl Adam Smith als auch Karl Marx davon ausgingen, dass die Natur dazu da sei, ausgebeutet und beherrscht zu werden. Die Umweltzerstörung resultiert aus dieser Geisteshaltung und ist keine zwangsläufige Folge einer prosperierenden Wirtschaft.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Wie Einstein sagte, können wir Probleme nicht mit der gleichen Denkweise lösen, mit der sie geschaffen wurden. Die dominanzge-

„Wir müssen diese sinnfreie Wachstumsdefinition hinter uns lassen und uns darauf konzentrieren, wie es den Menschen in ihrem Alltag geht.“

prägte Geisteshaltung hat uns ein Wertesystem mit auf den Weg gegeben, welches Frauen und Männer bzw. das, was in dominanzgeprägten Kulturen stereotypisch mit ihnen assoziiert wird, mit zweierlei Maß misst. Was als männlich gilt – wie z. B. Eroberung, Dominanz und Gewalt –, wird in diesem System höher bewertet als das, was als weiblich gilt – wie z. B. Fürsorglichkeit und Friedfertigkeit. Ich möchte betonen, dass es dabei nicht wirklich um Männer und Frauen geht, sondern darum, was stereotypisch mit ihnen verbunden und heutzutage glücklicherweise immer mehr infrage gestellt wird. Heute gibt es immer mehr Frauen in Berufen und Führungspositionen, die früher exklusiv Männern vorbehalten waren – und immer mehr Männer verrichten auch „Frauenarbeit“, wechseln Windeln oder füttern Babys. Aufgrund des Gender-Doppelstandards werden diese Männer

jedoch oft noch belächelt und als „weibisch“ bezeichnet – und Frauen als „unweiblich“, wenn sie selbstbewusst auftreten. Außerdem ist es uns gesellschafts- und wirtschaftspoli-

„Um wirklich etwas über die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum sagen zu können, benötigen wir neue Kennzahlen wie den ‚Social Wealth Index‘.“

tisch noch nicht gelungen, angemessene Investitionen in „Frauenarbeit“ wie Kinderbetreuung und -erziehung zu tätigen. Da in unserer postindustriellen Gesellschaft das wichtigste Kapital in „hochwertigem Humankapital“ besteht, müssen wir den

pitalismus beinhaltet, aber erkennt, dass der wahre Wohlstand der Nationen und der Welt nicht finanzieller Art ist, sondern in den menschlichen und natürlichen Ressourcen besteht.

Aus diesem Grund setzen Politik und Praxis in einer „Caring Economy des Partnerismus“ die Fürsorge für die Menschen ab der Geburt und den Schutz unserer Mitwelt an erste Stelle. Um eine solche Wirtschaftsordnung zu erreichen, sind vier Schritte notwendig:

(1) Wir müssen die Fürsorge für Menschen von Geburt an sowie den Schutz unserer Mitwelt sichtbar machen und ihnen echten Wert beimessen.

(2) Wir müssen erkennen, dass eine Wirtschaftsordnung immer in einen sozialen Kontext eingebettet ist und es eine grundlegende Rolle spielt, ob dieser dominanzgeprägt oder partnerschaftlich ist.

(3) Wir müssen die alten Vorstellungen als falsch entlarven, nach denen eine Politik und eine Praxis der Fürsorge wirtschaftlich ineffizient sind.

„Sowohl Adam Smith als auch Karl Marx gingen davon aus, dass die Natur dazu da sei, ausgebeutet und beherrscht zu werden. Die Umweltzerstörung resultiert aus dieser Geisteshaltung.“

genschaften entwickeln – besonders von der Zeit zwischen der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr, in der sich 80 % unseres Gehirns ausbilden. Dazu bedarf es einer „Caring Economy des Partnerismus“, die bewährte Elemente aus Sozialismus und Ka-

(4) Wir brauchen neue Wirtschaftskennzahlen, um ein realitätsnäheres und effektiveres Wirtschaften zu ermöglichen.

Das heutige BIP misst auch Aktivitäten, die lebensschädigend oder gar lebensgefährdend sind, und verwan-

BUCHTIPP



Riane Eisler
Die verkannten Grundlagen der Ökonomie
 Wege zu einer Caring Economy
 Büchner, Oktober 2020
 234 Seiten, 22.00 Euro
 978-3-96317-215-1

delt damit tatsächliche Verluste in rechnerische Gewinne. Und es unterschlägt die natürlichen Ressourcen, den Non-Profit-Bereich und die Privathaushalte. Dabei zeigt z. B. eine australische Studie, dass die unbezahlte, in Privathaushalten geleistete Fürsorgearbeit 50 % des BIP ausmachen würde – wenn sie denn erfasst würde. Aus diesem Grund hat das „Center for Partnership Studies“ die „Social Wealth Economic Indicators“ entwickelt. 24 solcher Indikatoren bilden den „Social Wealth Index“. Das gibt den politischen Entscheidungsträgern und uns allen die feh-

lenden Informationen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungs-fonds und Konjunkturprogramme?

Zum Teil wurden Unternehmen und auch Menschen unterstützt, die viel zu viel wirtschaftliche Macht bei sich konzentrieren. Das wäre nicht notwendig gewesen. Wir müssen daraus lernen, dass Regierungspolitik auf umfassenden Informationen

Normal“ zurückkehren, sondern müssen die Chance ergreifen, ein besseres Normal zu schaffen. Und dazu gehört eine „Caring Economy des Partnerismus“. Rücksichtslose Politik und Praxis dürfen nicht länger belohnt, sondern müssen vielmehr durch hohe Steuern eingedämmt werden – was auch enorm zur Staatsentschuldung beitragen könnte. Wenn uns dies nicht gelingt, können wir nicht auf eine bessere Zukunft

„Es bedarf einer ‚Caring Economy des Partnerismus‘, die erkennt, dass der wahre Wohlstand in den menschlichen und natürlichen Ressourcen besteht.“

beruht und eher auf Fürsorge und Partnerschaftlichkeit als auf Kontrolle und Dominanz beruhen sollte.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Die Pandemie macht eine öffentliche Verschuldung unausweichlich. Die Frage ist nicht, ob wir uns verschulden, sondern wofür und für wen. Wir können nicht zum „alten

oder überhaupt eine Zukunft für uns, unsere Kinder und kommende Generationen hoffen.

Frau Prof. Eisler, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Das Interview führte und übersetzte Ulrike Brandhorst, die auch Riane Eislers neues Buch „Die verkannten Grundlagen der Ökonomie“ ins Deutsche übersetzte.



Foto: general/pixabay.com

6 Fragen (III)

„Das BIP sagt nichts über die Lebensqualität aus“

Das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie entstand aus der Wahrnehmung eines eklatanten Widerspruchs zwischen dem Wertesystem der Wirtschaft und dem Wertesystem unserer demokratischen Verfassungen.

Interview mit Christian Felber

ÖkologiePolitik: Herr Felber, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Christian Felber: Weil es in der Wirtschaftswissenschaft als erstes

ökologischen Grenzen des Planeten. So etwas lässt sich nie und nimmer mit einem monetären Aggregat messen. Das ist das Vermessenste, was einer Wissenschaft je einfallen konnte.

„Die weltweite Fixierung auf das BIP ist Ergebnis einer irregegangenen Ökonomik, die das Ziel des Wirtschaftens aus den Augen verloren hat.“

Ziel gilt. Die weltweite Fixierung auf das BIP ist Ergebnis einer irregegangenen Ökonomik, die das Ziel des Wirtschaftens und damit das Ziel ihrer Disziplin aus den Augen verloren hat: die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unter Einhaltung demokratischer Grundwerte innerhalb der

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Das hängt ganz davon ab, was unter „Wirtschaft“ verstanden wird und wie wir sie politisch organisieren. Drei Szenarien:

(1) Bei einer linearen Fortschreibung des Status quo kommt es zu Massenarbeitslosigkeit und einer Verschärfung der sozialen Krise.

(2) Wird hingegen die Arbeitsproduktivität verringert infolge einer stark erhöhten Ressourcenproduktivität und gleichzeitig der gesellschaftliche Reichtum über progressive Einkommens- und Vermögenssteuern sowie Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzung umverteilt, könnte das Beschäftigungsniveau gehalten oder sogar ausgebaut und die soziale Ungleichheit verringert werden.



Foto: Bernd Hofmeister

Christian Felber, Jahrgang 1972, studierte romanische Philologie und Spanisch als Hauptfächer sowie Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie als Nebenfächer. Seit 1996 ist er als freier Autor tätig und veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher. 2000 war er Mitbegründer von Attac Österreich, 2010 initiierte er zusammen mit einer Gruppe von Unternehmern die inzwischen international agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung. Seit 2019 ist er Affiliate Scholar am IASS in Potsdam.

www.christian-felber.at

(3) Ökonomisch effizient könnte auch heißen, dass dieselben Bedürfnisse mit geringerem monetären Aufwand befriedigt werden. Indem z. B. der Haushalt von Männern mit in Schwung gehalten wird statt von einer angestellten Reinigungskraft. Indem Regenwürmer und Lupinen die Arbeit von Pflügen und Kunstdüngern machen. Indem wir unsere Ziele zu Fuß, mit dem Rad oder allenfalls E-Moped erreichen statt mit dem Diesel-Auto. Oder indem wir in unseren Flüssen wieder baden oder aus ihnen sogar trinken können – und so weder Flugreisen noch Plastikflaschenwasser benötigen. All dies lässt das BIP schrumpfen, während

ONLINETIPPS

Interview mit Christian Felber
Die Grundbausteine des Ideologiesystems offenlegen
 ÖkologiePolitik, 30.10.2019
www.t1p.de/a051

Christian Felber u. a.
Ist ein anderes Wirtschaften bzw. Wirtschaftssystem möglich?
 Vortrag & Podiumsdiskussion
 ÖDP München, 24.10.2019
www.t1p.de/mtgi

die Lebensqualität steigt. Ein geringeres BIP sagt also per se nichts Verlässliches über eine steigende oder sinkende Lebensqualität aus.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Bisher ist keine absolute Entkopplung zwischen BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch empirisch beobachtbar. Zwar steigt die Ressourceneffizienz je BIP-Euro, doch nimmt auch der absolute Ressourcenverbrauch weiter zu, weil die Effizienz langsamer wächst als das BIP. Von daher müsste das gesamte Arrangement umgekehrt aufgezogen werden: Der Ressourcenverbrauch wird absolut begrenzt, die knappen Ressourcen werden entweder nach Gerechtigkeitskriterien verteilt oder auf Märkte geworfen, deren „Kräfte“ dann plötzlich in Richtung Ressour-

ceneffizienz wirken würden – weil das Rohstoffangebot knapp ist.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Wie gesagt, braucht es ein ökologisches Ressourcenmanagement auf die eine oder andere Art: Mög-

lichkeit (1) ist ein globales Rohstoffmanagement im Rahmen der UNO, das die Entnahme nicht erneuerbarer Ressourcen reguliert – inklusive global gerechter Verteilung. Möglichkeit (2) ist die Begrenzung auf der Verbrauchs- oder Nachfrageseite in Form individueller Pro-Kopf-Verbrauchsrechte, die ich „ökologische Menschenrechte“ nenne, weil jeder Mensch das gleiche Recht bekäme, am Ressourcenkuchen der Erde Anteil zu nehmen. Selbst wenn alle Menschen alle Rechte verbrauchten, bliebe die Menschheit insgesamt innerhalb der ökologischen Grenzen

„Bei einer linearen Fortschreibung des Status quo kommt es zu Massenarbeitslosigkeit und zu einer Verschärfung der sozialen Krise.“

Rechtungsgrad, z. B. zwischen 50 und 100 % Ersatz des Geschäftsentgangs. Dadurch steigt die Überlebenswahrscheinlichkeit mit zunehmender sozialer und ökologischer Verantwortung der Wirtschaftstreibenden.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Möglicherweise, aber nicht notwendigerweise. Die Gefahr liegt darin, dass Gelder, die zur Rettung der Wirtschaft – undifferenziert – verwendet werden, nicht mehr für soziale und ökologische Investitionen zur Verfügung stehen. Zum anderen ist die Staatsverschuldung in Deutsch-

„Wird die Arbeitsproduktivität verringert und der gesellschaftliche Reichtum umverteilt, könnte das Beschäftigungsniveau gehalten werden.“

land nicht alarmierend. Mit innovativen geldpolitischen Instrumenten wie zinsfreien Krediten der Zentralbank an den Staat – heute noch total verboten – oder der Vollgeldreform könnte diese Situation spürbar entspannt werden. Dazu bräuhete es Reformen im Geld- und Finanzsystem. Aber vielleicht ermöglicht die aktuelle Krise diese ja am Ende.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Absolut sinnvoll, um eine schwere soziale Krise mit allen einhergehenden Gefahren – von sozialen Unruhen bis zum Polizeistaat – zu vermeiden. Allerdings hätten die Regierungen

Herr Felber, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

6 Fragen (IV)

„Arbeitslose sind die natürlichen Gegner der Umweltbewegung“

Dass der notwendige Strukturwandel in einer Demokratie nur dann umsetzbar ist, wenn er keine allzu großen sozialen Verwerfungen auslöst, betont dieser frühere Staatssekretär und UN-Chef-Volkswirt.

Interview mit Prof. Dr. Heiner Flassbeck

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Flassbeck, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Prof. Dr. Heiner Flassbeck: Wirtschaftswachstum dient dazu, unsere Einkommen zu erhöhen. Wächst die Wirtschaft, können die Einkom-

Produktionsmenge zwangsläufig zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Und die ist für die Betroffenen ein sehr großes Problem. Die Corona-Pandemie ist ein Rückschritt im Kampf gegen die Klimaerwärmung, da sich die öffentliche, mediale und politische

„Bei gleichbleibender Produktionstechnik führt ein Sinken der Produktionsmenge zwangsläufig zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.“

men wachsen, der Lebensstandard verbessert sich und das Leben wird angenehmer und sicherer. Zudem eröffnen sich für viele neue Perspektiven. „Entwicklung“ ist dafür wohl das bessere Wort, denn es geht ja nicht um die bloße Wiederholung dessen, was es schon gibt.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Das erleben wir ja gerade infolge der Corona-Pandemie: Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Das technische Niveau, auf dem unsere Wirtschaft produziert, das lässt sich nicht einfach auf ein niedrigeres Niveau zurückschrauben. Und bei gleichbleibender Produktionstechnik führt ein Sinken der

Aufmerksamkeit geradezu monothematisch um die Pandemie und die von ihr ausgelöste Wirtschaftskrise dreht. Gegenüber der drohenden Massenarbeitslosigkeit erscheint der Klimaschutz plötzlich als zweitrangiges Problem, dessen Lösung keine so hohe Dringlichkeit und Wichtigkeit hat. Diejenigen, die den Corona-bedingten Stillstand preisen, vergessen die anderen, die durch den Stillstand in existenzielle Nöte gestürzt wurden: Unternehmer, die Firmen nicht retten konnten; Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verloren; Freiberufler, die kein Einkommen mehr hatten und von ihren Ersparnissen leben mussten. Arbeitslose sind die natürlichen Gegner der Umweltbewegung.



Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Jahrgang 1950, studierte Volkswirtschaftslehre und war anschließend im Bundeswirtschaftsministerium, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von 2003 bis 2012 als Chef-Volkswirt bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) tätig. Seit 2005 ist er Honorarprofessor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Von 2016 bis 2019 war er Mitherausgeber des wirtschaftspolitischen Online-Magazins „Makroskop“.

www.flassbeck.de

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Nur dann, wenn wir keinen Strukturwandel vollziehen. Um das Klima zu schützen, müssen wir wegkommen von der Nutzung fossiler Energieträger. Weltweit! Sowohl unsere Produktionsweisen als auch unsere Konsumgewohnheiten müssen sich ändern – und zwar ganz massiv und nicht nur ein bisschen, wie das von der Bundesregierung und auch von den Grünen suggeriert wird. Dieser Strukturwandel braucht Zeit. Es ist

BUCHTIPPS



Christian Felber
This is not Economy
Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaft
Deuticke, Sept. 2019
304 Seiten,
22.00 Euro
978-3-552-06402-7



Christian Felber
Ethischer Welthandel
Alternativen zu TTIP, WTO & Co
Deuticke, März 2017
224 Seiten,
18.00 Euro
978-3-552-06338-9



Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie
Piper, 2014 / März 2018
256 Seiten,
11.00 Euro
978-3-492-31236-3

BUCHTIPPS



Heiner Flassbeck, Friederike Specker, Stefan Dudey
Atlas der Weltwirtschaft
Dimensionen der Globalisierung
Westend, Nov. 2020
96 Seiten, 16,00 Euro
978-3-86489-295-0



Heiner Flassbeck
Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft
Lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen?
Westend, August 2020
173 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-312-4



Heiner Flassbeck
Preise, Zins und Wechselkurse
Warum offene Volkswirtschaften untrennbar miteinander verbunden sind
Westend, Juli 2019
200 Seiten, 25,00 Euro
978-3-86489-262-2



Heiner Flassbeck, Paul Steinhardt
Gescheiterte Globalisierung
Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates
Von Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt
edition suhrkamp
SV
Westend, Juni 2018
410 Seiten, 20,00 Euro
978-3-518-12722-3



Heiner Flassbeck, Jörg Bibow
Das Euro-Desaster
Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt
Westend, März 2018
224 Seiten, 20,00 Euro
978-3-86489-215-8

ein langer Prozess, der allerdings heute entschlossen eingeleitet und dann konsequent durchgezogen werden sollte. Dieser vom Staat verordnete Strukturwandel kostet natürlich viele traditionelle Arbeitsplätze und lässt sich politisch nur durchsetzen, wenn genauso viele neue Arbeitsplätze an anderer Stelle entstehen.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Wir brauchen keine andere Wirtschaftsordnung, aber eine konse-

genau das falsche Signal. Deswegen muss die gesamte Staatengemeinschaft handeln und Druck auf die Produzenten ausüben, damit diese ihre fossilen Energieträger im Boden lassen.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Prinzipiell ist es richtig, die Wirtschaft anzukurbeln, denn die Massenarbeitslosigkeit, die sich bei uns in Kurzarbeit zeigt, führt zu starken gesellschaftlichen Verwerfungen und Problemen. Staatliche Förderung

„Der Strukturwandel kostet viele traditionelle Arbeitsplätze und lässt sich politisch nur durchsetzen, wenn genauso viele neue Arbeitsplätze an anderer Stelle entstehen.“

quente Verfolgung umweltpolitischer Ziele durch staatliche Lenkung. CO₂ zu emittieren, muss auf der gesamten Welt deutlich teurer werden. Ob über eine CO₂-Steuer oder über eine CO₂-Budgetierung ist egal. Wichtig ist, dass es geschieht. Der CO₂-Preis muss kontinuierlich steigen – und zwar stärker als die Einkommen. Nur so sinkt die Nachfrage nach CO₂-emittierenden Energien. Und nur so steigt die Nachfrage nach CO₂-freien Energien. Der Hebel ist allerdings

„Der CO₂-Preis muss kontinuierlich steigen – und zwar stärker als die Einkommen.“

auch auf der Angebotsseite anzusetzen. Die fossilen Energieträger müssen im Boden bleiben. Werden sie gefördert, dann werden sie irgendwann irgendwo von irgendjemandem verbrannt. Es ist ja auch bei uns immer noch so, dass ein Sinken des Ölpreises von der Wirtschaft, den Verbrauchern, den Medien und der Politik begrüßt wird. Das ist jedoch

kann man jetzt auch dafür nutzen, die genannte Umstrukturierung zu forcieren. Ohne einen wirklich internationalen Ansatz ist das allerdings alles zum Scheitern verurteilt.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Nein. Da die Zinsen, die der Staat für Kredite zahlen muss, bei fast null liegen, wird durch den Kredit niemand belastet. Einer muss sich immer verschulden, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen – entweder

der Staat oder die Unternehmen oder die Verbraucher. Wenn der Staat es tut, kann er Einfluss auf die Entwicklung nehmen. Ein Kollaps durch eine zu hohe Staatsverschuldung droht nur da, wo sich kleinere Staaten in ausländischer Währung verschuldet haben.

Herr Prof. Flassbeck, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

6 Fragen (V)

„Eine nachhaltige Wirtschaft kann keine kapitalistische sein“

Den Glauben, dass unser marktwirtschaftliches System zur notwendigen ökologischen Transformation tatsächlich fähig ist, mag dieser Theologe und Marxismus-Experte nicht teilen.

Interview mit Dr. Bruno Kern

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Kern, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Dr. Bruno Kern: Wachstum ist kein bewusst gewähltes Ziel. Vielmehr ist der Zwang zum Wachstum zuinnerst ins kapitalistische Wirtschaftssystem eingeschrieben. Eine Ökonomie,

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Der materielle Lebensstandard wird sinken. Viele Konsummuster können nicht mehr aufrechterhalten werden. Um einen Schrumpfungsprozess für die Bevölkerungs-

„Um einen Schrumpfungsprozess für die Bevölkerungsmehrheit akzeptabel zu machen, ist entscheidend, dass dieser gerecht gestaltet wird.“

deren Basis die Konkurrenz von Einzelkapitalien ist, kann nur stabil bleiben, wenn Wachstum auf Dauer gestellt wird. Wie ein Fahrrad, das sich stets vorwärtsbewegen muss, um im Gleichgewicht zu bleiben, muss eine kapitalistische Ökonomie stets wachsen. Wobei die Richtung des Wachstums völlig egal ist. Ein großer Teil dieses Wachstums hat nichts mit echter Steigerung von Lebensqualität zu tun. Dass eine Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter die notwendige Voraussetzung einer kapitalistischen Ökonomie ist, haben auch die Theoretiker der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ so beschrieben.

mehrheit akzeptabel zu machen, ist entscheidend, dass dieser gerecht gestaltet wird. Das heißt: soziale Umverteilung des vorhandenen privaten Reichtums – der übrigens ökologisch den größten Schaden anrichtet – in großem Stil.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Definitiv ja. Der ökoliberaler Mainstream – dazu zählen heute die meisten Umweltorganisationen, Bündnis 90/Die Grünen und etliche renommierte Forschungsinstitute – verbreitet immer noch die Illusion, dass sich das BIP-Wachstum in genügendem



Dr. Bruno Kern, Jahrgang 1958, studierte Theologie und Philosophie und war Mitglied des Dominikaner-Ordens. Er verließ den Orden wieder, arbeitete in der Missionszentrale der Franziskaner, bereiste Brasilien und promovierte über die Marxismusrezeption in der latein-amerikanischen Befreiungstheologie. Anschließend arbeitete er als Kranken- und Altenpfleger, Bildungsreferent, Lektor, Autor und Übersetzer. Unter anderem schrieb er eine Biografie über Karl Marx.

www.oekosozialismus.net

Maß vom Energie- und Rohstoffverbrauch abkoppeln ließe. Das hält aber keiner näheren Überprüfung stand. Wir konnten einige Jahrzehnte lang zwar durchaus eine relative Entkoppelung verzeichnen: Der Energie- und Ressourcenverbrauch wuchs langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. Doch erstens ist das längst nicht mehr der Fall. Und zweitens bräuchten wir, um unsere Klimaziele einzuhalten, eine absolute Entkoppelung. Die Effizienzpotenziale unterliegen aber dem Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses: Je mehr Effizienzpotenzial wir erschlossen haben, umso schwieriger wird es, diesen Prozess fortzuschreiben.



Foto: Gunter Hommes/pixabay.com

Seit Anfang 2000 gibt es kaum mehr Effizienzgewinne. Bei einem Wirtschaftswachstum von 2% bräuchten wir, um die ökologisch notwendigen Reduktionen des Energie- und Rohstoffverbrauchs zu erreichen, eine Effizienzsteigerung um den Faktor 27.

mittels Elektrolyse mithilfe von erneuerbaren Quellen erzeugt wird. Woher soll dafür die Energie kommen? Wir werden in Zukunft erheblich weniger Stahl, Aluminium und Zement herstellen können. Das stellt unsere Industriegesellschaft insge-

„Statt darauf zu setzen, dass alternative Techniken ein ‚Weiter so!‘ garantieren, muss das neue Paradigma ‚Rückkehr zum menschlichen Maß‘ lauten.“

Unseren Energieverbrauch müssen wir in Zukunft nahezu ausschließlich aus erneuerbaren Quellen bestreiten. Die sind aber nicht unbegrenzt vorhanden. Aufgrund ihrer wesentlich geringeren Energiedichte gegenüber fossilen Energien bedeutet das, dass wir in Zukunft mit wesentlich weniger Nettoenergie auskommen müssen. Deutschland konsumiert im Jahr insgesamt 2.500 Terawattstunden an Endenergie, doch laut einer Studie des Öko-Instituts für den WWF haben wir ein theoretisch ausschöpfbares Potenzial an erneuerbaren Energien von lediglich 700 Terawattstunden. Es klafft also eine große Lücke, die es unumgänglich macht, den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren. Um unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren, muss in vielen Produktionsbereichen – etwa in der chemischen Grundstoffindustrie oder bei der Stahlproduktion – Wasserstoff eingesetzt werden, der

samt infrage. Der Ökonom Hans-Werner Sinn hat recht, wenn er sagt: „Mit Windrädern kann man keine Industriegesellschaft betreiben.“ Statt darauf zu setzen, dass uns alterna-

„Der materielle Lebensstandard wird sinken.“

tive Techniken ein „Weiter so!“ garantieren, muss das neue Paradigma „Rückkehr zum menschlichen Maß“ lauten.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft kann letztlich keine kapitalistische mehr sein. Eine schrumpfende Wirtschaft ist mit dem Wachstumszwang, der dem Kapitalismus eingeschrieben ist, nicht vereinbar. Ein schrumpfendes BIP kommt schuldenökonomisch gesprochen einer lang-

anhaltenden Depression gleich. Bei sinkenden Profiten geht die private Investitionsneigung zurück. Bei knapper werdenden essenziellen Ressourcen funktionieren Marktmechanismen nicht mehr, weil die Marktteilnehmer auf Preissignale nicht mehr flexibel reagieren können. Wir haben es dann mit sogenannten „Verkäufermärkten“ zu tun. Es kommt zu schwerwiegenden Fehlallokationen: Die knappen Ressourcen fließen dahin, wo entsprechende Kaufkraft vorhanden ist, fehlen aber an anderer Stelle, wo es vitale Bedürfnisse abzudecken gilt. Es gibt für knapper werdende Ressourcen eine Verwendungskonkurrenz. Wir werden uns als Gesellschaft entscheiden müssen, ob wir die Ressourcen für Kreuzfahrten bereitstellen oder für MRT-Geräte in unseren Krankenhäusern. Wir werden politisch aushandeln müssen, was, wie und wie viel produziert wird. Eine wirtschaftliche Gesamtplanung ist unumgänglich. Allerdings wird sich der Großteil unseres Konsums, unserer Produktion und unseres Lebens im Nahbereich abspielen, in Stadtteilen und Gemeinden, die ein hohes Maß an Aut-

arkie besitzen. Das schafft die Voraussetzung für viel direkte Partizipation. Ein „Ökosozialismus“ in diesem Sinne ist also gar nicht vergleichbar mit den Planungsbürokratien vergangener „sozialistischer“ Gesellschaften, die mit anderen Mitteln denselben zerstörerischen Industrialisierungskurs verfolgt haben wie wir heute. Wir müssen aber bereits jetzt, im Rahmen des bestehenden Systems und mit den Instrumenten, die uns zurzeit zur Verfügung stehen, möglichst rasch erhebliche Reduktionen umsetzen und damit die Transformation einleiten. Ansonsten könnten

wir in eine Dynamik hineingeraten, in der wir gar nichts mehr politisch gestalten, sondern nur noch Katastrophen verwalten können. Wichtig sind vor allem ordnungspolitische Maßnahmen, die man bei entsprechendem politischen Willen auch jetzt schon treffen kann – z. B. ein

„Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir die Ressourcen für Kreuzfahrten bereitstellen oder für MRT-Geräte in unseren Krankenhäusern.“

Verbot von Kurzstreckenflügen, Kontingentierung von Fernflügen, keine Zulassung von Pkws für den rein privaten Gebrauch ab 2030, ordnungspolitische Vorgaben für die Landwirtschaft wie etwa Flächenbindung für die Tierhaltung, Futtermittelimportverbot usw. Für solche Maßnahmen muss möglichst viel Druck von unten aufgebaut werden.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Wir haben eine große Chance vertan. Die durch die Pandemie ausgelöste Rezession hätte uns die Möglichkeit geboten, aus dem „degrowth by disaster“ ein „degrowth by design“ zu machen, d. h. den aus ökologischen Gründen dringend notwendigen Schrumpfungsprozess bewusst einzuleiten und zu

gestalten. Selbstverständlich ist es sinnvoll, die materielle Existenz der Menschen in der Krise mit Staatshilfen abzusichern und auch eine Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die für uns unverzichtbar ist. Aber man hat auch hohe Summen in Branchen investiert, die ökologisch höchst

schädlich sind und die wir ohnehin abbauen müssen, wie z. B. in die Reisekonzerne oder die Automobilindustrie. Die Reduktionen im Verkehrsbereich machen eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr zwingend nötig und die deutsche Automobilindustrie wird auf etwa 10% schrumpfen müssen. Stattdes-

„Wir werden politisch aushandeln müssen, was, wie und wie viel produziert wird. Eine wirtschaftliche Gesamtplanung ist unumgänglich.“

sen subventioniert man nun aber die private Mobilität in Form von hohen Prämien für E-Autos, obwohl diese eine desaströse Ökobilanz aufweisen: Allein die Produktion der Batterie verursacht CO₂-Emissionen von bis zu 17 Tonnen.



Foto: Gunter Hommes/pixabay.com

BUCHTIPP

Bruno Kern
Das Märchen vom grünen Wachstum
Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft
Rotpunkt, August 2019
240 Seiten, 15,00 Euro
978-3-85869-847-6



Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Auch öffentliche Schulden sind Wachstumstreiber, weil sie letztlich realwirtschaftlich unterfüttert werden müssen. Deshalb hätte die Verschuldung in Grenzen gehalten werden müssen, indem man auf die Subventionierung von Branchen verzichtet, die ohnehin mit Nachhaltigkeit nicht vereinbar sind. Und man

hätte zur Finanzierung der nötigen sinnvollen Staatshilfen Umverteilungsmechanismen finden müssen, die den privaten Reichtum abschöpfen, z. B. eine Vermögensabgabe nach dem Modell des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Keynesianistische Ökonomen behaupten, dass die Staatsschulden unproblematisch seien, da sie ohnehin nie zurückgezahlt und nach einigen Jahrzehnten bedeutungslos werden. Man könne sie sozusagen einfach in den Büchern stehen lassen. Das stimmt aber nur unter der Voraussetzung eines weiter forcierten Wachstums, das wir uns aus ökologischen Gründen nicht mehr leisten können.

Herr Dr. Kern, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

6 Fragen (VI)

„Die Hälfte aller Erwerbsarbeit ist entweder sinnlos oder schädlich“

Unsere heutige Wirtschaft hängt an veralteten Dogmen und produziert viel zu viel Überflüssiges, kritisiert dieser Wirtschaftsprofessor – und plädiert für eine Neubesinnung und Kurskorrektur.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Prof. Dr. Christian Kreiß: Ich glaube, das liegt einfach an unserer Geschichte. Bis ins 19. Jahrhundert waren viele Menschen arm. Dann kamen die Maschinen und die Industrialisierung und es begann eine Art Wohlstand für alle. Vor allem nach 1945 erreichte der Großteil der Menschen einen gewissen Wohlstand – in

Also ist Wachstum gut, ja ein Segen. Und das stimmte ja auch für viele Jahrzehnte. Auch geistig-seelisch hat Wirtschaftswachstum eine Art Befreiung gebracht. Es hat „einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrisen“, wie Karl Marx das einmal ausdrückte. Man musste sich nicht mehr den ganzen Tag plagen und um die Zukunft sorgen. Das sitzt tief – und hat eine historische Berechtigung.

„Wir sollten lernen, dass das, was früher gut war, heute schlecht und schädlich ist. Vor allem sollten das die Ökonomen. Sie sind zum Großteil noch den Dogmen der Vergangenheit verhaftet.“

unserem Land und überhaupt in den Industrieländern: kein Hunger, kein Frieren, Toiletten, Strom, fließendes Wasser, Zentralheizung, Kleidung, Auto, Reisen, Urlaub, 40-Stunden-Woche. Das ist erstmalig in der Geschichte so gewesen, und das hat sich den Menschen tief eingeprägt: Wachstum beseitigt Elend, Not, Hunger, gibt uns einen gewissen Wohlstand und materielle Freiheit.

Aber: Was früher berechtigt und gut war, kann umschlagen ins Gegenteil. Und das ist schon längst geschehen, vermutlich in den 1970er- oder 1980er-Jahren. Was im vernünftigen Maß gut ist, kann ins Schädliche umschlagen, wenn es das vernünftige Maß überschreitet. Wachstum ist gut für junge Organismen oder für eine materiell arme Bevölkerung. Wenn das Wachstum aber immer weiter-



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich 9 Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon 7 Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Er veröffentlichte mehrere Bücher, in denen er die neoliberale Wirtschaftstheorie kritisiert und vor ihren umwelt- und sozialpolitischen Folgen warnt.

menschengerechsetwirtschaft.de

geht, dann wird es zum Geschwür, Karzinom, Krebs: zum sinnlosen, krankhaften, tödenden Wachstum. Und dort sind wir schon angelangt. Wir sollten ganz dringend umdenken, umfühlen, umlernen, uns von der Geschichte lösen. Wir sollten lernen, dass das, was früher gut war, heute schlecht und schädlich ist. Vor allem sollten das die Ökonomen. Sie sind zum Großteil geistig-seelisch noch den Dogmen der Vergangenheit verhaftet.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Das kann für praktisch alle ein Segen sein. Natürlich brauchen wir dann andere soziale und ökonomische Umgangsformen und Regeln. Der Kuchen an materiellen Gütern und Dienstleistungen, den wir jähr-

Werbung, Steuerberater, geplanter Verschleiß, Designer für Aschenbecher, ein großer Teil der Kosmetik-, Gesundheits-, Tourismus-, Glücksspiel-, Computerspiel- oder Luxusgüterbranche. Wer ein bisschen die

„Wir könnten schon längst mit 20 Wochenstunden Erwerbsarbeit auskommen und dafür sehr viel sinnvollere Sachen im Leben machen.“

lich in Deutschland backen, reicht bei Weitem, um alle in unserem Land nicht nur ausreichend, sondern im Überfluss zu versorgen. Eigentlich haben die meisten von uns schon viel zu viel. Angabegemäß hat jeder im Durchschnitt über 10.000 Produkte zu Hause. Davon nutzen wir einen Großteil kaum oder gar nicht. Sie sind eigentlich zum guten Teil nur noch Ballast. So viele Güter und Dienstleistungen herzustellen, die wir zum guten Teil überhaupt nicht brauchen, macht uns in Wirklichkeit arm, nimmt uns Lebenszeit, kostet uns Kraft, Energie, Fleiß, Brain, kostet uns viele wertvolle Ressourcen, macht Luft, Erde und Wasser schmutziger als nötig. Mindestens die Hälfte aller Erwerbsarbeit ist entweder sinnlos oder schädlich. Beispiele dafür sind

Augen aufmacht und nach Sinn und Zweck vieler Tätigkeiten fragt, wird sehr viel finden. Wir könnten schon längst mit 20 Wochenstunden Erwerbsarbeit auskommen, ohne auf irgendwelche Güter und Dienstleistungen ernsthaft verzichten zu müssen. Dazu kommt: Wenn alle Menschen auf der Erde so viele Res-

„Wenn alle Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden, wie wir in den Industrieländern, dann wäre die Welt schon längst geplündert.“

sourcen verbrauchen würden wie wir in den Industrieländern, dann wäre die Welt schon längst geplündert und zum Abfalleimer verkommen. Wir verbrauchen einfach viel zu viel. Also ist meine Devise: Weniger kann mehr sein!

Befreiung vom Überfluss. Wenn ein bisschen guter Wille da wäre, vor allem politischer Wille, könnten wir alle sehr viel weniger Erwerbsarbeit nachgehen und dafür sehr viel sinnvollere Sachen im Leben machen. Zum Beispiel hätten wir dann endlich mehr Zeit für unsere Kinder, für Senioren, für Kultur und Natur.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Ich glaube schon. Die Annahme, wir könnten Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch entkoppeln, glaube ich nicht recht.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Die Grundmaxime muss lauten: Weniger kann mehr sein! Befreiung vom Überfluss! Weg mit unnötigem Ballast! Bescheidenheit statt Unerständigkeit! Anständigkeit und Rücksichtnahme! Daraus leiten sich dann konkrete Maßnahmen ab: kein unbegrenzter Zinseszins, sondern eine Obergrenze von Zins auf Zins, zeitlich oder der Höhe nach. Keine unbegrenzte Anhäufung von Privatkapital, sondern entweder eine betragliche Obergrenze oder eine zeitliche Limitierung wie bei Buchrechten, d. h. nach 70 Jahren fällt das Eigentum zurück an die Allgemeinheit. Keine Gewinnmaximierung bei Unternehmen, sondern Stakeholder Value statt Shareholder Value. Aufgabe der Annahme eines Homo oeconomicus, denn sie ist Unsinn und eine Karikatur des Menschen. In den Wirt-



Foto: GaysyLens/pixabay.com

BUCHTIPPS



Christian Kreiß
Gekaufte Wissenschaft
Wie uns manipulierte Hochschulforschung schadet und was wir dagegen tun können
Tredition, August 2020
252 Seiten, 10,50 Euro
978-3-347-13258-0



Christian Kreiß
Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft
Tredition, November 2019
264 Seiten, 9,95 Euro
978-3-7497-5790-9



Christian Kreiß,
Heinz Siebenbrock
Blenden Wuchern Lamentieren
Wie die Betriebswirtschaftslehre zur Verrohung der Gesellschaft beiträgt
Europa, Oktober 2019
272 Seiten, 22,00 Euro
978-3-95890-276-3

schaftswissenschaften: Miteinander statt Gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz unterrichten – was nicht heißt, Kartelle und Monopole zuzulassen. Aufgabe des Glaubens an die unsichtbare Hand des Marktes, die allen Egoismus in Altruismus verwandelt – ein Irrglaube, denn immer stärker werdender Egoismus führt uns in einen Krieg aller gegen alle und in den Untergang.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Kurzfristig finde ich viele davon richtig, sonst wären wir schon längst in einer massiven Depression wie 1932.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Ja, denn momentan sind die Gesamtschulden – private und staatliche – weltweit bereits ungefähr dreieinhalb Mal so hoch wie die Weltwirtschaftskraft. Sie können unmöglich jemals real zurückgezahlt werden. Es wurden und werden massiv Geld- und Schuldscheine gedruckt, denen keine reale Produktion gegenübersteht. Ich sehe drei Möglichkeiten:

(1) Entweder gibt es einen offiziellen Schuldenschnitt. Das bedeutet dann aber gleichzeitig auch einen Vermögensschnitt bei den Gläubigern, d.h. den Inhabern der Schuldpapiere. Das halte ich für un-

lang eine mittelstarke Inflation von vielleicht 5 bis 20 % pro Jahr zu erzeugen. Das entspräche auch einem realen Schuldenschnitt von 50 bis 66 %, weil die Inflation einfach die Geldpapiere real teilentwertet.

(3) Wenn beides nicht klappt, kommt vermutlich eine Pleitewelle, eine Finanzkrise, Bankenpleiten, Staatsinsolvenzen, Massenarbeitslosigkeit, Chaos und Unruhen. Unternehmens-, Staats- und Bankenpleiten sind auch ein Schuldenschnitt, aber ein ungeordneter, chaotischer, der einen Abwärtsstrudel auslösen kann mit äußerst negativen, teilweise unkalkulierbaren gesamtwirt-

*„Die Grundmaxime muss lauten: Weniger kann mehr sein!
Befreiung vom Überfluss, von unnötigem Ballast! Bescheidenheit statt Unersättlichkeit!“*

wahrscheinlich, weil sich die Multimillionäre und Milliardäre, die den allergrößten Teil dieser Forderungen halten, gegen diesen Vermögensschnitt wehren werden. Und ihr Einfluss auf die Politik ist sehr groß – vorsichtig ausgedrückt.

(2) Die Notenbanken versuchen, auf mehrere Jahre verteilt, eine Preisverdoppelung oder -verdreifung herbeizuführen, also einige Jahre

schaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Ich fände einen geordneten Schuldenschnitt das Beste, eine Inflation, auch wenn sie für ein Land miserabel ist, das Zweitbeste bzw. weniger Schlimme. Vor Lösung (3) graut mir. Ich hoffe, dass wir den Schuldenschnitt mit Vernunft lösen werden.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Foto: jarmoluk/pxabay.com

6 Fragen (VII)

„Die Transformation muss über einen stetigen Wandel stattfinden“

Mit der Frage, ob und wie sich unser Wirtschaftssystem ökologisch transformieren lässt, beschäftigt sich seit mehr als 26 Jahren das „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS).

Interview mit Kai Schlegelmilch

ÖkologiePolitik: Herr Schlegelmilch, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Kai Schlegelmilch: Laut Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 ist ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum anzustreben. Aber auch außenwirtschaftliches

enttäuschender ist, dass sich selbst eine Enquetekommission des Bundestags nicht auf eine Alternative hat einigen können. In Bhutan dagegen wird die Politik offiziell am Bruttonationalglück ausgerichtet. Aber wie kommt Wachstum zustande? Es ist – vereinfacht gesprochen – letztlich

„Unsere Fokussierung auf Wirtschaftswachstum ist unangemessen. In Bhutan wird die Politik offiziell am Bruttonationalglück ausgerichtet.“

Gleichgewicht, niedrige Arbeitslosigkeit und stabiles Preisniveau – zusammen das sogenannte „magische Viereck“. Die Politik hat viele Herausforderungen kurzfristig mit Wachstum scheinbar lösen oder zumindest verlagern können. So konnten meist mehr Arbeitsplätze bei uns geschaffen werden – was es für die Politik attraktiv macht. Aber letztlich ist es das Ziel, allen Menschen ein möglichst gutes Leben zu ermöglichen – und dieses besteht sowohl aus materiellen als auch immateriellen Werten wie Gesundheit, Bildung, Nächstenliebe, Zufriedenheit und Glück. Daher ist die Fokussierung auf Wachstum unangemessen. Umso

nichts anderes als die Multiplikation von Menge mal Preis. So kann rechnerisch das gleiche Wachstum über zwei Wege erreicht werden:

(1) Die Preise bleiben gleich und die Menge steigt an – was mit höheren Ressourcenverbräuchen und Umweltbelastungen einhergehen kann.

(2) Die Menge bleibt gleich und die Preise bzw. Einkommen steigen – was einem qualitativen Wachstum entspricht. Beide Male entsteht in der Statistik zwar ein gleich hohes Wachstum, aber nur im zweiten Fall ist es weitgehend umweltverträglich. Daher wäre es unangemessen, Wachstum pauschal zu verurteilen, denn wir brauchen Wachstum, z.B.



Kai Schlegelmilch, Jahrgang 1965, machte eine Banklehre und studierte anschließend Volkswirtschaft. Von 1993 bis 1998 war er am „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ und 1998 für den Deutschen Bundestag tätig. Seit 1999 arbeitet er im Bundesumweltministerium. 1994 war er Gründungsmitglied des „Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS), seit 2016 ist er dessen Aufsichtsratsvorsitzender.

kai.schlegelmilch@foes.de

bei erneuerbaren Energien. Es kommt entscheidend darauf an, ob es primär ein qualitatives oder ein quantitatives Wachstum ist, um die Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen zu können. Auch mit mehr Investitionen in Humankapital – vor allem in Bildung, aber auch in Gesundheit und in soziale Kontakte – kann Wachstum ausgelöst werden, das umweltverträglich ist. Wir brauchen aber auch Schrumpfungsprozesse wie z.B. bei der Atomenergie und Kohle.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

Dann dürften die meisten Herausforderungen größer werden, weil z.B. auch die sozialen Sicherungssysteme, die Staatseinnahmen und

damit die Handlungsfähigkeit des Staates betroffen sind. Natürlich ist das derzeit erzwungene Schrumpfen der Wirtschaft kein Vorbild für die große Transformation, aber immerhin lernen wir, was wirklich wichtig, systemrelevant und unverzichtbar ist. Die Transformation muss über einen stetigen Wandel stattfinden. Es kommt dabei zentral darauf an, welche Bereiche der Wirtschaft wachsen und welche schrumpfen. Nicht-nachhaltige Sektoren müssen deutlich schrumpfen oder eine zukunftsfähige Neuausrichtung vornehmen. Nachhaltige Sektoren müssen wachsen. Ob das unterm Strich wächst oder schrumpft, ist nachrangig. Das sektorale Wachsen und Schrumpfen eröffnet aber die große Chance für dringend benötigte Veränderungen. Ein gewisser Schrumpfungsprozess mit verminderter Umweltbelastung und entsprechend weniger Ausga-



Foto: somydelrosario/pixabay.com

ben für die Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsschäden kann ein Gewinn für die Gesellschaft sein.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Nein, in der Tat konnten schon wichtige Fortschritte erzielt werden. Mit ersten Gesetzgebungen Ende der 1960er- und 1970er-Jahre

und eine massive Niveausenkung des Rohstoff- und Energieverbrauchs. Die von der Bundesregierung beschlossene Klimaneutralität bis 2050 gibt ein zentrales Ziel vor, das jedoch früher erreicht werden kann und muss. Es muss mit einer Wiederherstellung der Ökosysteme und Artenvielfalt einhergehen. Derzeit läuft genau das aber in die komplett andere Richtung und alle Biodiversitätsziele für 2020 werden

„Es kommt darauf an, ob es primär ein qualitatives oder ein quantitatives Wachstum ist, um die Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen zu können.“

begann die Entkopplung von Rohstoff- und Energieverbrauch einerseits und Umweltzerstörung in Form von Luft- und Wasseremissionen andererseits. Bis in die 1970er-Jahre waren Wirtschaftswachstum und Rohstoff- und Energieverbrauch eng aneinander gekoppelt, bis dann die

krachend verfehlt. Eine intakte Natur bildet jedoch unsere Überlebensbasis. Aber es gibt mittlerweile zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen, die ihr Handeln ganz bewusst daran orientieren und so auch ökologisch zunehmend in den erforderlichen Grenzen bleiben und zugleich öko-

„Auch mit Investitionen in Humankapital – vor allem in Bildung, aber auch in Gesundheit und soziale Kontakte – kann Wachstum ausgelöst werden.“

beiden Ölpreisschocks sie voneinander abkoppelten. Seitdem sinkt der Energie- und Rohstoffverbrauch pro Produktionseinheit. Doch das reicht noch nicht, um innerhalb ökologischer Grenzen zu wirtschaften. Dafür braucht es eine absolute Entkopplung

nomisch erfolgreich sind, doch davon bedarf es sehr viel mehr. Technischer Fortschritt gepaart mit Investitionen und gesellschaftlichen Innovationen ist die Basis für eine große Transformation hin zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaftsordnung.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Sie müsste neben der Verfolgung des „magischen Vierecks“ die natürlichen Grenzen zum Rahmen der Politik machen. Wirtschaften wäre nur innerhalb dieser Grenzen zulässig und ein Überschreiten würde finanziell effektiv sanktioniert. Zudem müsste das Gewinnstreben als systemimmanentes Ziel durch eine andere Zielorientierung abgelöst werden. Ein vielversprechender Ansatz wäre die Transformation von Aktiengesellschaften in Stiftungen und Genossenschaften, weil diese per se nicht nach Gewinn streben. Auch verschiedene Ansätze einer solidarischen Gemeinwohl-Ökonomie geben Anlass zur Hoffnung. Diese

gen gehabt. Zwar erhöhen sie die Staatsverschuldung in nie dagewesener Höhe, doch es gab keine realistische Alternative. Der Bundesregierung ist hier ein zumindest

Energieeffizienz. Rückschrittlich war es, der Lufthansa ohne substanzielle Umweltaforderungen einen milliardenschweren Blankoscheck zu geben. Hier zeigte das Ausland bes-

„Ein Schrumpfungsprozess mit weniger Ausgaben für die Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsschäden kann ein Gewinn für die Gesellschaft sein.“

umweltpolitisch leicht progressives Programm gelungen, aber es wäre deutlich mehr möglich gewesen. Die Wasserstoffstrategie ist ein Herzstück. Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂ ist auch positiv, hätte allerdings auch auf den Kfz-Bestand angewandt werden müssen. Es fehlt ein massiver Abbau umweltschädlicher Subventionen. Der muss in Kürze

sere Beispiele: Die Air France muss in Frankreich auf Kurzstreckenflüge verzichten. Die Luftverkehrssteuer hätte umstrukturiert, erhöht und eine Kerosinsteuer eingeführt werden können. Auch die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge gehört abgeschafft, um diese Zug- und Busfahrten gleichzustellen.

Birgt die Staatsverschuldung Gefahren?

Sicherlich, weil damit die Handlungsfähigkeit des Staates über Jahrzehnte hinweg beschränkt wird. Aber es gab keine Alternative dazu und so blieben zumindest die bestehenden Handlungsfreiheiten erhalten. Denn ein stärkerer Niedergang der Wirtschaft hätte höhere Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen bedeutet. Die große Chance, die in der Staatsverschuldung aber auch liegt, ist der nochmals stark wachsende Druck, die über 57 Mrd. Euro umweltschädliche Subventionen abzubauen und Steuerlücken zu schließen. Spätestens nach der nächsten Bundestagswahl sollte dafür ein umfassendes Paket beschlossen werden. Um die Akzeptanz zu erhöhen, könnten die Schritte dann schon ins Gesetz geschrieben werden, die aber erst in mehreren Schritten in Kraft treten. Diese Vorgehensweise hat sich beim Beschluss zur Fortführung der Ökologischen Steuerreform 1999 bis 2003 bewährt.

Herr Schlegelmilch, besten Dank für das interessante Gespräch.

„Nicht-nachhaltige Sektoren müssen deutlich schrumpfen oder eine zukunftsfähige Neuausrichtung vornehmen. Nachhaltige Sektoren müssen wachsen.“

Veränderungen müssten in kleinen, stetigen Schritten eingeleitet werden und sollten nicht abrupt erfolgen.

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungs- und Konjunkturprogramme?

Sie sind grundsätzlich sinnvoll und notwendig. Gäbe es sie nicht, hätte das noch viel gravierendere wirtschaftliche und finanzielle Fol-

bei der Refinanzierung der ganzen Ausgaben erfolgen. Immerhin wurde eine Neuauflage der ökologisch kontraproduktiven Autoabwrackprämie verhindert. Die allgemeine Senkung der Mehrwertsteuer wirkt nur kurzfristig, hat allerdings keinerlei umweltpolitischen Lenkungseffekt wie Ökosteuern oder Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in



Foto: Harald Schottherr/pixabay.com

ONLINETIPPS

Greenpeace (Hrsg.)

Holger Bär, Yann Girard, Claudia Kemfert u. a.

Der Neun-Punkte-Plan

Beschäftigungs- und Klimaschutzeffekte eines grünen Konjunkturprogramms
Studie DIW Econ / FÖS, Juni 2020
www.t1p.de/2e7a

Damian Ludewig, Eike Meyer

Postwachstumsgesellschaft konkret

Politische Ansätze zur Überwindung von Wachstumszwängen
FÖS-Diskussionspapier, Juni 2013
www.t1p.de/ea8k

Damian Ludewig, Eike Meyer

Wohlstand oder Wachstum?

Von der wachstums- zu einer wohlfahrtsorientierten Marktwirtschaft
FÖS-Hintergrundpapier, Oktober 2011
www.t1p.de/xe2q

6 Fragen (VIII)

„Das Lebensnotwendige ins Zentrum des Wirtschaftens stellen“

Dass Wirtschaftswachstum zwar soziale Konflikte befriedet, dies aber auf Kosten anderer Staaten und künftiger Generation, betont diese Aktivistin der Postwachstumsbewegung.

Interview mit Andrea Vetter

ÖkologiePolitik: Frau Vetter, warum gilt in der Wirtschaftspolitik Wachstum als primäres Ziel?

Andrea Vetter: Wachstum befriedet soziale Kämpfe. Und diese Funktion hatte es in Europa seit der Nachkriegszeit ganz klar, gerade auch

Weg zu mehr materiellem Wohlstand für alle, ohne dass die Reichen dabei etwas abgeben müssen.

Welche sozialen Folgen hat es, wenn die Wirtschaft nicht wächst oder gar schrumpft?

So, wie unser Wirtschaftssystem

„Wirtschaftswachstum ist der einzige Weg zu mehr materiellem Wohlstand für alle, ohne dass die Reichen dabei etwas abgeben müssen.“

im Rahmen der Systemkonkurrenz durch den Kalten Krieg und darüber hinaus. Das Prinzip hinter der politischen Förderung von Wirtschaftswachstum ist es, dass die Reichen ungestört reicher werden können, wenn gleichzeitig auch die Ärmeren ein paar Brosamen abbekommen. Wirtschaftswachstum ist der einzige

derzeit ausgestaltet ist, hat eine Rezession katastrophale Folgen, vor allem für ärmere Menschen, für rassistisch Diskriminierte und für Frauen. Daher ist ein Hauptlogan der Degrowth-Bewegung auch: „Eure Rezession ist nicht unser Postwachstum!“ Denn Postwachstum bedeutet eine grundsätzliche Umgestaltung



Foto: Theresa Leising

Andrea Vetter, Jahrgang 1981, studierte Philosophie, Geschichte und Europäische Ethnologie, in der sie promovierte. Seither begleitet sie als Forscherin, Speakerin und Autorin die sozial-ökologische Transformation. Sie ist in mehreren Organisationen aktiv, seit 2017 Redakteurin der Zeitschrift „Oya“ und vertritt aktuell eine Professur an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig im Studiengang „Transformationsdesign“.

a.vetter@hbk-bs.de

unserer Wirtschaftsweise und aller Institutionen dieser Gesellschaft – weg von der Profitorientierung, hin zum Lebensnotwendigen. Zentrales Ziel von Postwachstum ist soziale Gerechtigkeit – über Regionen und Erdteile hinweg, und über Generationen hinweg. Und soziale Gerechtigkeit lässt sich unter den Bedingungen der derzeitigen ökologischen Krisen nur über einen Umbau unserer gesamten Lebens- und Wirtschaftsweise erreichen.

Bedeutet Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch ein Wachsen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und damit der Umweltzerstörung?

Empirisch gesehen müssen wir sagen: bislang ja. Möglicherweise ist es theoretisch nicht völlig ausge-

schlossen, dass eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoff- und Energieverbrauch denkbar ist. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass eine Entkopplung dieser Kurven schnell genug und weit genug vonstattengeht, um z. B. das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, ist derart unwahrscheinlich, dass die Position einer wahrscheinlichen Entkopplung

Wie sinnvoll sind die aufgrund der Corona-Pandemie initiierten Rettungsfonds und Konjunkturprogramme?

Nicht sinnvoll. Denn sie stützen fossile Branchen, die die Umwelt zerstören, mit Steuergeldern von allen Menschen – damit werden weiter wie bisher die Lebensgrundlagen jetzt junger und kommender Generationen zerstört. Die Rettungsfonds

„Postwachstum bedeutet eine grundsätzliche Umgestaltung unserer Wirtschaft – weg vom Profitstreben, hin zur Gemeinwohlorientierung.“

ernsthaft öffentlich zu vertreten, eine völlige Verantwortungslosigkeit ist.

Wie müsste eine Wirtschaftsordnung aussehen, die das Ziel „Nachhaltigkeit“ ernsthaft verfolgt und erreichen kann?

Das wäre vermutlich eine postkapitalistische Wirtschaftsordnung, in der Profit und Gewinnstreben nicht im Zentrum des Wirtschaftens stehen, sondern stattdessen Gemeinwohlorientierung und eine Ausrichtung an der Sorge für Menschen und Natur. Inspirierende Ideen, wie eine solche Ordnung aussehen könnte, finden sich im gerade beim oekom-Verlag erschienenen Büchlein „Zukunft für alle. Eine Vision für 2048“.

wären eine Chance gewesen, einen wirklichen sozial-ökologischen Wandel einzuleiten, indem die Vergabe öffentlicher Gelder an starke soziale und ökologische Kriterien hätten geknüpft werden können und damit der längst fällig technologische Umbau unserer Gesellschaft unterstützt und beschleunigt worden wäre. Stattdessen wird er behindert. Diese Politik ist unverantwortlich und gefährlich. Wir sehen hier ein Muster, dass wir aus der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 kennen: Gewinne werden privatisiert, Schulden hingegen sozialisiert.

Birgt die damit einhergehende Staatsverschuldung Gefahren?

Welche Gefahren Staatsverschuldung birgt, hängt immer von den politischen Kräfteverhältnissen ab.

ONLINETIPPS

Konzeptwerk Neue Ökonomie
www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Degrowth
www.degrowth.info/de

Blog Postwachstum
www.postwachstum.de

I.L.A. Werkstatt
www.ilawerkstatt.org

Oya
www.oya-online.de

„Soziale Gerechtigkeit lässt sich unter den derzeitigen ökologischen Krisen nur über einen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweise erreichen.“

Eine hohe Verschuldung, die aber mit einem gezielten Umbau der Gesellschaft hin zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und null fossilen Brennstoffen einhergeht, kann wichtig sein, um notwendige Transformationen zu unterstützen

BUCHTIPPS

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.)
Zukunft für alle – Eine Vision für 2048
gerecht. ökologisch. machbar.
oekom, Oktober 2020
104 Seiten, 9.00 Euro
978-3-96238-257-5

Matthias Schmelzer, Andrea Vetter
Degrowth/Postwachstum
zur Einführung
Junius, Oktober 2019
256 Seiten, 15.90 Euro
978-3-96060-307-8

Andrea Vetter u. a.
Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung
Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mai 2017
54 Seiten, kostenfrei
Download: www.t1p.de/iv7o



und anzustoßen. Die nun aufgelegten Konjunkturprogramme verhindern vermutlich auf Jahre hinaus die dringend notwendigen massiven Investitionen in einen Umbau der Wirtschaft. Zudem ist zu erwarten, dass die Schulden, wie oft geschehen, als

Vorwand genutzt werden, um soziale und kulturelle Staatsausgaben massiv zu kürzen, was zu Leid und Elend führen wird und zu einer Verarmung gesellschaftlichen Lebens.

Frau Vetter, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Foto: Volodymyr Rozumil/shutterstock.com

Corona-Krise

Der Staat muss es richten – und kann es richten

Durch die Corona-Pandemie wurde der Staat genötigt, hohe Schulden aufzunehmen. Das behagt vielen nicht. Die hohe Staatsverschuldung wird als „unverantwortlich“ kritisiert und eine baldige Rückkehr zur „schwarzen Null“ gefordert. Das ist nicht neu. Seit Jahrzehnten werden die staatlichen Handlungsspielräume kleingeredet – auf Kosten des Gemeinwohls.

von Günter Grzega

Braucht es Wirtschaftswachstum für eine gelingende Gesellschaft? Es gibt etliche Alternativmodelle – z. B. die „Postwachstums-Ökonomie“ und die „Donut-Ökonomie“. Die Auseinandersetzung damit ist notwendig, es sollte aber immer darauf geachtet werden, dass sich kein Dogmatismus in die Debatte „einschleicht“ und einen echten Meinungsaustausch unmöglich macht. Dogmatismus ist ein wirklicher Hemmschuh, ja eine

nis wissenschaftlicher Phänomene stammt aus dem 16. und 17. Jahrhundert: Die Menschen – sowohl Wissenschaftler, Kirchengelehrte als auch normale Bürger – waren darauf konditioniert und deshalb überzeugt, dass sie in einem geozentrischen Weltssystem leben, dass die Erde der Mittelpunkt der Welt ist und alle Himmelskörper um die Erde kreisen. Plötzlich behauptete Nikolaus Kopernikus, dass dies nicht stimmt, sondern die Sonne im Mittelpunkt steht

den Frieden und die Ökologie beachtende demokratische Steuerung der Volkswirtschaft entsteht – also eine verfassungsgemäße Gemeinwohl-Ökonomie.

Modern Monetary Theory

Nun, es gibt ja bereits die Erkenntnisse und Erklärungen zum Geldsystem von evolutionär denkenden „Galileis“, von undogmatischen Ökonomen. Aber auch heute weigern sich wieder viele Wissenschaftler, durch das Fernrohr der Erkenntnis zu schauen, damit sie ihre Dogmen zum Thema „Geld“ nicht widerrufen müssen. Ein Beispiel für eine empirische Wissenschaft bieten die Dokumentationen der „Modern Monetary Theory“ (MMT). Die von ihren Ökonomen



Foto: Ulrich Grasberger/pixabay.com

eingebrauchten Vorschläge zur politischen Verwertung dieser Erkenntnisse, wie z. B. die Demokratisierung der Zentralbanken, hat jedoch wie zu Galileis Zeiten eine starke Gegnerschaft geweckt: eventuelle „Verlierer“ und neoliberale Ideologen.

Es ist nur dann echte Wissenschaft, wenn man erlaubt, durch neue Erkenntnisse den Horizont zu erweitern, und bisher Undenkbares zu denken zulässt. Alles andere ist Dogmatismus. Der bedeutendste MMT-Vertreter in Deutschland ist Dirk Ehnts, Universitätsdozent und Vorstand der Pufendorf-Gesellschaft. Sein Buch „Geld und Kredit: eine €-päpische Perspektive“ müsste Pflichtlektüre für alle Ökonomie-Studiengänge sein und als staatliches Antrittsgeschenk an alle, die ein politisches Amt antreten, überreicht werden.

Geldschöpfung und Geldvernichtung

Um die Themen „Finanzwirtschaft“ und „Staatsverschuldung“ besser verstehen zu können, seien zunächst die Zusammenhänge zwischen der Giralgeldschöpfung durch Banken und Sparkassen und der Staatsgeldschöpfung erläutert – die beiden Geldkreisläufe in modernen Volkswirtschaften.

Der Mythos, dass Bankkredite aus den Guthaben der Bankkunden gespeist werden, steht zwar immer noch in einigen Lehrbüchern, aber dies hat mit der Realität nichts zu tun. Ein Bankkredit entsteht ausschließ-

Banken und der Staat können Konten bei der Zentralbank führen. Dieses staatliche Giralgeld der Zentralbank – „Reserven“ genannt – entsteht wie das Banken-Giralgeld durch bilanzielle Buchungsvorgänge aus dem

Staatsausgaben ermöglichen erst private Ersparnisse. Eine einseitige Fokussierung auf die Schulden ist eine unsinnige Verkürzung der Tatsachen.

lich als Buchungsvorgang. Und zwar – einfach ausgedrückt – „als Geldschöpfung aus dem Nichts“. So schreibt die Bundesbank in ihrem Begleitmaterial zum Schülerbuch „Geld und Politik“: „Tatsächlich wird bei der Kreditvergabe durch eine Bank stets zusätzliches Buchgeld geschaffen. Die weitverbreitete Vorstellung, dass eine Bank auch altes, schon früher geschöpftes Buchgeld, z. B. Spareinlagen, weiterreichen könne, trifft nicht zu.“ Giralgeld kann immer nur durch einen Bankkredit entstehen. Mit der Rückzahlung des Bankkredits wird das durch Kredit geschöpfte Giralgeld wieder vernichtet.

Zentralbankgeld ist Staatsgeld – entweder als Banknoten oder als Giralgeld auf den Konten des Staates und des Bankensystems. Nur die

Nichts. Wenn der Staat oder die Banken Schulden bei der Zentralbank abbauen, wird dieses Zentralbank-Giralgeld wieder vernichtet.

Geldschulden und Geldvermögen

Damit wird klar: Das Dogma, dass Ersparnisse des Privatsektors zur Finanzierung von Staatsausgaben Voraussetzung sind, ist falsch. Es ist genau umgekehrt: Staatsausgaben ermöglichen erst private Ersparnisse. Auch die weitverbreitete Meinung, dass Staatsschulden eine „Belastung für zukünftige Generationen“ sind, ist ein Fehlschluss. Die zu den Schulden gehörenden Vermögen werden nämlich ebenfalls vererbt. Eine einseitige Fokussierung auf die Schulden ist eine unsinnige Verkürzung der Tat-

Dogmatismus ist eine Gefahr für die Entwicklung der Gesellschaft. Er hat sich vor allem beim Thema „Geld und Staatsschulden“ durchgesetzt.

Gefahr für die Entwicklung der Gesellschaft. Er hat sich vor allem beim Thema „Geld und Staatsschulden“ in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt. Dies kann bei volkswirtschaftlichen Krisen, z. B. der aktuellen Corona-Pandemie, zum Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften und damit der Gesellschaft führen.

Glaubensdogmen und Konditionierung

Ein bekanntes Beispiel für unsere Konditionierungen beim Verständ-

und die Erde um die Sonne kreist. Galileo Galilei bestätigte dessen Thesen mithilfe von besseren Fernrohren. Viele Wissenschaftler weigerten sich jedoch, durch Galileis Fernrohr zu schauen, um die dogmatische Lehre einer geozentrischen Welt nicht widerrufen zu müssen.

Derzeit stehen wir wieder an der Schwelle einer neuen Erkenntnis: zu dem durch die aktuellen Geldsysteme gegebenen Möglichkeiten. Wir könnten diese Erkenntnisse so nutzen, dass eine die Menschenwürde,

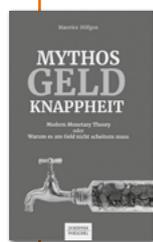
ONLINETIPPS

Samuel-Pufendorf-Gesellschaft
für politische Ökonomie
www.pufendorf-gesellschaft.org

Makroskop
Das Magazin für Wirtschaftspolitik
www.makroskop.eu

Gemeinwohl-Ökonomie
Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft
www.ecogood.org/de

BUCHTIPPS



Maurice Höfgen
Mythos Geldknappheit
Modern Monetary Theory oder
Warum es am Geld nicht scheitern muss
Schäffer-Poeschel, September 2020
283 Seiten, 24.95 Euro
978-3-7910-4959-5



Dirk Ehnts
Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive
Metropolis, Februar 2020
281 Seiten, 19.80 Euro
978-3-7316-1412-8



Gunther Moll, Sarah Benecke, Günter Grzega
Die Vorstufe zum Paradies – für uns alle
Warum wir sie erreichen können – und wie sie finanzierbar wäre
Papeto, August 2018
122 Seiten, 10.00 Euro
978-3-9815347-3-3

sachen. Geld-Schulden und Geld-Vermögen sind letztlich die zwei Seiten einer Medaille und müssen

Unterlassene realwirtschaftliche Investitionen – z. B. in Infrastruktur, Bildung, Umweltschutz – werden zur Belastung für kommende Generationen.

deshalb entsprechend der Bilanzlogik unverrückbar gemeinsam betrachtet werden.

Generationengerechtigkeit

Beim Totschlag-Argument „Generationengerechtigkeit“ muss man sich diesen Tatsachen stellen. Der tatsächliche Generationenkonflikt ist nicht

finanziellen, sondern stets realwirtschaftlichen Auswirkungen geschuldet. Unterlassene realwirtschaftliche Investitionen – z. B. in Infrastruktur, Schulen, Bildung, Umweltschutz und erneuerbare Energien – werden zur Belastung für kommende Generationen. Das Vererben von überholten Technologien und Produktionsstätten, die unsere Erde zu einem unbewohnbaren Planeten machen könnten, sind die wahren Lasten für unsere Kinder und Enkelkinder.

Coronabedingte Staatsschulden

Wer nach den zusätzlichen Staatsschulden, die aufgrund der Corona-Pandemie aufgenommen wurden, von „zu hohen Staatsschulden“ schwadroniert und „Sparen“ fordert,

Der staatliche Haushalts-Überschuss ist, gesamtwirtschaftlich betrachtet, die sinnloseste Errungenschaft seit dem „Goldenen Kalb“.

beweist nur, dass er entweder unser Geldsystem nicht versteht oder trotz besseren Wissens aus ideologischen Gründen die Unwahrheit verbreitet. Heiner Flassbeck, Wirtschaftsprofessor und ehemaliger Chef-Ökonom der UN-Organisation UNCTAD,

hat die Schwarze-Null-Diskussion sachlich auf den richtigen Punkt gebracht: „Der staatliche Haushalts-Überschuss ist, gesamtwirtschaftlich betrachtet, die sinnloseste Errungenschaft seit dem ‚Goldenen Kalb‘.“

Ein krasses Beispiel für die Irreführung der Bürger ist die „Staats-

schuldenuhr“ einer Lobby-Organisation. Das Fehlen einer neben der „Staatsschuldenuhr“ tickenden „Geldvermögensuhr des privaten Sektors“ verschleiert, dass eine Geld-Vermögensbildung des Gesamt-Privatsektors ohne Staatsschulden gar nicht möglich ist. Denn Geld entsteht eben immer als Kreditbuchung. Der Zweck des Schürens von Staatsschulden-Ängsten liegt wohl darin, den Sozialabbau und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben zur privaten Profitsteigerung zu legitimieren und umfassend herbeizuführen.

Die Behauptung „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ und die Forderung nach einer Rückkehr zur gesetzlichen Schuldenbremse sind die Kernelemente einer

unsäglich schädlichen und falschen Staatsschulden-Debatte. Sie droht auf eine Wiederauferstehung von „Brünings Notverordnungen“ während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren hinauszulaufen, die damals den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands beschleunigte und den Aufstieg der Nationalsozialisten forcierte. Geradezu das Gegenteil und damit das Richtige entschied der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt mit seinem „New Deal“ zur Ankurbelung der Wirtschaft durch den Staat.

Ein Tipp für künftige Diskussionen über den angeblich dringend gebotenen Abbau der durch die Corona-Pandemie entstandenen „enormen“ Staatsschulden: Fragen Sie einfach die „Sparer-Fraktion“, ob sie Ihnen einen wissenschaftlich begründeten Grund zur „60%-Schuldengren-

ze“ in der Euro-Zone nennen kann! Japan etwa hat schon längere Zeit eine Staatsverschuldung von rund 250% und trotzdem bessere Kennwerte bei den Wirtschaftszahlen und der Arbeitslosigkeit sowie eine niedrige Inflationsrate. Es gibt keine wissenschaftliche Begründung für die Schuldenobergrenze. Sie war einfach der Durchschnitt der Euro-Länder bei der Euro-Einführung und wurde deshalb in die Verträge aufgenommen.

Keine Staatspleite, keine Hyperinflation

Die Befürchtung einer „Staatspleite“ durch zu hohe Schulden hat nichts mit der Realität zu tun. Ein Staat mit eigener Währung und eigener Zentralbank, der sich nicht in einer Fremdwährung verschuldet, kann nicht pleitegehen. Da die Länder des Euro-Währungsraums sich auf eine Währung und eine gemeinsame Europäische Zentralbank (EZB) geeinigt haben, gilt diese Aussage auch für „Euroland“. Außer man würde einem Euro-Staat bei Wirtschaftskrisen den Zugang zu EZB-Geldern durch die übrigen Euro-Staaten aus politischen Gründen verweigern.

Ebenso ausgeschlossen ist eine überhohe Inflationsrate durch die „Flutung der Märkte“ mit Giralgeld (Reserven) der EZB, da dieses Geld

Ein Staat mit eigener Währung und eigener Zentralbank, der sich nicht in einer Fremdwährung verschuldet, kann nicht pleitegehen.

nur dem Bankensystem zur Verfügung steht und die Banken es nicht an den privaten Sektor weitergeben können. Ganz wichtig ist auch, sich bewusst zu sein, dass der bilanzielle Kreditbestand – egal in welcher Höhe – durch die Geldschöpfung der Zentralbank, also „Schulden“ der Zen-

tralbank gegen sich selbst, niemals eine Belastung für die Steuerzahler auslösen kann.

Der Staat muss helfen, steuern und fordern

Die Corona-Krise war und ist ein Schock sowohl für die Angebots- als auch für die Nachfrageseite unserer Volkswirtschaften. Märkte können in solchen Konstellationen keine Lösungen liefern. Neoliberale, markt-

Die Corona-Krise bietet auch die Chance für einen Wandel der aktuellen neoliberalen Pseudo-Marktwirtschaft. Wir brauchen einen „Green New Deal“.

fundamentalistische Konzepte und Modelle versagen umfassend bei solchen Krisen. Einzig der Staat muss und kann es richten.

Der finanzielle Einsatz zur Krisenbewältigung mit bilanziell höheren Staatsschulden ist richtig. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Maßnahmen für den nicht staatlichen Sektor vor allem als nicht rückzahlbare Zuschüsse geleistet werden, um eine schwere Wirtschaftskrise nach Corona durch Überschuldung der privaten Sektoren zu verhindern. Ebenso müssen die Corona-Ausgaben der Gemeinden und Bundesländer durch entsprechende Staatszu-

nahmen einen wirtschaftlichen Niedergang auf Gemeinde- und Länder-ebene einleiten.

Trotz der Richtigkeit der staatlichen Corona-Hilfen muss die Verteilung kritisch betrachtet werden. Finanzhilfen an Unternehmen hätten mit Bedingungen verknüpft werden können: beispielsweise keine Steuerflucht, keine Auszahlung von Boni an Vorstände und von Dividenden an Aktionäre sowie ein Klimaschutzplan.

Die Corona-Krise bietet auch die Chance für einen Wandel der aktuellen neoliberalen Pseudo-Marktwirtschaft. Wir brauchen analog der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren einen „Green New Deal“. Eine gute Voraussetzung bietet dafür vor allem das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie. ■

Günter Grzega,
Jahrgang 1944,
Dipl.-Bankbetriebs-
wirt und Dipl.-Ver-
waltungsbetriebs-
wirt, war ab 1994
Vorstandsmitglied



bei der Sparda-Bank München eG und von 2000 bis 2006 ihr Vorstandsvorsitzender. Unter seiner Führung stieg sie zu einer der größten Genossenschaftsbanken in Deutschland auf. Darüber hinaus engagiert er sich in der Gemeinwohl-Ökonomie-Initiative sowie im „Senatsinstitut für gemeinwohlorientierte Politik“ (IGP) und ist Mit-herausgeber des wirtschaftspolitischen Online-Magazins „Makroskop“.

g.grzega@t-online.de

Changemanagement

„Ohne Sinn keine Motivation, ohne Motivation kein Handeln“

Profitgier und Einfluss „der Wirtschaft“ gelten als eine Hauptursache, warum der Kampf gegen die Klimaerwärmung so halbherzig geführt wird. Doch „die Wirtschaft“ gibt es nicht, nur einzelne Unternehmen. Und manche Unternehmen agieren bereits ökologisch vorbildlich, andere sind auf dem Weg dorthin. Ein Münchener Unternehmensberater weiß, woran es hakt und wie es geht.

Interview mit Axel Nauert

ÖkologiePolitik: Herr Nauert, wie verändern wir unser Wirtschaftssystem?

Axel Nauert: Ich wage die Prognose, dass es in 10 Jahren nur noch nachhaltige Unternehmen geben wird. Rendite ist nicht das Ziel, sondern die logische Konsequenz einer richtigen Ausrichtung. Das hat auch das Zukunftsinstitut als Megatrend erkannt. Ökonomie wird die Ökologie suchen und es gilt das Prinzip der sozialen Gültigkeit. Je mehr Menschen Ökonomie und Ökologie verbinden, desto mehr glauben daran, desto richtiger wird es und desto mehr Menschen orientieren sich da-

Buch aufgezeigt, damit man sich darüber klar werden kann, wo sie liegen. Das sollte man beachten, wenn man die neue Ausrichtung seines Unternehmens anpackt.

Was, wenn es doch nicht zur Transformation kommt?

Alle Anzeichen deuten auf Veränderung. Nennen wir es „Zukunftskunst“. Hier werden immer 4 Schritte hin zur Transformation durchlaufen. Zunächst einmal gibt es neue Ideen, die abgelehnt werden. Dann kommt der Dialog, der nicht richtig gelingen will. Darauf folgt als Konsequenz die eruptive Energie als dritter Schritt.



Axel Nauert, Jahrgang 1956, studierte Psychologie mit den Schwerpunkten Organisations- und Wirtschaftspsychologie, arbeitete anschließend bei mehreren Großunternehmen, machte sich 1996 selbstständig und ist seither als Organisationsberater, Trainer und Coach in verschiedenen Branchen, Unternehmen und Hierarchieebenen tätig.

www.axel-nauert.de

faul ist und etablierte Routinen nutzt. Es schaltet am liebsten auf den eingespielten Energiesparmodus. Deshalb will es sich nicht so gerne mit unangenehmen Themen wie dem

Ende der Wachstumswirtschaft oder dem Klimaschutz beschäftigen. Die sind schon fast überkomplex, wenn wir alle Variablen gleichzeitig bedenken wollen. Da wendet sich das Gehirn ab.

Wie können wir das Gehirn doch zum Handeln anregen?

Veränderung ist immer ein Lernvorgang. Wenn das Gehirn lernen soll, müssen wir etwas tun, was das

dauerhaft hängen. Es ist nachgewiesen, dass wir uns mindestens 5 Stunden intensiv mit einer neuen Sache beschäftigen müssen, damit sich etwas im Gehirn gut verankern und das Gehirn umbauen kann. Das kennen wir aus dem Sport oder der Musik. Man nennt das die „Neuroplastizität des Gehirns“. Das funktioniert das ganze Leben lang. Und das ist doch erfreulich.

„Wenn das Gehirn lernen soll, müssen wir etwas tun, was das Gehirn mag und bei dem in den Gehirnstrukturen etwas hängen bleibt.“

Gehirn mag und bei dem in den Gehirnstrukturen etwas hängen bleibt. Es geht darum, für konkrete und positive Ergebnisse zu sorgen, die sich mit dem Thema „Veränderung“ oder „Transformation“ verankern können. Und wir brauchen auch mehr Zeit, um uns klar zu werden, wozu wir etwas tun. Ohne Sinn gibt es keine Motivation, ohne Motivation kein Handeln.

Wie wichtig sind die dahinterstehenden Werte?

Als Neuroforscher ist für mich der erste Schritt, mit jedem Menschen Klarheit über seine Werte zu erzielen. Denn wenn ich mich mit meinen Werten beschäftige und diese emotional wirken lasse, dann komme ich an den Punkt, wo ich eine Differenz zwischen meinen Werten und meinem Handeln entdecke. Das ist der entscheidende Motivationsmoment. Wenn wir dann noch fragen: Wie willst du in den nächsten 3 Tagen, 30 Tagen und 3 Monaten deine Werte nach außen in der Welt real werden lassen? Dann entstehen Aktionsideen. Das ist der entscheidende Beginn für Transformation. Das dauert etwas und funktioniert gut.

Wieso braucht es dafür Zeit?

Unsere Kommunikationsgeschwindigkeit ist zu hoch. Da bleibt nichts

Wieso kaufen wir eigentlich trotz des vielen Wissens noch immer unnötige Produkte?

Ich sehe darin vor allem einen Ausgleich für einen emotionalen Mangel. Ein spontaner Kauf hat oft keine lange Wirkung im Gehirn, manchmal nur 17 Sekunden. Leider lernt das Gehirn auch ungünstige Verhaltensweisen, wenn wir uns nicht bewusst über unsere Werthaltung fokussieren und auch definieren. Die Reaktionsweise des Gehirns wird ja angesprochen durch professionelle Werbeimpulse. Das Gehirn reagiert auf Worte wie „Sonderangebot“, „günstig“ oder „Rabatt“. Gehen wir dagegen in ein Naturerlebnis, in eine gelingende Beziehung, in die Teilnahme, werden wir viel weniger konsumieren müssen.

Wieso das?

Bei einem Erlebnis in der Natur, in einer Beziehung, die ich als wertvoll erlebe, im Vertieftsein in einer für mich wichtigen Tätigkeit, in der Themen-Realisierung mit anderen Menschen werden Dopamin und Oxytocin ausgeschüttet, die ein wohliges, motivierendes Gefühl verursachen und uns innerlich nähren, auch im Sinne von „zugehörig fühlen“.

Was ist, wenn ich mal negative Gefühle habe?

BUCHTIPPS

Oliver Specht, Axel Nauert
Panetproofed
Wie Sie Ihr Unternehmen nachhaltig und erfolgreich in die Zukunft führen
Redline, August 2020
272 Seiten, 19,99 Euro
978-3-86881-814-7



Axel Nauert
Nieten ohne Nadelstreifen
Cool, psychopathisch und skrupellos – wie die neue Generation von Führungskräften unsere Wirtschaft ruiniert
Redline, Sept. 2018
208 Seiten, 19,99 Euro
978-3-86881-712-6



In diesem Fall sollten wir uns auf das Jetzt konzentrieren. Ich empfehle die Frage: „Was stört mich jetzt, genau in dieser Sekunde?“ Das Interessante ist dann, dass die negative Emotion verschwindet. Es ist nämlich stets ein Vergleich, ein Gedankengebäude, etwas das weit weg ist, eine vergangene Situation, die den Auslöser für Unzufriedenheit darstellen. Als Neuroforscher nenne ich das „den Trigger ausschalten“.

Wie machen Sie es, sich jeden Tag richtig in die Welt zu stellen?

Ich versuche, mich mit Yoga und Meditation zu fokussieren, mich täglich zu verbinden mit diesem wunderschönen, einzigartigen Raumschiff Erde. Ich will mit den Menschen die fehlende Bedienungsanleitung für das Raumschiff Erde erstellen. Das ist mein Fokus.

Herr Nauert, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das Interview führte Thomas Prudlo.

Klimaschutz

Gestaltungsspielräume konsequent nutzen!

Die Klimawärmung ist seit den 1990er-Jahren ein zentrales Umweltschutzthema, doch bis heute agiert die Politik nur sehr zögerlich. Sie tut nicht, was sie weiß. Dabei mangelt es überhaupt nicht an durchdachten Maßnahmen, Konzepten und Strategien, sondern vernehmlich am politischen Willen, diese umzusetzen. Das muss sich schleunigst ändern.

von Ulrich Brehme

Eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 °C kann nur durch eine globale Koordination der Umweltpolitik erreicht werden. Das Pariser Klimaabkommen sollte die Grundlage dafür sein. Die CO₂-Emissionen müssen

Der Klimaschutz ist ein internationales öffentliches Gut. Seine Kosten fallen sofort dort an, wo CO₂-Emissionen reduziert werden, sein Nutzen später und weltweit verteilt. Die Auswirkungen des Nichthandelns treten zeitlich verzögert ein. Erst in

brauchen wir eine wachstumsunabhängige Ausrichtung unseres wirtschaftspolitischen Rahmens. Wirtschaftswissenschaftler errechnen immer noch Wachstumskurven, obwohl klar ist, dass es bei einer Internalisierung der externen Kosten gar kein Wachstum gäbe. Wir zerstören heute die Ressourcen der zukünftigen Generationen.

Über aufkommensneutrale Ökosteuern muss Energie teurer werden. Die Lohnnebenkosten müssen dafür gesenkt werden. Ein notwendiger ökologischer Strukturwandel wird die verschiedenen Regionen und Branchen unterschiedlich stark treffen, aber durch erneuerbare Energiesysteme und eine regenerative Landwirtschaft entstehen insgesamt mehr Arbeitsplätze.

Statt an der expansiven Wirtschaftsweise festzuhalten, brauchen wir eine wachstumsunabhängige Ausrichtung unseres wirtschaftspolitischen Rahmens.

um 80 % reduziert werden. Insbesondere die sogenannten „Kipppunkte“ in der klimatischen Entwicklung stellen eine Gefahr für die Menschheit dar. Ein „Umkippen“ natürlicher Systeme würde zu abrupten, irreversiblen Schäden führen und Lebensräume zerstören.

Ende 2016 betrug das CO₂-Budget 1.210 Gt CO₂ für das 2-Grad-Ziel und 460 Gt CO₂ für das 1,5-Grad-Ziel. Auf dieser Basis hätte eine Einigung erfolgen müssen, wie viel jedes Land bis zum Jahr 2100 noch emittieren darf. Stattdessen durfte jedes Land seinen nationalen Beitrag zum Klimaschutz eigenständig festlegen. Es wurden nur illusionäre Klimaziele formuliert. Die globale Klimapolitik ist bisher gescheitert.

Krisen sind viele Menschen bereit, Gewohntes zu verändern. Und es braucht Zeit, Veränderungen politisch wirksam umzusetzen. Deshalb verhalten sich viele Länder als „Trittbrettfahrer“. Unsere Chance liegt aber in der konsequenten Nutzung

von Gestaltungsspielräumen. Dazu gehört auch, unsere Recyclingsysteme weiter zu entwickeln und unsere Ressourcenproduktivität zu steigern.

Statt immer weiter an der expansiven Wirtschaftsweise festzuhalten,

Wir müssen Antidumpingzölle gegenüber Importen aus Gebieten ohne Emissionshandel einführen, sonst kommt es zur Verlagerung von CO₂-Emissionen.

Wir brauchen eine verursachergerechte Kostenstruktur. Emissionen müssen teurer werden und klimaverträgliches Verhalten billiger. Externe Kosten sind ins Marktgleichgewicht zu internalisieren, zukünftige Schä-



Foto: sarangib/pixabay.com

den den heutigen Verursachern in Rechnung zu stellen. Die CO₂-Bepreisung über den Europäischen Emissionshandel ist ein mögliches Instrument dafür. Die deutsche Klimapolitik hat prinzipiell einen richtigen Weg gewählt, setzt den CO₂-Preis aber noch viel zu niedrig an. Emissionshandelssysteme benötigen einen Mindestpreis, um sinnvoll funktionieren zu können. Wenn es zu einer weiteren Verknappung der Emissionszertifikate im EU-Emissi-

Handels- und Investitionsabkommen sind Klimaaspekte stärker zu berücksichtigen sowie ökologische und soziale Mindeststandards verbindlich zu vereinbaren. Damit der Aufholprozess ärmerer Länder mit modernen Umwelttechnologien geschieht, sind die Einstiegskosten in neue Technologien weiter zu verringern.

Wenn die Umweltzerstörung einen Preis bekommt, werden auch die Finanzmärkte hohe CO₂-Emissionen als Risiko einkalkulieren. Das Haf-

Wirtschaftswissenschaftler errechnen Wachstumskurven, obwohl es bei einer Internalisierung der externen Kosten gar kein Wachstum gäbe.

onshandel kommt, steigen die CO₂-Preise. Der Anteil der Emissionen, die im EU-Emissionshandelssystem einbezogen werden, sollte bis 2030 auf 70 % steigen. Wo auf erneuerbare Energien umgestellt oder Energie eingespart wird, fällt keine CO₂-Steuermehr an.

Um die Preisbildung nicht zu verzerren, sind Antidumpingzölle gegenüber Importen aus Gebieten ohne Emissionshandel einzuführen, sonst kommt es zur Verlagerung von CO₂-Emissionen. In internationalen

tungsprinzip für Emissionsvergehen durch Unternehmen muss viel durchgreifender wirksam sein. Großen Öl-, Kohle- und Autokonzernen stehen gigantische Finanzmittel zur Verfügung, um Öffentlichkeit und politische Entscheider zu manipulieren. „Es ist nicht der Widerstand gegen wissenschaftlich gesicherte Fakten des Klimawandels, die die Leugner des Klimawandels antreiben, sondern die Opposition gegen die Folgen, die sich real aus diesen Fakten ergeben“, schreibt Naomi Klein.

Schluss mit dem Zombie-System der Spekulation an den Börsen! Stattdessen brauchen wir die Analyse der Geschäftsmodelle auf die langfristige Gewinnentwicklung vor dem Hintergrund der Wirkung der Produkte auf den Klimawandel.

Die großen Internetkonzerne betreiben ein parasitäres System, das sich immer weiter ausbreitet. Sie haben Monopole aufgebaut, kaufen innovative Konkurrenten auf und setzen ihre technischen Standards durch. Sie entziehen sich der Besteuerung, umgehen den Datenschutz, schaffen Möglichkeiten zur Totalüberwachung und manipulieren Wahlen. Digitale Lösungen könnten aber auch der Ungleichheit und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken. Sie könnten zeigen, wie klimawirksam das eigene Handeln ist.

„Das, was wir heute tun, ist Teil von dem, was in der Zukunft sein kann. Und wenn wir heute diese Dinge nicht tun, kann es nicht Teil der Zukunft werden“, sagt Maja Göpel vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. ■

Uli Brehme,
Jahrgang 1966, studierte Elektrotechnik und arbeitet beruflich als selbstständiger Prüfingenieur. Der ÖDP trat er 1993 bei und hatte seither in zwei Landesverbänden und im Bundesverband zahlreiche Funktionen inne. Außerdem war und ist er in verschiedenen Bundesarbeitskreisen aktiv – u. a. im Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen. Für die ÖkologiePolitik schreibt er regelmäßig die Ökolumne und die Kurzmeldungen.



An alle Mitglieder von Christian Rechholz

„Die einzige Begrenzung, das Morgen zu verwirklichen, werden unsere Zweifel von heute sein.“

(Franklin D. Roosevelt)

Gemeinsam zum Erfolg

Liebe ÖDP-Mitglieder,

alles neu machte dieses Mal nicht der Mai, sondern der Parteitag der ÖDP in Suhl im September; zur Überraschung vieler, mich eingeschlossen. Der komplett neue Bundesvorstand ist für viele noch ein unbeschriebenes Blatt. Um das zu ändern, soll dieses Blatt nun etwas beschrieben werden.

Ganz so neu ist der Vorstand dann doch nicht, wie ein zweiter Blick verrät. Denn mit Christine Stankus als Schriftführerin, Professor Dr. Klaus Buchner als Beisitzer, Dr. Peter Schneider als stellvertretendem Vorsitzenden und Dirk Uehlein als Schatzmeister haben wir doch vier langjährige ÖDP-Mitglieder in unserem Vorstand. Daneben gibt es das



Foto: Simone Bierlein

Dem bisherigen Vorstand danke ich herzlich für seine Arbeit.

ein oder andere relativ neue Gesicht, wie Charlotte Schmid, Thomas Schiffelmann und Jan-Philipp van Olfen, Carsten Krehl als Landesvorsitzender hingegen dürfte schon mehr Parteifreunden bekannt sein. Das ist sie also – die Truppe, die für die nächsten zwei Jahre verantwortlich ist.

Dass mit Jan-Philipp ein Junger Ökologe im Vorstand vertreten ist, war höchste Zeit. Künftig sollten wir die Satzung dahingehend ändern, für die JÖ einen festen Sitz im Vorstand zu haben. Nicht erfreulich ist hingegen, nur zwei Frauen im Vorstand zu haben. Auch auf mancher Wahlliste sind nur wenige Frauen vertreten. Das sollten wir alle gemeinsam ändern.

Dem bisherigen Vorstand danke ich auch an dieser Stelle nochmals herzlich für seine Arbeit. Der Zuwachs bei den Mitgliedern geht auch auf dessen Bemühungen zurück. Mit

dem Coburger Symposium haben die bisherigen Vorstände zudem Maßstäbe gesetzt. Maßstäbe, an die wir anknüpfen werden. Denn das Coburger Symposium soll, so Corona will, schon im Januar seine zweite Auflage erfahren. Hier passiert wertvolle, wichtige Arbeit, auch mit Blick auf die zahlreichen Wahlkämpfe im nächsten Jahr. Es freut mich sehr, dass Christoph Raabs und Günther Brendle-Behnisch hier weiter federführend das Symposium realisieren. Nur gemeinsam werden wir als ÖDP Erfolg haben.

Umso mehr freut es mich, dass weitere Mitglieder des bisherigen Vorstandes an vielen Stellen mitarbeiten. Danke für diese Unterstützung.

Doch es bleibt die Frage, was haben wir nun vor und was haben wir bereits getan? Zunächst einmal sei ein Internum verraten: Die Stimmung und der Teamgeist im Bundesvor-



Foto: Guitarfoto studio/shutterstock.com

stand sind sehr gut, konstruktiv und motiviert. Die ersten Wochen haben wir hauptsächlich damit verbracht, uns zu organisieren, zu strukturieren und einige Baustellen zu beseitigen. Vergnügungssteuerepflichtig war das nicht, aber es gehört zum Aufgabenprofil. Und wir haben auch schon sehr weit inhaltlich gearbeitet.

Eine gewisse positive Unruhe haben wir da wahrgenommen, eine gespannte Ungeduld, wie man sie von Weihnachten kennt, bis sich endlich die Tür zum Wohnzimmer öffnet. Ein wenig Geruch vom Festessen und den Kerzen am Baum drang da schon durch das Schlüsselloch und das ein oder andere Geräusch ans Ohr.

So war das auch die letzten Wochen bei uns. Und hin und wieder haben wir auch vorsichtig darauf hingewiesen: Die ersten „Präsente“ waren nach 100 Tagen versprochen, nicht nach 10. Aber im Grunde ist diese Ungeduld ja ein gutes Zeichen, es steht für Motivation und Aufbruchsstimmung.

Wir glauben an den Erfolg der ÖDP und wollen unseren Teil dazu beitragen. Das Land braucht eine erfolgreiche ÖDP, denn die Politik muss dringend korrigiert werden. Als Vorstand können wir Impulse und eine Richtung geben, aber letztlich hängt der Erfolg von all den fleißigen Mitgliedern ab, die jetzt auch schon unter erschwerten Bedingungen erfolgreich so viele Unterschriften gesammelt haben.

Als Rezept für den gemeinsamen Erfolg wollen wir:

- die Basis noch stärker einbinden
- uns als Serviceleister für die ganze Partei verstehen
- Interessen in der ÖDP ausgleichen
- präsenter in der Öffentlichkeit sein

Mit „orangeaktiv“ haben wir eine neue Online-Diskussions- und Austauschplattform. Noch in diesem Jahr werden wir auch zwei Abstimmungen/Umfragen unter den Mitgliedern durchführen. Die Zahl der Newsletter und Pressemitteilungen halten wir hoch. Mit Tesla haben wir ein Thema, bei dem die Medien vor unserer Tür Schlange stehen, eine völlig ungewohnte Situation und eine große Chance, die wir

nutzen werden (dazu demnächst mehr). Zu Corona sind wir der Meinung, uns keine Nicht-Meinung erlauben zu können und haben mit Beirat und Diskussions-Papier einen Prozess angestoßen, um zu einer Positionierung zu kommen.

Im Vorstand haben wir die Zuständigkeiten für die Landesverbände und die BAKs verteilt. Nur das Reisen zu den einzelnen Gruppierungen ist Corona-bedingt stark einge-

Wir glauben an den Erfolg der ÖDP und wollen unseren Teil dazu beitragen.

schränkt. Wir haben zudem neue Teams ins Leben gerufen, in jedem Team sind Vorstände und Mitarbeiter vertreten und sie sollen durch Mitglieder ergänzt werden und gemeinsam an ihren Themen arbeiten. Einmal im Monat wird künftig auch ein Vorstandsmitglied im Chat Rede und Antwort stehen und jeden Monat werden wir eine Aktion vorstellen, die man vor Ort nachbauen kann. Wir wollen auch unsere Ressourcen schonen und das Rad nicht überall neu erfinden müssen, sondern von guten Ideen aus einzelnen Kreisen als gesamte Partei profitieren. Insofern freuen wir uns über Anregungen und Ideen unserer Mitglieder.

Auch was die Struktur betrifft, wollen wir uns noch besser aufstellen. So haben wir eine BigBlueButton-Lizenz für Video-Konferenzen erworben, die wir allen Untergliederungen kostenlos zur Verfügung stellen. Als nächstes wird vermutlich eine Lösung für den Versand von Newslettern und Pressemitteilungen folgen. Und schon bald ist auch Beschaffung in Sachen Wahlkampfstrategie und Werbemittel. Mit etwas Glück bekommen wir das um Weihnachten herum hin. Das bestehende Schulungsangebot erweitern wir nach und nach und demnächst ist auch die Social-Media-Stelle besetzt.

Ich danke allen Mitgliedern, Mitarbeitern und Vorstandskollegen für das gute Miteinander und ihren unermüdlichen Einsatz für die ÖDP. Wie gesagt: nur gemeinsam können wir Erfolg haben und das Land braucht eine erfolgreiche ÖDP.

Zur Zukunft der ÖDP

Die Zeit ist reif für die ÖDP

Vielleicht kennt der eine oder die andere das Motiv: Eine Katze sieht ihr Spiegelbild und erkennt sich darin als Tiger. Für mich ein schönes Sinnbild unserer ÖDP und ihres Potenzials. Denn auch wir sind ein schlafender orangener Riese. Ein Riese, der aufgeweckt werden will. „Wecke den Tiger in Dir“, hieß vor Jahrzehnten der Werbeslogan einer Cornflakes-Marke.

von Christian Rechholz

Wir sind ja alle in der ÖDP aktiv geworden, um etwas zu bewegen, weil wir eine andere Idee von unserer Gesellschaft haben, von der Art zu wirtschaften und Politik zu machen. Davon sind wir überzeugt und davon müssen wir andere überzeugen. Denn wir allein werden diese Welt nicht retten. Wir müssen Wähler gewinnen.

Das war vier Jahrzehnte lang sehr schwer. Es war unter anderem deswegen schwer, weil wir unserer Zeit weit voraus waren. Doch die Zeiten ändern sich. Der Klimawandel ist für jeden sichtbar und spürbar. Ein auf Ausbeutung von Mensch und Natur angelegtes Wirtschaften zeigt immer deutlicher seine negativen Auswirkungen. Die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft und weltweit werden immer mehr Menschen bewusst und bringen diese zum Nachdenken. Immer mehr Menschen stellen die Sinnfrage.

Oder um es kurz zu sagen: Jetzt ist unsere Zeit. „Alles hat seine Zeit“, die Zeit, etwas zu ändern, ist jetzt gekommen. Es ist aber auch höchste Zeit, denn viel Zeit haben wir nicht mehr. Einige haben das schon lan-

ge kommen sehen, viele davon sind in der ÖDP. Aber jetzt erkennen es immer mehr und das ist unsere Chance.

Die Themen liegen auf der Straße, wortwörtlich. Immer mehr Menschen gehen auf die Straße, weil sie erkannt haben: Es geht so nicht weiter. Wir

müssen etwas tun. Sie gehen auf die Straße gegen die Populisten und Rassisten. Sie gehen auf die Straße gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem. Sie gehen auf die Straße, weil sie Natur und Klima schützen wollen. Und im Corona-Lockdown mit seinem erzwungenen Stillstand haben viele Menschen auch erkannt, in welchem Hamsterrad sie sich sonst tagtäglich bewegen, wie oft bei vielen die Familie zu kurz kommt. Sie haben aber auch gesehen, wie sich Mensch und Natur erholen. Sie haben erlebt, wie eine Welt mit weniger Verkehr sich anfühlt.

Corona und die Maßnahmen gegen das Virus haben viele negative Auswirkungen. Viele Menschen leiden und werden leiden, hierzulande und erst recht weltweit, Armut und Konflikte werden zunehmen. Das Zustandekommen der Maßnahmen und fehlende Strategien, das Durchblitzen autoritärer Impulse sind zu kritisieren. Die ÖDP darf sich hier als politische Partei nicht wegduckern, sondern muss Stellung beziehen. Das sind wir dem „D“ in unserem Namen schuldig.

Doch bei allen negativen Folgen: Der Stillstand, bei dem unser Planet mal eben Luft geholt hat, diese Atempause ist eine der positiven Auswirkungen der Corona-Krise. Der Erdüberlastungstag wurde dadurch um einen Monat nach hinten verschoben. Andernfalls – nur schwer zu glauben und zu ertragen – wäre er dieses Jahr schon zwei Monate früher gewesen: im Mai! Der Raubbau hätte sich in Jahresfrist rasant beschleunigt, mehr als die Hälfte des Jahres hätten wir auf Pump gelebt.

Die ÖDP darf sich als politische Partei nicht wegduckern, sondern muss Stellung beziehen. Das sind wir dem „D“ in unserem Namen schuldig.

Alles hat seine Zeit, auch das Innehalten war wohl an der Zeit. Und ja, es ist höchste Zeit und deswegen ist es Zeit für die ÖDP. Denn wer sonst sollte noch umsteuern? Glauben wir im Ernst, die sogenannten etablierten Kräfte wären willens dazu? Können sie das überhaupt? Bei all den Interessensverstrickungen? Wer zahlt, schafft an, sagt der Volksmund. Und wir müssen ja nur schauen, wer da wen bezahlt. Seien es nun direkte Parteispenden oder der Lobbyismus von Pöstchen und Gefälligkeiten. Man lese nur einmal, wer im Landwirtschaftsausschuss so



Foto: geralt/pixabay.com

alles sitzt. Da findet man zahlreiche Abgeordnete, die in Aufsichtsräten von Fleischproduzenten oder Düngemittelherstellern und Molkerei-

bert Einstein hatte zu Recht erkannt: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Spinnert ist der Glaube an unendliches Wachstum, Wegwerfen und Übervorteilung der anderen.

en sitzen. Interessens-, aber keine Volksvertreter. Bei Ministern sieht es nicht besser aus: Julia Klöckner und Andreas Scheuer geben sich nicht einmal die Mühe zu verschleiern, dass sie sich im Grunde als Lobbyisten verstehen. In der Bankenkrise hat sich die Regierung von Ackermann und Co. beraten und die Gesetze von deren Kanzleien ausformulieren lassen. Oder aber man holte sich gleich Lobbyisten als sogenannte „Leihbeamte“ in die Ministerien. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. Und die Grünen verabschieden sich gerade von den letzten Prinzipien, opfern ihre Glaubwürdigkeit – ob im Hambacher oder Dannenröder Forst oder mit ihrem grünen Auto-Ministerpräsidenten. Es verbreitet sich eine neue Sehnschwäche: die Schwarz-Grün-Blindheit. Oder wer kann da noch deutliche Unterschiede zwischen den Parteien erkennen?

Trauen wir diesem Netzwerk zu, wesentliche Änderungen zu vollziehen? Denn diese sind ja nötig. Al-

Unsere Themen werden derzeit in den Schulen und Universitäten, an den Arbeitsplätzen und im Freundeskreis, vor allem aber auch an den Esstischen der Familien diskutiert. Inhaltlich hat die ÖDP genau die richtige Agenda zu bieten. Als einzige Partei, die tatsächlich keine Firmenspenden nimmt. Als Partei des konsequenten Klimaschutzes. Als Partei, die eine gänzlich andere Art des Wirtschaftens propagiert. Ein Wirtschaften, das im Einklang

sägt, auf dem wir alle sitzen, und uns obendrein langsam selbst vergiftet. Ein Wirtschaften, das unsere Lebensgrundlagen raubt und mehr verbraucht, als vorhanden ist. Spinnert ist der Glaube an unendliches Wachstum, Wegwerfen und Übervorteilung der anderen.

Der Mensch ist jedoch auf Kooperation angelegt und hat den Verstand, nachhaltig zu denken und zu agieren. Unsere Ideen und Konzepte sind keine Utopien oder Träumereien – sie sind der richtige, der einzige Weg und sie stehen im Einklang mit unserem Grundgesetz, das soziale Gerechtigkeit und Gemeinwohl einfordert. Eigentum verpflichtet – und immer mehr Menschen erkennen das.

Nur durch eine Kraft wie die ÖDP kann wahre Veränderung erfolgen. Und dazu brauchen wir Kraft. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir in die Parlamente. Es ist höchste Zeit. Die ÖDP hat den Erfolg verdient und das Land hat unseren Erfolg nötig.

Und wir haben ja auch bereits Erfolge erzielt: Zahlreiche Volksbegehren zeigen, welches Potenzial wir wecken können. Bei „Rettet die Bienen“ haben wir Millionen bewegt und zur Abstimmung gebracht. Und das soll uns bei den Wahlen nicht gelingen?

„Die einzige Begrenzung, das Morgen zu verwirklichen, werden

Die ÖDP hat den Erfolg verdient und das Land hat unseren Erfolg nötig.

mit Mensch und Natur steht, das fair handelt und um Gerechtigkeit bemüht ist. Und das auch nachfolgenden Generationen eine Zukunft lässt.

Manche wollen uns nicht ernst nehmen, sagen, unsere Konzepte seien „spinnert“. Was aber spinnert ist, das ist ein System, das am Ast

unsere Zweifel von heute sein.“ Vor zwei Jahren setzte sich ein kleines Mädchen mit einem Pappschild vor das schwedische Parlament und löste eine weltweite Bewegung aus. Gandhi machte sich auf den Weg und nahm es so mit einem ganzen Imperium auf. Das Gute setzt sich durch.

Wir glauben an die Notwendigkeit der Veränderung. Dann müssen wir auch daran glauben, dass wir diese Kraft haben. Nach wie vor legen wir

neue Wege zu gehen. Nicht nur die anderen, auch wir müssen unsere Komfortzone verlassen: die Bequemlichkeit einer Kleinpartei, die viele

Wenn wir wollen, dass die Gesellschaft sich verändert, fangen wir bei uns an.

an Mitgliedern zu, im Schnitt sind es fünf an jedem Tag. Jeder zweite kommt über den Wahl-O-Mat. Seit dort alle Parteien angezeigt werden

kommunale Mandate hält, die alle paar Jahre erfolgreich Volksbegehren durchführt und kluge Ideen und Programme entwirft.



Diese drei wollen gestalten und mit ÖDP-Politik überzeugen (v. l. n. r.): Johanna Seitz, Jan-Philipp van Olfen und Christian Rechholz beim Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern am 24. Oktober in Straubing.

müssen, entdecken uns immer mehr Menschen für sich. Nun muss die ÖDP bekannter werden, denn nur wenn ich kenne, kann ich auch wählen.

Wir müssen uns bekannter machen. Dazu brauchen wir mehr Selbst-Bewusstsein. Wir haben die richtigen Antworten, dann dürfen wir sie auch lauter sagen. Wir müssen nur wollen und wir müssen uns etwas zutrauen. Woher unser Kleinmut? Sehen wir den Tiger in uns!

Wenn wir wollen, dass die Gesellschaft sich verändert, fangen wir bei uns an. Seien wir bereit, auch

Das aber reicht nicht. Wir müssen in die Parlamente und wir müssen uns und unsere Konzepte auch bekannter machen. Das ist nicht ver-

werflich, das ist nötig. Gerade gute Botschaften müssen auch an die Öffentlichkeit. Wollen wir im politischen Spiel mitmischen, müssen wir auch dessen Regeln beachten. Tue

Gutes und rede darüber. Nur im privaten Bereich gilt, man solle die eine Hand nicht wissen lassen, was die andere tut. In der Politik aber braucht es Öffentlichkeitsarbeit und Marketing. Das ersetzt nicht unsere Inhalte, es transportiert sie.

Es heißt Wahlkampf, selbst für eine Partei mit pazifistischen Wurzeln. Demokratie bedeutet Wettstreit der Ideen, wir dürfen hier zuspitzen ohne auszugrenzen. Uns geht es nicht um Macht an sich, sondern um das Machen, das Gestalten, das Verändern. Jede Stimme für uns ist eine Stimme für die Zukunft. Wir sollten selbstbewusster auftreten, aber nicht arrogant.

Und was wir auch vertragen können, ist eine Portion mehr Leichtigkeit. Ja, unsere Themen sind ernst. Aber auch diese kann man positiv vermitteln, hier und da vielleicht auch mit einer Prise Humor. Der moralische Zeigefinger ist selten einladend, die offene Hand und die freundliche Aufforderung sind es. Ja, wir dürfen gerne etwas frischer und auch frecher werden: Frohbotschaft statt Drohbotschaft.

Nur wer von sich selbst und seinen Ideen überzeugt ist, kann auch andere überzeugen. Diesen Mut wünsche ich uns und dass wir nach den nächsten Wahlen nicht mehr unter Sonstige auftauchen, sondern einen möglichst großen orangenen Balken sehen. Ich bin es leid, von Satire-Parteien und Neugründungen überholt zu werden. Zum 40. Ge-

Wir dürfen gerne etwas frischer und auch frecher werden: Frohbotschaft statt Drohbotschaft.

burtstag ist die Zeit gekommen, um in den Parlamenten anzukommen. Erfolgt statt Midlife-Crisis für die ÖDP. Orange wirkt – wecken wir den Tiger in uns!

Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler

Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen 2021

In 2021 stehen viele Wahlen an: die Bundestagswahl, fünf Landtagswahlen und zwei Kommunalwahlen. Bei Redaktionsschluss wurde vom Bundesinnenministerium der 26. September 2021 für die bevorstehende Bundestagswahl als Wahltermin vorgeschlagen. Es ist davon auszugehen, dass das Bundeskabinett diesen Termin empfehlen wird und der Bundespräsident diesen dann festlegt. Anschließend müssen wir für die Wahlzulassung Unterstützungsunterschriften sammeln, in der Regel bis zu 2.000 Unterschriften pro Bundesland. Alle Informationen hierzu finden Sie unter: <https://www.oedp.de/wahlen/bundestagswahl-2021/> Der ÖDP-Bundesverband wird im Hinblick auf die Bundestagswahl 2021 in den nächsten Wochen die weiteren Entwicklungen kritisch verfolgen und ggf. entsprechende Forderungen an die Bundesregierung und den Bundeswahlleiter stellen.

Weitere Informationen zu den Unterschriftensammlungen auch bei den anderen Wahlen finden Sie im internen Bereich von www.oedp.de und dort unter „Aktuelle Wahlantritte“.

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Angesichts der Corona-Pandemie hat der Verfassungsgerichtshof in Baden-Württemberg dem Antrag der ÖDP und anderer kleiner Parteien (Az. 1 GR 101/20) recht gegeben und eine Reduzierung der für die Landtagswahl



Der baden-württembergische Verfassungsgerichtshof kurz vor der Verhandlung gegen die Unterschriftenhürde für die anstehende Landtagswahl

am 14.03.2021 zu sammelnden Unterstützungsunterschriften um mindestens 50 % gefordert. Der Landtag von Baden-Württemberg hat die Vorgabe umgesetzt und beschlossen: Die Zahl der zu sammelnden Unterstützungsunterschriften wird um 50 % reduziert, sodass in den einzelnen Wahlkreisen nur 75 statt der eigentlich benötigten 150 Unterschriften für die Wahlteilnahme zu sammeln sind. Hier können Sie das Urteil nachlesen: <https://t1p.de/qa8y>

Da es in Baden-Württemberg keine Landesliste gibt, ist die Partei nur wählbar, wenn sie in einem Wahlkreis eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten aufgestellt hat.

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz hingegen hat der Gesetzgeber freiwillig das Ansinnen der ÖDP und weiterer kleiner Parteien nach Erleichterungen bei der Wahlzulassung in Corona-Zeiten aufgegriffen. Hier sollen für die Landtagswahl

am 14. März 2021 die Unterschriften für die Landesliste von 2.080 auf 520 und für die Wahlkreisandidaten von 125 auf 50 reduziert werden. Abschließend entscheidet der Landtag nach erster Lesung im Landtag und Beschluss im Innenausschuss erst zwischen dem 15. und 17. 12.2020.

Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 13. September 2020

Herzlichen Glückwunsch an unsere Aktiven in Nordrhein-Westfalen, die in Münster, Bottrop, Kempen, Lüdenscheid, Herscheid und Bad Driburg bei der Kommunalwahl im September 2020 Mandate gewonnen haben. Unser Dank gilt aber auch allen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bei dieser Wahl.

Dr. Claudius Moseler,
Generalsekretär
im Team der ÖDP-
Bundesgeschäftsstelle
Ökologisch-Demo-
kratische Partei (ÖDP)



Bundespolitisches und Kommunal-
politisches Büro, Neckarstr. 27-29,
55118 Mainz, Tel.: (0 61 31) 67 98 - 20

politik@oedp.de

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Das Europäische Klimagesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung!

Liebe Leserinnen und Leser!

Die erste Oktoberwoche war eine wichtige Woche für unser Klima: Das EU-Parlament hat für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 60 % bis 2030 gestimmt, will Subventionen für fossile Brennstoffe absetzen, hat ein CO₂-Budget für Europa und die Einrichtung eines unabhängigen Wissenschaftsgremiums beschlossen, das die Fortschritte überwachen soll. Damit haben wir die ambitionierten Klimaziele der EU in verbindliche Klauseln gegossen und rückwärtsgewandte Stimmen auf den Parlamentsbänken in die Schranken gewiesen – wenn auch mit einer dünnen Mehrheit. Dabei sollte auch betont werden, dass wir damit über den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission, die Treibhausgasemissionen bis 2030 nur um 55 % zu senken, deutlich hinausgehen.

Ein EU-Klimagesetz ist zweifellos ein wichtiger und entscheidender Schritt, das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen.

Das EU-Parlament hat für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 60 % bis 2030 gestimmt.

len. So gesehen war diese Plenarwoche ein Meilenstein für das Klima – aber während viele von einem großartigen Erfolg schwärmen, sollte nicht vergessen werden, dass wir uns noch lange nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen können.

Wir müssen nicht weit gucken, um zu sehen, dass die Zeit drängt: Waldbrände, schwindendes Polareis und Rekordhitze in Europa. Wenn wir das Pariser Klimaabkommen ernst nehmen, wenn wir die globale Erwärmung tatsächlich unter 1,5 Grad halten wollen und wenn wir 2050 tatsächlich in einem klimaneutralen Europa leben wollen, dann sind wir noch lange nicht mit unserer Arbeit fertig. Und wir werden auch nie damit fertig werden, wenn wir stets auf halbherzige Kompromisse zurückgreifen.

Jetzt braucht es ein schnelles und entschiedenes Handeln und besonders die europäische Energiebranche muss sich als strebsame, vorwärtsdenkende Industrie beweisen, um eine ausreichende Energieversorgung zu garantieren und keine Arbeitsplätze zu gefährden. Wir müssen offen

Atomenergie ist für unsere Klimakrise eine gefährliche Pseudo-Lösung, die wir noch immer nicht vollständig kontrollieren können.

bleiben für neue Technologieformen in der Energieproduktion. Und das bedeutet, dass wir die richtigen Technologien für eine Übergangsphase zwischen heute und einem klimaneutralen Europa finden müssen. Das wird wahrscheinlich nicht ohne Kompromisse möglich sein. Entscheidend ist aber, dass solche Kompromisse nicht unsere bisherigen Errungenschaften zunichtemachen oder die Erreichung der Klimaziele gefährden.

Schaut man sich die Dokumente rund um das EU-Klimagesetz etwas genauer an, dann fallen einige Sätze auf, bei denen man sich nur noch die Augen reiben kann. Einige Europaabgeordnete scheinen weder aus der Wissenschaft noch aus der jüngeren Vergangenheit gelernt zu haben, sodass tatsächlich das Wort „nuklear“ als mögliche klimaneutrale Lösung genannt wird. Atomenergie lässt sich keinesfalls CO₂-neutral erzeugen. Ganz abgesehen von dem offensichtlichen Problem, wo die radioaktiven Brennstäbe endgelagert werden können, stößt jeder Schritt der nuklearen Stromerzeugung Treibhausgase in die Atmosphäre. Atomenergie ist für unsere Klimakrise eine gefährliche Pseudo-Lösung, die wir noch immer nicht vollständig kontrollieren können. Derzeit streiten sich Wissenschaftler und Politiker darüber, wo denn der richtige Ort für ein atomares



Foto: EU-Büro

Endlager wäre. Ohne Antwort in Sicht. Wer auch immer also ernsthaft an klimaneutralen Lösungen arbeiten will, sollte angesichts eines immer bedrohlicheren Klimawandels keine kurzsichtigen Entscheidungen treffen.

Anstatt also Geld für Technologien auszugeben, die weder sicher, klimaneutral oder nachhaltig sind, müssen wir in erneuerbare Energien investieren. Die Politik muss an dieser Stelle verstehen, dass wir den Mut zur Nachhaltigkeit aufbringen und Lösungen verfolgen müssen, die tatsächlich nachhaltig sind und nicht auf fossilen oder radioaktiven Ressourcen beruhen.

Jetzt schnell zu handeln und technologieoffen in eine Übergangsphase zu gehen, bedeutet auch, den regulatorischen Rahmen anzupassen. Um ausreichend finanzielle Ressourcen für so eine Übergangsphase zur Verfügung zu stellen, brauchen wir Gelder aus dem European Green Deal. Die Politik hat jetzt die einmalige Gelegenheit, diesen so wichtigen Systemwechsel anzustoßen – unter der Voraussetzung, dass die richtigen Rahmenbedingungen gegeben und ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Das bedeutet auch, dass das Beihilferecht angepasst wer-

den muss. Wir müssen sicherstellen, dass in bestimmten Fällen während der Übergangsphase die Betriebsaufwendungen (sogenannte OPEX-Kosten) übernommen werden können.

Anstatt Geld für Technologien auszugeben, die weder sicher, klimaneutral oder nachhaltig sind, müssen wir in erneuerbare Energien investieren.

Die erste Oktoberwoche 2020 war also ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass dies auch eine Woche des Kompromisses war. Was jetzt zählt, sind die ersten konkreten Schritte, die uns näher an unsere Klimaziele bringen müssen. Dabei werden wir Mut zur Nachhaltigkeit beweisen und in neue Technologien investieren müssen, die den European Green Deal widerspiegeln. Nur so wird der Systemwechsel gelingen.

Manuela Ripa – ein Kurzporträt

Manuela Ripa ist am 16. Juli 2020 als Nachfolgerin von Prof. Dr. Klaus Buchner in das Europäische Parlament eingezogen. Als einzige EU-Abgeordnete der ÖDP sind ihre Hauptthemen der Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, der Erhalt der Biodiversität und ein verbessertes Tierwohl.

Als überzeugte Europäerin weiß sie, welche wichtige Rolle die EU hierbei in der Welt einnimmt und wie viel mehr die EU für diese Themen tun kann – und vor allem muss! Aus einem ganz einfachen Grund: „Wir haben nur diesen einen Planeten. Deswegen möchte ich meine ökologische Überzeugung und mein Wissen genau dafür einsetzen!“

Als Teil der Greens/EFA-Fraktion sitzt Manuela Ripa hierfür in wichtigen Ausschüssen. Als Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie steht für sie insbesondere im Vordergrund, die Industrie in Richtung Klimaneutralität zu bewegen, also die Dekarbonisierung der Industrie. Um sicherzustellen, dass die EU nicht nur klimaneutral produziert, sondern auch dazu beiträgt, dass Importe aus Drittstaaten die ambitionierten Klimaziele nicht untergraben, setzt sich Manuela Ripa im Ausschuss für den internationalen Handel für eine Grenzgleichssteuer ein, um die europäische Produktion vor Billigimporten zu schützen. Daneben arbeitet sie daran, dass die EU durch ihre Importpolitik keine umweltschädlichen Handlungen von Drittstaaten unterstützt, wie beispielsweise die Brandrodung von Regenwäldern für mehr Weideflächen für Rinder oder Soja-Anbaugelände.

Daneben setzt sie sich als Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit stark für den Verbraucherschutz und mehr Tierwohl in



Ein Hauptthema von Manuela Ripa (r.) ist ein verbessertes Tierwohl und stärkerer Verbraucherschutz. Mit ihrem Vorschlag für ein europaweit einheitliches, verbindliches Tierwohl-Label will sie mit Bildern – ähnlich wie bei Zigarettenpackungen – Verbraucherinnen und Verbraucher über Haltungsformen von Nutztieren aufklären und so Massentierhaltung langfristig abschaffen. Hierfür erhält sie aus ihrer Fraktion bereits Unterstützung, wie von der polnischen Abgeordneten Sylwia Spurek (l.).

der EU ein. So kämpft sie aktiv gegen Massentierhaltung und für eine ökologische, nachhaltige Landwirtschaft, in der bäuerliche Betriebe für ihre Umweltleistungen entlohnt werden sollen. Auch sollen Verbraucher besser geschützt und sensibilisiert werden: Daher engagiert sich Ripa für ein europaweit einheitliches, verbindliches Tierwohl-Label, das mit Bildern die Verbraucherinnen und Verbraucher schnell und transparent über die verschiedenen Haltungsformen von Nutztieren aufklärt.

Ebenso sollen Umweltgifte und schädliche Chemikalien aus Alltagsprodukten wie Lebensmittelverpackungen, Kinderspielzeug und Kosmetika verboten werden. In diesem Zusammenhang setzt sie sich auch als Mitglied des Krebsausschusses insbesondere für die Krebsprävention ein und plädiert für eine Verbannung krebserregender Stoffe aus unserem Alltag.

Neben ihrer Arbeit in den Ausschüssen ist Manuela Ripa auch Mitglied in der Interfraktionellen Gruppe für den Tierschutz. Hier ist sie Vizevorsitzende der Arbeitsgruppe für Haustiere und wird sich aktiv dafür einsetzen, dass der EU-weite, immer noch weit verbreitete illegale Handel mit Haustieren unterbunden wird.

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

Baden-Württemberg

Aktivitäten und Unterstützungsbedarf im Ländle

Die ÖDP Baden-Württemberg befindet sich derzeit in der heißen Phase der Sammlung von Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl 2021. Bei Redaktionsschluss sind in nahezu 60 Wahlkreisen Bewerber(innen) und Ersatzbewerber(innen) aufgestellt worden. In vielen Wahlkreisen ist die Sammlung der erforderlichen 150 Unterstützungsunterschriften für die Wahlzulassung in vollem Gange, einige haben sie auch schon abgeschlossen. Ein herzlicher Glückwunsch und ein großes Dankeschön an die Mitglieder des Wahlkreises Esslingen, die die Sammlung als Erste abgeschlossen haben.

Für einen flächendeckenden Wahlantritt bleibt aber noch viel zu tun: Bei Redaktionsschluss sind in den Wahlkreisen Aalen, Bruchsal, Bretten, Rastatt und Tuttlingen noch keine drei stimmberechtigten Mitglieder vorhanden oder erreichbar, um die Wahlkreisversammlung durchführen zu können. Wenn Sie in diesen Wahlkreisen jemanden kennen, der Mitglied werden könnte, teilen Sie dies bitte umgehend dem Landesgeschäftsführer Uli Stein mit.

Unterstützung brauchen wir auch noch dringend bei der Sammlung der Unterstützungsunterschriften. Auf unserer Webpräsenz www.oedp-bw.de finden Sie alle Informationen und auch bereits vorliegende Formblätter zum Herunterladen, (beidseitig) Ausdrucken und Ausfüllen. Wir sind Ihnen auch sehr dankbar, wenn Sie uns vor Ort beim Unterschriftensammeln helfen. Informationen zu Spenden und Vergütung erhalten Sie beim Landesgeschäftsführer Uli Stein. Bei Abfassung dieser Zeilen gilt unverändert, dass in allen 70 Wahlkreisen 150 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden müssen. Über das Ergebnis der auch von der ÖDP mitgetragenen Klage gegen die trotz Corona-Maßnahmen unverändert hohe Hürde der Wahlzulassung werden wir erst in der nächsten Ausgabe der ÖkologiePolitik berichten können, denn die Verhandlung erfolgt erst im November.

Unter den verschiedenen Aktivitäten sind insbesondere die größeren Vortragsveranstaltungen mit dem Physiker, Mobilfunk-Experten, ehemaligen ÖDP-Europaabgeordneten und jetzigen Bundesvorstandsmitglied Prof. Dr. Klaus Buchner in Reutlingen, Tübingen und Dußlingen zu „5G-Mobilfunk – Gefahr für unsere Gesundheit“ und mit Jorgo Chatzimarkakis, Generalsekretär von Hydrogen Europe und Landesvorsitzender der ÖDP Saarland, in Kirchheim (Teck) zu „Wasserstoff – Energie der Zukunft“ herauszuheben. Alle Vorträge waren gut besucht, was bei den Vorträgen zum 5G-Mobilfunk an der guten Zu-



Gut besuchter Vortrag zu 5G-Mobilfunk in Dußlingen

sammenarbeit mit lokalen Bürgerinitiativen lag. Und der Vortrag zum Wasserstoff war intensiv beworben worden. Bei letzterem hat der veranstaltende KV Esslingen zusätzlich eine Live-Übertragung ins Internet geschaltet, die gut funktioniert hat, allerdings im akustischen Bereich Schwächen aufwies. Wenn akustische und technische Herausforderungen gemeistert werden, hat eine Live-Übertragung im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit durchaus Potenzial.

In den letzten Monaten wurden Veranstaltungen durch Corona-Bestimmungen und auch Ängste erheblich erschwert. Insofern ist der gute Besuch der genannten Vorträge umso bemerkenswerter. Erschwert wurde und wird auch die Planung von Landesparteitagen. Konnte bei dem Landesparteitag am 18. Juli in Gerlingen das überarbeitete landespolitische Programm vorläufig verabschiedet werden, so ist bei Redaktionsschluss der eigentlich zweitägig vom 28. bis 29. November geplante Landesparteitag in Gefahr. Der aktuelle Stand wird den Delegierten mittels Rundmails und Informationen auf unserer Webpräsenz www.oedp-bw.de mitgeteilt.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
 Uli Stein, Landesgeschäftsführer
 Tel.: (07 11) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de
 Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
 Tel.: (07 121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Kleiner Parteitag: ÖDP will Bayern sozialökologisch transformieren!

Der Kleine Parteitag (Landeshauptausschuss) der bayerischen ÖDP hat am 24. Oktober in Straubing beschlossen, die Petition „Bayernplan für eine sozialökologische Trans-

formation“ landesweit durch Unterschriften und öffentliche Solidarisierung zu unterstützen.

Die Initiative von Katholikenkomitee, Jesuitenmission, evangelischen Verbänden, Fridays for Future und BN sei „die wichtigste zivilgesellschaftliche Initiative des Jahrzehnts“. „Das kommt genau zur rechten Zeit. Nicht die schnellstmögliche Rückkehr zur alten ‚Vor-Corona-Wachstumsnormalität‘ muss das Ziel sein, sondern die Senkung des ökologischen Fußabdrucks und die Förderung besserer Lebensverhältnisse in den Ländern, mit denen wir als Partner im internationalen Wirtschaftsprozess verbunden sind“, sagte ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek beim Delegiertentreffen der ÖDP.

Kurzfristig fordern die Unterzeichner, dass die aktuellen Corona-Hilfspakete zu einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beitragen müssen. „Das breite Bündnis kirchlicher und ökologischer Verbände zeigt, dass in der Mitte der Gesellschaft der Ruf nach neuen, lebensfreundlichen Zielsetzungen lauter wird“, so Mrasek.

Vor allem die in dem Text geforderte Abkehr von der Orientierung am materialistischen Wachstumsziel decke sich vollinhaltlich mit dem Grundanliegen der ÖDP. „Es besteht die Gefahr, dass die Corona-Krise nur als kurze Unterbrechung des Wachstums gesehen wird. Viele wollen so schnell wie möglich wieder zu den alten Irrtümern

der Wachstumsideologie mit möglichst noch höherem Tempo zurück“, befürchtet auch die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker.

Zur Online-Petition:

» <https://www.wirtransformierenbayern.de>

Die Initiatorin des Artenvielfalt-Volksbegehrens forderte Ministerpräsident Markus Söder auf, seinen CSU-Europaabgeordneten ins Gewissen zu reden und sich in die Debatte um die Fortsetzung der „ökologisch katastrophalen EU-Agrarpolitik“ einzuschalten. Becker: „Die Menschen in Bayern haben mit dem überwältigenden Zuspruch beim Volksbegehren deutlich gezeigt, dass sie eine ökologische Agrarpolitik wollen. Herr Söder steht im Wort.“

Zur Bundestagswahl im kommenden Jahr will die ÖDP die erst 19-jährige Johanna Seitz aus Passau als Gegenkandidatin von Andreas Scheuer ins Rennen schicken. Die Passauerin studiert Lehramt Grundschule im dritten Semester und verkörpert „den größtmöglichen Unterschied zum Bundesverkehrsminister“, sagen die beiden ÖDP-Kreisvorsitzenden Agnes Becker und Urban Mangold. Beim Kleinen Parteitag hat sich die designierte Gegenkandidatin den Delegierten der bayerischen ÖDP vorgestellt. Ihre Rede wurde mit stehendem Applaus



Die Spitze der bayerischen ÖDP in Straubing: Landesvorsitzender Klaus Mrasek und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Agnes Becker und Thomas Büchner



Mit 40 statt 240 Delegierten tagte der Kleine Parteitag wegen Corona.



Johanna Seitz stellte sich beim Kleinen Parteitag als Gegenkandidatin von Andreas Scheuer vor.

quittiert. Eigentlich sollte sie in der Joseph-von-Fraunhofer-Halle vor den 240 Delegierten des Landesparteitags sprechen. Die Versammlung wurde jedoch wegen Corona kurzfristig auf einen kleinen Parteitag mit 40 Teilnehmern verkleinert.

Im Frühsommer haben Agnes Becker und Urban Mangold eine „Findungskommission“ ins Leben gerufen, die den oder die idealen Scheuer-Kontrahenten küren sollte. Drei entscheidende Auswahlkriterien seien bei der Gegenkandidatensuche vorgegeben gewesen, erklären Becker und Mangold: „Wir wollen natürlich mit jemandem ins Rennen gehen, der Scheuers Bekenntnis, ein Tempolimit sei gegen jeden Menschenverstand, nicht teilt. Außerdem darf die Gegenkandidatin noch nie in ihrem Leben viele Millionen versenkt haben. Und schließlich

kommt nur infrage, wer uns garantiert, dass er parlamentarische Untersuchungsausschüsse nicht bei der Arbeit behindern wird.“ Mehrere Interessenten hätten sich gemeldet und diese Eigenschaften glaubhaft versichert. Die Wahl sei dann auf Johanna Seitz gefallen.

Die junge Passauerin sei „die ideale Gegenkandidatin“. Nach dem Abitur im vergangenen Jahr hat sie sich im ORGA-Team von Fridays for Future für eine wirksamere Klimaschutzpolitik engagiert. Nur auf Demos zu gehen, reicht nach Ansicht von Johanna Seitz aber nicht aus, um etwas zu bewegen: „Ich will in der Politik mitgestalten und Andreas Scheuer möglichst viele Stimmen abluch-

Bürgermeister Robert Sedlmayr

In der letzten Ausgabe der ÖkologiePolitik wurden auf S. 54 die bei den bayerischen Kommunalwahlen neu gewählten ÖDP-Bürgermeister und -Landräte vorgestellt. Dabei schlich sich leider ein Fehler ein: Neben Robert Sedlmayr, Erster Bürgermeister in Geltendorf (Lkr. Landsberg am Lech), wurde ein falsches Porträtfoto platziert. Wir bitten, dies zu entschuldigen, und veröffentlichen hier nun das richtige Foto. Nochmals herzlichen Glückwunsch an Bürgermeister Robert Sedlmayr zu dem großen Erfolg!



Zeitplan zur Bundestagswahl in Bayern

Die bayerische ÖDP wird ihre Landesliste zur Bundestagswahl am Samstag, 20. März 2021 aufstellen. Stimmberechtigt sind hierbei nicht die „normalen“ Landesparteitagsdelegierten, sondern Delegierte, die in den Bundeswahlkreisen für diese besondere Vertreterversammlung gewählt werden müssen. Die Bundeswahlkreise umfassen in der Regel mehrere Kreisverbände oder Teile von Kreisverbänden. Die Bundeswahlkreisversammlungen sind zugleich für die Aufstellung der Bundestagsdirektkandidaten zuständig. Deshalb empfiehlt es sich, beides in einer Versammlung zu erledigen: die Aufstellung des/der Direktkandidaten/-kandidatin und die Wahl der Sonderdelegierten (je angefangene 20 Mitglieder im Bundeswahlkreis = 1 Delegierte/-r).

Zur Vorbereitung der besonderen Vertreterversammlung benötigt die ÖDP-Landesgeschäftsstelle die Namen der Sonderdelegierten möglichst bis zum 23. Januar 2020.

sen, damit sich etwas ändert“, sagt sie. Bei der Kommunalwahl im März hat sie um 75 Stimmen den Einzug in den Passauer Stadtrat denkbar knapp verpasst. Ihr politisches Engagement für eine zukunftsverträgliche Politik will Johanna Seitz trotzdem mit großem Einsatz fortsetzen.

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold
Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung
Tel.: (0851) 93 11 31, urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Berlin

Der Beitrag aus dem Landesverband Berlin erscheint in Form eines Interviews auf den Seiten 49/51.

Kontakt: ÖDP Berlin
Lars C. Arnold, Landesvorsitzender
Tel.: (030) 49 85 40 50, info@oedp-berlin.de

Brandenburg

Top-Thema Tesla

Im Landesverband Brandenburg ist die Baustelle von Tesla in Grünheide bei Berlin das Top-Thema.

Mithilfe mehrerer Vorabgenehmigungen hat Tesla einen 90 ha großen Wald roden lassen. Mindestens 210 weitere ha Wald werden noch fallen. Ein Teil der Fabrikhallen ist fast fertig. Teilweise stehen sie im Trinkwasserschutzgebiet. Wir bemängeln zum einen den ökolo-

gisch ungeeigneten Standort. Unser Hauptkritikpunkt ist aktuell aber das Genehmigungsverfahren, das eine reine Farce ist. Während der Erörterung von ca. 400 Einwendungen wird klar, dass die Entscheidungen ohnehin gefallen sind. Anwohner- und Umweltinteressen spielen de facto keine Rolle. Ins Detail können wir an dieser Stelle nicht gehen. Es seien aber folgende Beispiele genannt: Bis heute ist ungeklärt, wie die fertige Fabrik in ihrer vorläufig letzten Ausbaustufe mit Wasser versorgt werden soll. Wahrscheinlich führt kein Weg an einem eigenen Brunnen vorbei. Dabei ist schon jetzt das Trinkwasser für die Bevölkerung knapp. Ein Moor, ein Naturschutz- und ein FFH-Gebiet in unmittelbarer Nähe sind akut gefährdet, wenn noch mehr Wasser gefördert wird. Noch ein Beispiel: Medienwirksam wurden Ameisenhaufen umgesiedelt. Zugleich erhielt Tesla eine Genehmigung für die Tötung streng geschützter Arten, wie z. B. der Schlingnatter. Das Ganze passiert ohne umweltrechtliche Genehmigung. Das Landesamt für Umwelt tut so, als sei das Verfahren noch offen. Unter dem „grünen“ Umweltminister Axel Vogel wird behauptet, Tesla baue alles zurück, wenn keine Genehmigung erfolge. Das ist Veräppelung der Bürger.

Auch die ÖDP Brandenburg hat eine Einwendung eingebracht und beteiligt sich aktiv an der Diskussion. Rückendeckung kommt von unserer Europaabgeordneten Manuela Ripa. Sie hat die EU-Kommission um Stellungnahme gebeten. Aus der Antwort wird deutlich, dass vor etwaiger Vorabgenehmigungen die Auswirkungen hätten geprüft werden müssen. Das betrifft insbesondere die Auswirkungen auf das Grundwasser (durch Pfahlgründungen) und die angrenzenden Schutzgebiete.



Tesla-Werkshalle – gebaut ohne abschließende Genehmigung

Vorbereitung auf die Bundestagswahl

Im August hat die ÖDP Brandenburg ihre Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt. Sie umfasst vierzehn Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der letzten Bundestagswahl waren es nur zwei. Das spiegelt den deutlichen



Acht von vierzehn Kandidaten zur Bundestagswahl (v. l. n. r.): Harald Bergmann, Frank Martin, Daniel Brunner, Paula Stier, Thomas Löb, David Heller, Axel Dierich, Norman Heß und Valentin Luckas

Mitgliederzuwachs wider: Waren wir 2017 nur 22 ÖDPlern in Brandenburg, so sind wir aktuell 76. Die Unterschriftensammlung hat bereits begonnen. Zur Bundestagswahl versuchen wir außerdem, in möglichst vielen der zehn Wahlkreise mit Direktkandidaten anzutreten. Bislang kandidiert Norman Heß in WK 63 (Frankfurt (Oder) – Oder-Spree) und Ralf Nobel in WK 62 (u. a. Dahme-Spree-wald). Als Nächstes sind Aufstellungsversammlungen in Potsdam und Eberswalde geplant.

Neustart im Kreisverband Oder-Spree

Anfang September wurde im Kreisverband Oder-Spree ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Norman Heß. Als eine der ersten öffentlichkeitswirksamen Aktionen beteiligte sich der Kreisverband an der Eröffnung der Interkulturellen Woche in der Kreisstadt Beeskow. Am Infostand boten wir botanische Stadtführungen und ein Beeskow-Quiz an. Außerdem gab es für alle ein Baum-

Quiz und für die Kinder ein Malbuch, welches die ÖDP Brandenburg selbst entwickelt und gedruckt hat. Dank dieser Angebote kamen wir gut mit Menschen ins Gespräch. Der Infostand (s. Foto) stand direkt an der Sankt Marienkirche, in der zuvor die Interkulturelle Woche mit einem ökumenischen Gottesdienst eröffnet worden war.

ÖDP-Treffpunkt für botanische Stadtführungen an der Marienkirche Beeskow

Die nächsten Vorhaben: eine Radtour durch das Löcknitztal – ein sehr artenreiches Naturschutzgebiet, welches



durch Klimakrise, Dürre und offenbar auch durch Tesla gefährdet ist. Außerdem beteiligen wir uns in Beeskow an der großen Müllsammelaktion des Ehrenamtszentrums.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (03309) 3 189645
info@oedp-brandenburg.de

Hamburg

Ergänzung des Vorstands und Aufstellung zur Bundestagswahl

Die ÖDP Hamburg hat auf ihrem Landesparteitag am 26.09.2020 ihren Vorstand ergänzt. Dies war durch vier Rücktritte im Zeitraum von Februar bis jetzt nötig geworden. Wir freuen uns, dass uns drei der vier Zurückgetretenen als Mitglieder verbunden bleiben und beratend zur Seite stehen. Weiterhin hat es einen in Wertschätzung vollzogenen Parteiaustritt direkt nach der Bürgerschaftswahl gegeben.

An dieser Stelle sei besonders Volker Behrendt gedankt. Er war sieben Jahre Vorstandsvorsitzender in Hamburg (2012–2019) und hat die Partei in unserer schönen Stadt mit enormem Engagement aufgebaut. Besonderes Anliegen war es ihm, dass die ÖDP zu den Wahlen antritt. Durch dieses konstante Auftauchen auf dem Wahlzettel konnte die ÖDP in dieser Zeit kontinuierliches und nachhaltiges Wachstum bei der Anzahl der Wählerstimmen erreichen. Zudem kam mit jeder Wahl auch eine beträchtliche Anzahl an Neumitgliedern hinzu. Danke für die vielen Tausend gesammelten Unterstützungsunterschriften, das Aufstellen von Wahlplakaten, die Organisation im Hintergrund und einiges mehr. Viele der heutigen Aktiven haben von Volkers Erfahrung und seiner Förderung maßgeblich profitiert. Wir stehen nun gut gerüstet in den Startlöchern, um weiter für die Ziele der ÖDP und gute Wahlergebnisse im Norden zu kämpfen.

Mit Freude begrüßen wir unsere vier neuen Vorstandsmitglieder: Sebastian Bollien (2. stv. Vorsitzender), Karlotta Ahrens (Schriftführerin), Daniela Schattmann (Beisitzerin) und Johannes Pawlick (Beisitzer). Die im Durchschnitt 3,2 Jahre Parteizugehörigkeit des gesamten Landesvorstands zeigen, dass die Themen der ÖDP aktuell sind und eine große Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung gerade bei den Parteineulingen existiert.

Des Weiteren haben wir unsere Landesliste und die Direktkandidaten zur Bundestagswahl aufgestellt. Erstmals konnten wir alle sechs Hamburger Wahlkreise besetzen. Das stellt uns natürlich gerade auch unter Corona-Bedingungen vor Herausforderungen bei der Sammlung von insgesamt ca. 3.000 Unterstützungsunterschriften. Dennoch gehen wir motiviert in die Planungen. Eine erneute Veranstaltungsreihe im Frühjahr/Sommer 2021 im Vorfeld der Bundestagswahl ist zusätzlich angedacht und soll uns in dieser Zeit der gehobenen politischen Aufmerksamkeit der Bevölkerung zusätzliches Wachstum an Mitgliedern bringen. Schon zur Bürgerschaftswahl haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht.



V. l. n. r.: Johannes Pawlick, Daniela Schattmann, Gunter Dörsam, Hannes Lincke, Benjamin Krohn, Tobias Montag, Sebastian Bollien, Karlotta Ahrens, Alexander Witte

dingungen vor Herausforderungen bei der Sammlung von insgesamt ca. 3.000 Unterstützungsunterschriften. Dennoch gehen wir motiviert in die Planungen. Eine erneute Veranstaltungsreihe im Frühjahr/Sommer 2021 im Vorfeld der Bundestagswahl ist zusätzlich angedacht und soll uns in dieser Zeit der gehobenen politischen Aufmerksamkeit der Bevölkerung zusätzliches Wachstum an Mitgliedern bringen. Schon zur Bürgerschaftswahl haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Kontakt: ÖDP Hamburg
Tobias Montag, Landesvorsitzender
Tel.: (01575) 44 90 55 0
info@oedp-hamburg.de

Nordrhein-Westfalen

ÖDP NRW steigert die kommunale Mandatszahl deutlich

Die Kommunalwahl 2020 in Nordrhein-Westfalen ist gelaufen. Die ÖDP hat hier mit massivem Einsatz um Vertretungen in den Kommunalparlamenten und um Kommunalmandate gekämpft.

Zwar ist nicht alles so eingetreten wie erhofft, aber es konnte doch eine deutliche Steigerung gegenüber der letzten Kommunalwahl erreicht werden. Die Zahl der Räte, in denen die ÖDP vertreten ist, wurde verdoppelt, die Zahl der Ratsmandate um 50 % gesteigert. Bei der Ruhrparlamentswahl erreichte die ÖDP mit 0,3 % ein Ergebnis, das über denen der letzten Bundes- und Landtagswahlen im Ruhrgebiet liegt.

Die ÖDP erzielte folgende Mandate

(Reihenfolge der Wahlergebnisse):

Herscheid: 6,41 % zum Rat und damit 1 Ratsmandat
Bad Driburg: 4,98 % zum Rat und damit 2 Ratsmandate
Bottrop: 4,23 % zum Rat und damit 2 Ratsmandate, 3,72 % bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen und damit dort 2 Mandate
Kempfen: 3,03 % zum Rat und damit 2 Ratsmandate
Lüdenscheid: 2,76 % zum Rat und damit 1 Ratsmandat
Münster: 1,22 % zum Rat und damit 1 Ratsmandat

Glückwünsche an alle Gewählten und viel Erfolg in den Kommunalparlamenten. Mit diesem Ergebnis geht die ÖDP gestärkt in die nächste kommunale Wahlperiode.

Während die Wahlantritte der ÖDP zu den Räten, die vor der Corona-Pause starteten, zu 2/3 mit einem Mandatsgewinn erfolgreich waren, gingen die Wahlantritte mit Starttermin nach der Corona-Pause zu 100 % leer aus. Die Zeit nach der Corona-Pause war für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften und für den Wahlkampf, der unter Corona-Bedingungen stattfand, einfach zu kurz. Allen Wahlkämpfern ein herzliches Dankeschön für ihren großartigen Einsatz.

Kurz nach der Kommunalwahl stellte die ÖDP NRW in Oberhausen ihre Liste für die Bundestagswahl 2021 auf. Insgesamt umfasst diese 25 Kandidierende – 9 Frauen und 16 Männer. Die „Frauenquote“ liegt damit bei 36 %. Das ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Thomas Schiffelmann stimmte in seinem Grußwort die Parteimitglieder auf die bevorstehende Bundestagswahl ein.

Die Liste der ÖDP NRW zur Bundestagswahl 2021

(Platz, Name, Vorname):

- 1 Geibel, Jens
- 2 Rieder, Kurt
- 3 Weber, Jan Nicolas
- 4 Eichhoff, Julien
- 5 Caniceus, Jeyaratnam
- 6 Stamm, Markus
- 7 Nowak, Rita Magdalena
- 8 Möller, Alina
- 9 Einsiedler, Herbert
- 10 Brase, Laura
- 11 Aldenhoven, Christina Flora
- 12 Schauerte, Martin
- 13 Heift, Ina
- 14 Peretzke, Felix
- 15 Enders, Corinne
- 16 Roleff, Werner
- 17 Ruff-Dietrich, Susanne

- 18 Berger, Veronika
- 19 Bella, Istvan
- 20 Lappe, Gerd
- 21 Brockmann, Dieter
- 22 Keune, Rüdiger-Rene
- 23 Foré, Marcel
- 24 Kirchhofen, Christina
- 25 Bartmann, Ralf

Und was war noch in NRW?

Ach ja, er ist weg – der letzte weiße Fleck. Die Organisationsstruktur aus Kreisverbänden und Kreisgruppen ist in NRW jetzt flächendeckend. Kurz nach der Kommunalwahl wurde in Minden die Kreisgruppe Minden-Lübbecke/Herford der ÖDP konstituiert. Kreisgruppensprecher ist Michael Lenger, mit 25 Jahren Parteizugehörigkeit ein „Urgestein“ der ÖDP.



Die ÖDP NRW war nach der Corona-Pause auch wieder auf einer Messe aktiv: der FairGoods in Köln. Hier stand der Artenschutz im Mittelpunkt. Die ÖDP sammelte am Messestand Unterschriften für die „Volksinitiative Artenvielfalt“ in NRW, zu dessen Unterstützerkreis die ÖDP NRW gehört. Wie immer stieß der ÖDP-Auftritt auf der Messe auf großes Interesse.

Kontakt: ÖDP Nordrhein-Westfalen
Landesgeschäftsstelle
Tel.: (02 51) 76 02 67 45, info@oedp-nrw.de

Thüringen

Der ÖDP-Landesverband Thüringen benötigt 2021 besondere Unterstützung

Nach der Neuwahl des Landesvorstands im Februar 2020 hat sich das neu formierte Team für das Jahr 2021 viel vorgenommen. Vier größere Projekte stehen an. Auch wenn

der aktuelle Mitgliederzuwachs – prozentual gesehen – erfreulich hoch ist, wird der mittlerweile knapp 70 Mitglieder zählende Landesverband insbesondere bei zwei Projekten auf die Unterstützung aus anderen ÖDP-Landesverbänden angewiesen sein bzw. diese benötigen.

Erste Kandidaten für Bundestagswahl 2021 bereits nominiert

Bereits am 27. Juni 2020 hat der Landesparteitag in Apfelstädt zehn Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl nominiert. Am selben Treffen wurde mit dem neuen 1. stellv. Bundesvorsitzenden und 2. stellv. Landesvorsitzenden, Dr. Peter Schneider, bereits ein erster Direktkandidat, erstmals im Wahlkreis 190, nominiert. Am 8. August wurde in Meinungen der Ende 2019 von B'90/Grüne zur ÖDP gewechselte Stefan Schellenberg zum Direktkandidaten im Wahlkreis 196 nominiert. Weitere Direktkandidaten werden voraussichtlich in den Wahlkreisen 189 und 195 folgen bzw. sind für die Wahlkreise 191 und 193 angedacht. Sollte sich in einem der letzten beiden Wahlkreise noch eine weitere Direktkandidatin oder ein weiterer Direktkandidat finden lassen, wäre dies für den Landesverband mit seinen insgesamt acht Bundestagswahlkreisen ein neuer Rekord hinsichtlich der Beteiligung an einer Bundestagswahl.

Unterschriftensammlung für Eisenbahnlückenschlüsse in Suhl gestartet

Am Bundesparteitag in Suhl haben die ÖDP-Landesverbände Bayern und Thüringen eine gemeinsame Unterschriftensammlung für die Realisierung zweier immer noch fehlender Eisenbahnlückenschlüsse zwischen den beiden Ländern gestartet. Sowohl bei der Werrabahn (über Bad Rodach) als auch bei der Höllentalbahn betrifft dies den öffentlichen Personennahverkehr. Bei der Höllentalbahn ist außerdem der regionale Güterverkehr ein wichtiges Thema. Hier geht es insbesondere um Holztransporte aus Tschechien über Oberfranken nach Thüringen, welche aktuell mit täglich mehreren Dutzend Lkws u. a. direkt durch Hof/Saale stattfinden. Die Unterschriftensammlung wurde bewusst mit dem Beginn der Sammlung der Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl zusammengelegt. Das Schreiben richtet sich an die Bayerische Staatsregierung, welche bisher die Umsetzung der beiden Projekte blockiert.

Weitere Informationen dazu finden sich unter: <https://www.oedp-thueringen.de/themen/eisenbahn-in-thueringen/>

Mögliche vorgezogene Neuwahl des Thüringer Landtags kann zur Bewährungsprobe werden

Die rot-rot-grüne Landesregierung und die CDU haben vertraglich festgelegt, Anfang 2021 die Auflösung des Thüringer Landtags und damit vorzeitige Neuwahlen zu beschließen. Aktuell gibt es im Thüringer Wahlgesetz keine Regelungen für die bei vorgezogenen Neuwahlen benötigte Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften, wie es diese z. B. in Rheinland-Pfalz bereits gibt. Der ÖDP-Landesverband Thüringen steht dazu in regelmäßigem Austausch mit den politisch Verantwortlichen und pocht vehement auf eine Änderung des Thüringer Wahlgesetzes – zumindest kurzfristig per Verordnung. Wenn diese Bemühungen nicht erfolgreich sein sollten, wird der Landesverband Thüringen auf die Hilfe aus anderen Landesverbänden angewiesen sein, um innerhalb nur weniger Wochen 1.000 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste und jeweils 250 für die Direktkandidaten zu sammeln. Der Zeitraum wird sich vermutlich von Februar bis Anfang April 2021 erstrecken.

Erstes landesweites Volksbegehren der ÖDP in Thüringen angekündigt

Der Thüringer Landesverband hat den Start eines Volksbegehrens zur Verkleinerung des Thüringer Landtags angekündigt. Aktuell sitzen im Thüringer Landtag, bemessen an der Einwohnerzahl, etwa viermal so viele Abgeordnete wie in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Mit einer Änderung des Thüringer Wahlgesetzes soll die Anzahl der regulären Abgeordneten von derzeit 88 auf 60 reduziert werden, was einer Verkleinerung um 32 % entspricht. Sobald die vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags beschlossen ist, soll das Begehren mit der Unterschriftensammlung gestartet werden. Innerhalb von sechs Wochen müssen 5.000 Unterschriften gesammelt werden. Erste Gespräche mit möglichen Bündnispartnern stimmen optimistisch. Dennoch wird der Landesverband Thüringen auf die Hilfe aus anderen Landesverbänden angewiesen sein. Bewusst wurde auch dieses Vorhaben zeitlich mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften für den Wahlantritt zur möglichen vorgezogenen Neuwahl des Thüringer Landtags zusammengelegt. Weitere Informationen finden sich unter: <https://www.oedp-thueringen.de/themen/volksbegehren-schlanker-landtag/>

Kontakt: ÖDP Thüringen
Martin Truckenbrodt, Landesvorsitzender
Tel.: (03 67 66) 8 47 90, info@oedp-thueringen.de

ÖDP Berlin

Fridays-for-Future-Aktivist führt ÖDP Berlin in die Abgeordnetenhauswahl '21

Die ÖDP Berlin hat konkrete Ziele für die Wahlen zum Bundestag, zum Abgeordnetenhaus (Landtag) und zu den kommunalen Bezirksverordneten-Versammlungen (BVV) beschlossen. Unter dem im Juni 2020 neu gewählten Landesvorstand wurden inzwischen verschiedene Maßnahmen ergriffen, um diese Ziele zu erreichen.

Interview mit Tom Kube

„Wir müssen diesmal allen Berliner/-innen die Chance geben, bei allen drei Wahlen die ÖDP zu wählen. Das sind wir dem Klimaschutz, dem Artenschutz, der Demokratie und unserer Gesellschaft ganz allgemein schuldig“, so der Landesvorsitzende Lars C. Arnold. „Darüber hinaus ist es unsere Pflicht, das Wählerpotenzial der ÖDP bei den Wahlen 2021 bestmöglich auszuschöpfen, um unser zukunftsfähiges Programm möglichst bald parlamentarisch umzusetzen“, so Arnold weiter. Der Vorstand des Landesverbands Berlin hat daher ein planvolles Vorgehen beschlossen:

„Ich will als Klimaaktivist nicht nur Forderungen auf die Straße bringen und für gesellschaftliche Aufmerksamkeit für den Klimawandel trommeln. Vielmehr möchte ich auch selbst aktiv die Politik mitgestalten.“

Für die Bundestagswahl wollen die Berliner ihren Beitrag leisten, um als ÖDP bundesweit die 0,5 % zu überschreiten. Bei der kommunalen BVV-Wahl streben die Hauptstädter



– bei einer 3%-Sperrklausel – den Einzug in eines der zwölf Bezirksparlamente an. Bei der Abgeordneten-

Durch eine externe Beratung wurde zunächst eine Wählerpotenzial-Analyse erstellt, die nun sehr konkret zeigt, in welchen Gebieten Berlins die besten Erfolgsaussichten für die ÖDP bestehen. Da der kleine Landesverband nur über begrenzte materielle und personelle Ressourcen verfügt, wird die ÖDP den Wahlkampf auf Landes- und Kommunalebene auf die chancenreichsten Gebiete fokussieren.

Zudem hat der Landesvorstand Herrn Hagen Albers als Wahlkampf-Koordinator damit beauftragt, ein Strategie-Konzept für den sicher herausfordernden Wahlkampf zu erstellen. Hagen Albers war 2009 und 2014 an der Umsetzung der bundes-

weiten Wahlkampagne von B'90/Grüne beteiligt.

Neben einer 9-köpfigen Landesliste zur Bundestagswahl haben die Berliner bereits in acht von zwölf Wahlkreisen Direktkandidaten/-kandidatinnen aufgestellt.

Um bei der Abgeordnetenhauswahl das 1,0%-Ziel zu erreichen, wurde vom Landesverband eine heterogene Landesliste aufgestellt, die von dem 25-jährigen FFF-Aktivisten Tom Kube auf Platz 1 angeführt wird. Wir haben mit Tom kurz nach seiner Aufstellung als Spitzenkandidat gesprochen:

hauswahl wollen sie mindestens 1,0% erreichen, um in den nächsten Jahren besser dazustehen und solidere Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkämpfe finanzieren zu können.

ÖkologiePolitik: Wie bist du auf die ÖDP aufmerksam geworden?

Tom Kube: Ich interessiere mich schon seit vielen Jahren für Politik im Allgemeinen. Allerdings hat keine der größeren Parteien meine ökologischen Meinungen widergespiegelt. Deshalb habe ich mich auf die Suche nach Alternativen zum Altbekanntem gemacht. Zur Europawahl 2019 bin ich dann durch den Wahl-O-Mat auf die ÖDP gestoßen. Nachdem ich mich intensiv mit dem Parteiprogramm befasst hatte, habe ich bei der ÖDP für mich persönlich die größte Übereinstimmung gefunden. Ich finde das Programm zudem in sich sehr stimmig, einfach „rund“.

Du bist seit gut zwei Jahren bei den Klimaschützern von Fridays for Future aktiv. Was war nun deine Motivation, in die ÖDP oder überhaupt in eine Partei einzutreten?

Tom: Ich will als Klimaaktivist nicht nur Forderungen auf die Straße bringen und für gesellschaftliche

Aufmerksamkeit für den Klimawandel trommeln. Vielmehr möchte ich auch selbst aktiv die Politik mitgestalten. In der parlamentarischen Demokratie geht dies nun mal über die Parteien. Und eine Partei wie die

an den großen Regionalbahnhöfen wie z. B. am Südkreuz verbesserte Möglichkeiten zur kurzfristigen Fahrradrente geben. Digitale Lösungen wie Rad-Miet-Apps können hier sehr hilfreich sein.

„Der Corona-Rettungsschirm für die Lufthansa wie auch der BER-Neubau waren eine glatte Bruchlandung für den Klimaschutz.“

ÖDP mit der langjährigen Erfahrung und ihren gewachsenen Strukturen scheint mir das geeignetere Umfeld dafür als beispielsweise eine der jetzt neu gegründeten Klima-Parteien.

Das ist interessant! Also zum Beispiel bei radikal.klima mitzumachen, wäre nichts für dich gewesen?

Tom: Nicht wirklich. Ich habe für mich bei all diesen neuen Parteien keine wirkliche Verbindung finden können. Die ÖDP ist für mich auch deshalb die beste Wahl, weil in vier Jahrzehnten eben bereits sehr viel Intelligenz in die Entwicklung des Parteiprogramms eingeflossen ist. Die Ideen zum ökologischen Wandel bei gleichzeitigem Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten konnte ich in dieser Form bei keiner anderen Partei – auch nicht den neuen – finden.

Nun wurdest du schon kurz nach dem Partei-Eintritt zum Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahl aufgestellt. Was sind deine wichtigsten Ziele für Berlin?

Tom: Wir müssen unbedingt die Pariser Klimaziele einhalten. Ich träume von einem Berlin als attraktive Fahrradstadt, ähnlich wie Amsterdam oder Kopenhagen. Dazu müssen kurzfristig auf den Verkehrswegen die Abstände zwischen Autos und Fahrrädern vergrößert werden. Mittelfristig soll der Autoverkehr in der Innenstadt reduziert werden. Für Pendler aus dem Umland muss es

Die größten CO₂-Emissionen in Berlin kommen allerdings aus dem Gebäudebestand. Daher bin ich dringend für eine klimaneutrale Gebäudesanierung.

Die Berliner FDP stößt nun erneut eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ein. Wie ist deine Meinung zu diesem Thema?

Tom: Das Tempelhofer Feld dient der 3,5-Millionen-Stadt Berlin als wichtige Windschneise und somit als natürliche Klimaanlage. Eine Bebauung würde zur weiteren Aufheizung der Stadt beitragen. Besser wäre es, aus dem vorhandenen alten Flughafengebäude, dem ehemals größten zusammenhängenden Gebäude in Europa, einzelne Sektoren als Wohnraum zu gestalten.

Was sagst du zur Neueröffnung des Großflughafens BER?

Tom: Der BER ist ein Desaster. Kein Bauprojekt hat so viel Steuergeld verschlungen wie dieser Flughafen, den wir mitten im Klimawandel nicht gebrauchen können. Unsere Klimaziele rücken mit dem neuen Flughafen in weite Ferne, insbesondere weil der flugspezifische CO₂-Ausstoß die Umwelt vielfach stärker belastet als bodennaher CO₂-Ausstoß. Der Corona-Rettungsschirm für die Lufthansa wie auch der BER-Neubau waren eine glatte Bruchlandung für den Klimaschutz. Mittelfristig sollte der Flugverkehr durch eine CO₂-Steuer und Abschaffung aller Subventionen



Tom Kube kandidiert auf Platz 1 der ÖDP-Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl.

Foto: Hagen Albers

Aufruf

Sehnsucht nach pulsierendem Leben? Da hätten wir etwas für Sie! Der Landesverband Berlin sucht ab sofort engagierte ÖDP-Mitglieder oder -Sympathisanten, die unserem Team tages- oder wochenweise beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften helfen.

Die Arbeit wird vergütet; geschickte Sammler können 100 bis 150 Euro pro Tag verdienen. Auch eine kostenlose Privat-Unterkunft für 3–4 Tage kann ggf. vermittelt werden. Und nach der Arbeit hätten Sie ausreichend Zeit, um sich den vielen spannenden Facetten der Hauptstadt zu widmen. Interesse? Weitere Infos und ein Kontaktformular unter:

» www.wahlantritt.de/aufruf

unattraktiver und somit reduziert werden. Kurzfristig könnten Anbieter von Flugtickets verpflichtet werden, ihren Kunden eine CO₂-Kompensationsabgabe anzubieten. Damit würden die Menschen auf den wahren Preis ihres Verhaltens aufmerksam gemacht und hoffentlich umdenken. Und überhaupt: Inlandsflüge sind nur für Bienen!

Wie fühlt es sich an, als Spitzenkandidat gewählt zu sein?

Tom: Ja, ich denke, das war ein ungewöhnlicher Start mit dem Katastroph. Ich bin mir meiner Verantwortung bewusst. Sicherlich muss ich in die Aufgabe noch hineinwachsen, aber ich traue mir das durchaus zu.

Wie willst du Wählerinnen und Wähler von der ÖDP überzeugen?

Tom: Als Physiotherapeut bin ich tagtäglich hautnah mit den Bürgern

rechtes, gesellschaftsfreundliches Programm. Wir müssen es einfach nur bekannter machen. Dazu werden wir neben klassischen Wahlkampf-

„Die ÖDP bietet ein klimagerechtes, gesellschaftsfreundliches Programm. Wir müssen es einfach nur bekannter machen.“

in Kontakt. In vielen Gesprächen erfahre ich, wie sehr die Themen der ÖDP – Klimaschutz, Artenschutz, Sorge um demokratische Strukturen, selbstausbeuterische Wachstums-gläubigkeit – die Menschen beschäftigen. Die ÖDP bietet ein klimage-

mitteln auch sehr stark auf Social-Media-Kampagnen und andere Online-Formate setzen.

Lieber Tom, danke für dieses tolle Interview. Wir drücken dir und dem Landesverband Berlin ganz fest die Daumen!

Neue Online-Mitgliederplattform

ÖDP stärkt die Zusammenarbeit

Die ÖDP hat viele liebevolle Menschen als Mitglieder – mit guten Ideen und einem oftmals sehr reichhaltigen Erfahrungsschatz. Um voneinander profitieren und gemeinsam etwas bewegen zu können, braucht es aber den zwischenmenschlichen Austausch. Eine Online-Mitgliederplattform verknüpft und stärkt nun die Qualitäten in unserer Partei.

von Jan Altnickel

„Wir bräuchten unbedingt eine parteiinterne Online-Plattform zur Vernetzung und zur Bereitstellung von Informationen und Materialien.“ So ähnlich lauten viele Kommentare, die wir in den letzten Jahren zu lesen bekommen haben. Zwar gibt es bereits einen internen Bereich der ÖDP-Website, eine ÖDP-interne Gruppe auf Facebook sowie verschiedene Individuallösungen, aber diese Online-Angebote haben teils gravierende Nachteile in Sachen Sicherheit, Datenschutz, Kosten oder Nützlichkeit. In der Regel wird man von den Anbietern vor die Wahl gestellt, für ein nützliches

Angebot entweder mit Geld oder den eigenen Daten zu bezahlen. Bei Kostenpflichtigkeit wird es für eine Partei mit begrenzten finanziellen Mitteln schnell unbezahlbar. Und die gewinnbringende Verarbeitung von persönlichen Daten lehnen viele Mitglieder ab. Aus diesen Gründen erschien eine eigene Online-Plattform als die bestmögliche Lösung.

Start einer ÖDP-Mitgliederplattform

Nun ist es endlich so weit: Nach unzähligen Stunden größtenteils ehrenamtlicher Arbeit und langwierigen Vorbereitungen auf einem steinigen Weg können wir euch bzw.

Ihnen heute eine ÖDP-eigene Online-Mitgliederplattform präsentieren! Der Name der Plattform lautet „orangeaktiv“ und ist eindeutig Programm: Über die Plattform „orangeaktiv“ können sich ÖDP-Mitglieder vernetzen und austauschen, digitale Materialien für andere zugänglich machen, Veranstaltungen und weitere Termine organisieren, Wissen aufbereiten und teilen, die Zusammenarbeit in verschiedenen Gruppen optimieren, Mitgliederdaten austauschen oder Inhalte für die sozialen Netzwerke erstellen. Auf „orangeaktiv“ sind der ökologisch-demokratischen Kreativität und politischen Gestaltungsfreude kaum Grenzen gesetzt. Dass wir diese Plattform nun der Partei anbieten können, verdanken wir ganz maßgeblich dem ehrenamtlichen Engagement des IT-Entwicklers Bernhard Suttner (nicht identisch oder verwandt mit dem ehem. bayerischen Landesvorsitzenden).

Erweiterungen in Aussicht

Das System hat zwar noch nicht ganz den vorgesehenen Zustand erreicht, um auch Gruppen wie Kreisverbänden oder Bundesarbeitskreisen einen abgetrennten Arbeitsbereich anbieten zu können, aber wir arbeiten weiterhin an der Realisierung dieser Funktionsbereiche. Zum Start der Plattform stehen bereits die

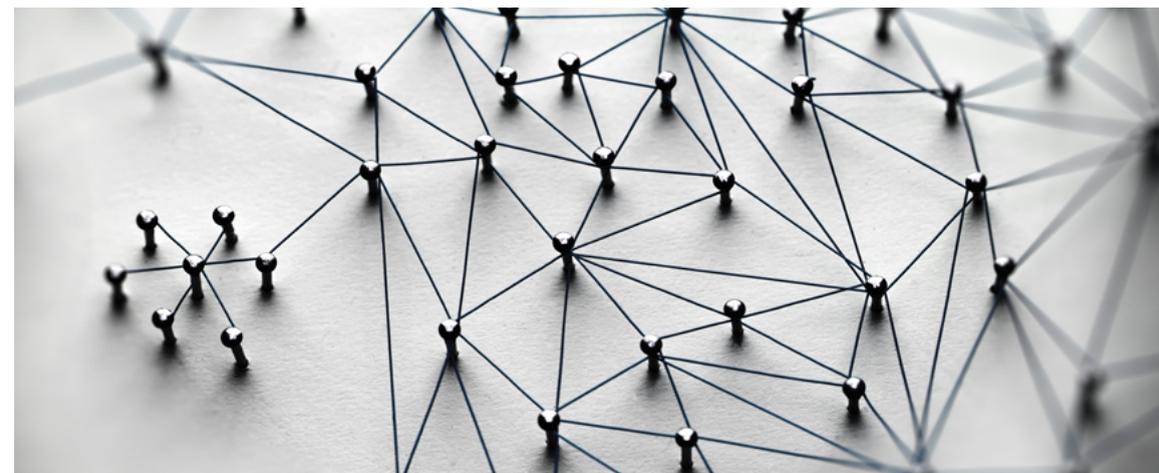


Foto: optimarc/shutterstock.com

Ebene des Bundesverbands und die der Landesverbände zur Verfügung. Dass die Bereiche der Regionalverbände und anderer Gruppen am Anfang noch nicht bereitstehen, hat mit Herausforderungen zu tun, die in der Mitgliederdatenbank verborgen liegen. Schließlich erhält jede Nutzerin und jeder Nutzer für „orangeaktiv“ einen personenbezogenen Zugang. Während der interne Bereich der ÖDP-Website mit allgemeinen Zugangsdaten betreten werden kann, ist dies auf „orangeaktiv“ nicht möglich: Hier meldet sich jeder mit eigenen Zugangsdaten an.

Anmeldung ab sofort möglich

Wer nun Interesse hat, diesen Schritt zu gehen und sich bei „orangeaktiv“ anzumelden, möge dies bitte per E-Mail an die ÖDP-Bundesgeschäftsstelle unter info@oedp.de mitteilen. Sofern vorhanden, sollte hierfür eine ÖDP-E-Mail-Adresse mit dem eigenen Namen verwendet werden. Wer noch keine solche Adresse hat, kann – als ÖDP-Mitglied – direkt bei der Bundesgeschäftsstelle eine bestellen.

Was erwartet mich?

Als nächsten Schritt wird mit deinem bzw. Ihrem Namen und der zugehö-

rigen E-Mail-Adresse ein „orangeaktiv“-Konto angelegt. Weil jede Rückmeldung in die Datenbank eingegeben werden muss, bitten wir um etwas Geduld, wenn es bis zur ersten Nachricht von „orangeaktiv“ einige Tage dauert. Die Einladung

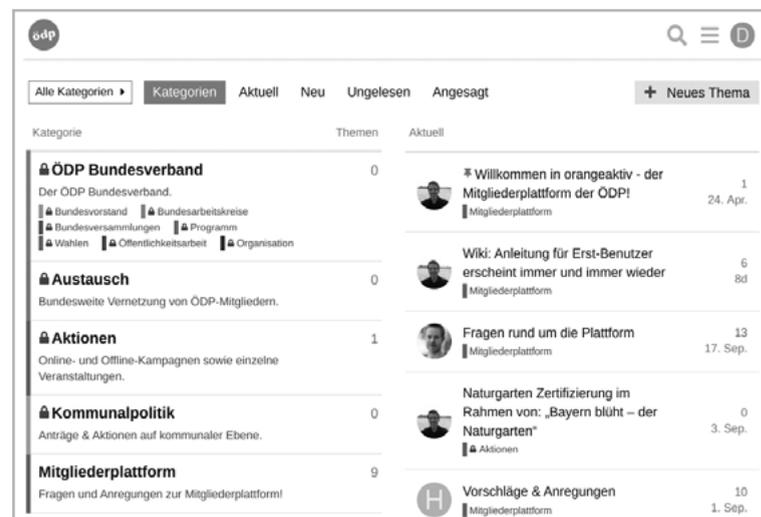
vorliegt, können auch noch diverse Unterbereiche aufgerufen werden. Die Berechtigung zur Nutzung verschiedener Unterbereiche der Plattform ergibt sich aus der persönlichen Zugehörigkeit zu einzelnen ÖDP-Gruppen bzw. -Gremien.

Über die Plattform „orangeaktiv“ können sich ÖDP-Mitglieder vernetzen und austauschen, digitale Materialien für andere zugänglich machen, Veranstaltungen und weitere Termine organisieren oder Wissen aufbereiten und teilen.

zur erstmaligen Anmeldung bei der Plattform mit einem selbstgewählten Passwort kommt schließlich direkt vom System per E-Mail. Nach der persönlichen Registrierung wird man auf „orangeaktiv“ von einem Computerprogramm begrüßt, welches auf interaktive Art die wesentlichen Funktionen im Bereich des Forums vermittelt. Das Forum ist das Herzstück der Plattform, welches um einen Dateispeicher und ein Wiki ergänzt wurde. Alle diese Bereiche können nach einer zentralen Anmeldung bei „orangeaktiv“ angesteuert werden. Sofern im Einzelfall eine Nutzungsberechtigung

Wenn eine Person kein Mitglied in einer bestimmten Gruppe wie z. B. einem Bundesarbeitskreis oder einem Kreisverband ist, kann sie diese auch nicht sehen und aufrufen. Die Plattform „orangeaktiv“ bildet die Strukturen der ÖDP ab, sodass jedes Parteimitglied nur zu seinen Gruppen und den parteiöffentlichen Bereichen Zugang hat.

Ungefähr wie auf dem Screenshot sieht die Startseite der Mitgliederplattform „orangeaktiv“ aus. Je nach Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen sind teilweise andere Kategorien (links) und natürlich auch andere Themen (rechts) zu sehen.



Startseite von „orangeaktiv“

Raum für Kreativität

Neben den bereits erwähnten Bereichen Forum, Dateispeicher und Wiki ist der Plattform auch noch ein Bereich zur Erstellung von Beiträgen für die sozialen Netzwerke angeschlossen. Dieser Bereich mit dem Namen „orangeaktiv“ kann von verantwortlichen Personen in der Öffentlichkeitsarbeit der ÖDP-Gliederungen genutzt werden, die für die

Bitte beachten!

Dieses Schreiben wurde am 2. November 2020 als Newsletter (E-Mail) an diejenigen ÖDP-Mitglieder verschickt, von denen uns eine E-Mail-Adresse vorliegt.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht erhalten haben, aber in Zukunft per E-Mail über Neuigkeiten informiert werden möchten, melden Sie sich gerne über unsere Website www.oedp.de für den Newsletter an oder teilen dies der Bundesgeschäftsstelle unter info@oedp.de mit.

Wenn Sie bereits Ihre E-Mail-Adresse angegeben und trotzdem in der letzten Zeit Newsletter wie diesen nicht erhalten haben, lassen Sie uns auch dies bitte wissen.

Und wenn Sie jemanden kennen, der/die unsere Newsletter noch nicht oder nicht mehr erhält, dann laden Sie die Person gerne ein, sich über die Website www.oedp.de oder per E-Mail an info@oedp.de für den Newsletter-Empfang anzumelden.

Wir möchten so viele unserer Mitglieder sowie Interessentinnen und Interessenten wie möglich per E-Mail erreichen. Als umweltbewusste Partei können wir damit tagesaktuelle Informationen ressourcenschonend vermitteln.

sozialen Netzwerke (z. B. Facebook, Twitter und Instagram) Beiträge erstellen. Für Personen mit dieser Aufgabe steht ein Online-Tool zur Verfügung, das sich „Sharepic-Generator“

Person eine persönliche Nachricht schreiben.

Alternativ bin ich auch per E-Mail an kommunikation@oedp.de zu erreichen und beantworte Anfragen

Wir suchen verlässliche ehrenamtliche Unterstützung von Parteimitgliedern, die sich gut in die Sichtweisen und Bedürfnisse anderer hineinversetzen können.

nennt. Wer für seine Gliederung bereits Social-Media-Beiträge erstellt und diesen Bereich der Mitgliederplattform nutzen möchte, kann dies ebenfalls in seiner E-Mail an die Bundesgeschäftsstelle angeben.

Hilfe steht bereit

Sollten bei der erstmaligen Anmeldung und überhaupt bei der Nutzung von „orangeaktiv“ Probleme auftreten, stehen aktuell folgende Personen als Ansprechpartner zur Verfügung:

- Administrator Bernhard Suttner (IT-Entwickler und ÖDP-Mitglied)
- Administrator Martin Truckenbrodt (Internetbeauftragter ÖDP-Bundesverband)
- Moderator Jan Altnickel (Referent für interne Kommunikation der ÖDP)

Diese Personen lassen sich auf „orangeaktiv“ über das Menü mit den drei Balken erreichen, welches in der Mitgliederplattform stets rechts oben zu sehen ist. Bei einem Klick auf die drei Balken öffnet sich ein kleines Menü mit Links zu verschiedenen Seiten auf „orangeaktiv“. Im unteren Bereich gibt es das Feld „Über orangeaktiv“. Nach einem Klick auf dieses Feld erscheinen die oben genannten Personen. Hier lässt sich wiederum der Name bzw. das Profilbild einer Person anklicken und dann über das blaue Feld „Nachricht“ an diese

entweder selbst oder leite sie an meine Kolleginnen und Kollegen im Team weiter.

Unterstützung gesucht

Eine Plattform für mehrere Tausend ÖDP-Mitglieder bedarf einer guten Ausstattung, Betreuung und Moderation. Diese Aufgaben können nicht komplett von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ÖDP-Bundesverbands abgedeckt werden. Darum suchen wir verlässliche ehrenamtliche Unterstützung von Parteimitgliedern, die sich gut in die Sichtweisen und Bedürfnisse anderer hineinversetzen können. Wer immer sich vorstellen kann, „orangeaktiv“ mit hilfreichen Inhalten zu füllen und/oder Diskussionen auf der Plattform zu moderieren, darf sich gerne an mich wenden.

Nun bleibt mir nur noch, einen guten Start auf „orangeaktiv“ zu wünschen und dass die Plattform der ÖDP beim Erzielen weiterer Erfolge nützlich sein möge. ■

Jan Altnickel,
Referent für parteiinterne Kommunikation im Team der ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Tel.: (03601) 85 71 475



kommunikation@oedp.de

Vorschlag für kommunale Mandatsträger

Die Kommunen mit freiwilliger Schuldenbremsen-Satzung

Wie können Kommunen vermeiden, dass sich im Laufe der Jahre immer größere Schuldenberge anhäufen? Eine Möglichkeit stellen sogenannte "Nachhaltigkeitssatzungen" mit einer kommunalen Schuldenbremse dar.

von Walter Konrad

Auf der Website www.haushaltssteuerung.de habe ich den nachfolgenden Beitrag von Andreas Burth gefunden, den ich für interessant halte für die Mandatsträger/-innen der ÖDP. Ich gebe ihn hiermit auszugsweise zur Kenntnis. Meinen Vorschlag für einen Antrag in den kommunalen Gremien habe ich mit angefügt.

Eine der interessantesten Entwicklungen im Bereich der Kommunalfinanzien sind die freiwilligen Schuldenbremsen-Satzungen (z. B. Nachhaltigkeitssatzungen).

Es handelt sich dabei um Satzungen, die finanzpolitische Regelungen enthalten, welche strenger sind als die des Kommunalhaushaltsrechts (im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung im Finanzbereich). In Deutschland gibt es inzwischen 18 Kommunen, die freiwillig eine solche Satzung verabschiedet haben.

Der konkrete Gegenstand einer Schuldenbremsen-Satzung kann sich von Kommune zu Kommune unterscheiden. Auf Basis der bislang verabschiedeten Schuldenbremsen-Satzungen kann zwischen den „Satzungen der 1. Generation“ und den „Satzungen der 2. Generation“ differenziert werden.

Merkmal der Schuldenbremsen-Satzungen der 1. Generation ist, dass sie Regelungen enthalten, die den Charakter einer Geldschuldenbrem-



se haben (ähnlich der für Bund und Länder geltenden Staatsschuldenbremse des Grundgesetzes).

Ausgehend von den Satzungen der 1. Generation ist die Idee der Schuldenbremsen-Satzungen in den letzten Jahren von den Kommunen weiterentwickelt worden. Hieraus sind inzwischen die ersten Satzungen der 2. Generation entstanden.

Vorschlag für einen Antrag in kommunalen Gremien:

Die ÖDP-Fraktion im Gemeinde-/ Stadtrat beantragt die Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung als freiwillige Schuldenbremse auf der kommunalen Ebene. Diese Satzung soll dazu dienen, die ausufernde kommunale Verschuldung einzudämmen und langfristig zu ausgeglichener Haushalten zu kommen.

Charakteristisch für die Satzungen der 2. Generation ist, dass sie doppischen Charakter haben und den Fokus auf die ortsrechtliche Verankerung des Modells einer doppischen Kommunalschuldenbremse mit Generationenbeitrag legen.

Den kompletten Artikel mit ausführlichen Informationen zur Frage von Nachhaltigkeitssatzungen erhalten Sie unter:

» <https://t1p.de/nptn>

Walter Konrad
arbeitet als kommunal-politischer Referent im Team der Bundesgeschäftsstelle in Mainz. Rückmeldungen sind sehr erwünscht.



walter.konrad@oedp.de

ÖDP-BAK Demokratie, Außenpolitik und Europa neu konstituiert

Der Bundesarbeitskreis Demokratie, Außenpolitik und Europa der ÖDP nimmt seine Arbeit nach einer Schaffenspause wieder auf. Bei einem Treffen am Samstag, den 29. August 2020 in Fulda wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand und führten Diskussionen über das Bundestagswahlrecht sowie über die Zukunft der Europäischen Union.

Den Vorsitz des Bundesarbeitskreises übernimmt Helmut Kauer aus Traunstein in Bayern. Zu seinem Stellvertreter bestimmten die Anwesenden den Berliner ÖDP-Landesvorsitzenden Lars C. Arnold. Dr. Ralf Grünke aus dem hessischen Nidderau vervollständigt als Beisitzer den Vorstand.

Die drei Mitglieder des Vorstands wurden zugleich als Sprecher dreier Unterarbeitskreise gewählt. Dabei übernimmt Dr. Grünke den Bereich Demokratie, Kauer befasst



V. l. n. r.: Dr. Ralf Grünke, Lars C. Arnold, Helmut Kauer

sich mit den Themen der Außenpolitik und Arnold kümmert sich um die Entwicklungen im Bereich Europa.

Arnold hatte schon kurz nach seinem Eintritt in die ÖDP die Wiederbelebung dieses Bundesarbeitskreises angestoßen, nachdem er feststellte, dass just vor der Europawahl das Thema Europa parteiintern quasi „führungslos“ war.

Während der neu konstituierenden Sitzung in Fulda diskutierten die Mitglieder des Bundesarbeitskreises darüber, wie ein faires Bundestagswahlrecht aussehen muss. Dabei ging es unter anderem um die geplante Änderung des Bundeswahlgesetzes, parlamentarische Sperrklauseln und das Wahlalter. Auf der Tagesordnung stand zudem ein Gespräch über die Gestaltung der Europäischen Union als Friedensgemeinschaft und als Staatenverbund mit einem einflussreichen Parlament mit mehr Kompetenzen in der Gesetzgebung. Den Diskurs über diese Themen sowie über die Rolle der NATO wollen diejenigen, die sich im Arbeitskreis engagieren, demnächst fortsetzen.

Weitere Informationen über den Bundesarbeitskreis Demokratie, Außenpolitik und Europa sind auf der Webseite des ÖDP-Bundesverbands zu finden.

ÖDP-BAK Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie

Aus KUVES wird KUVe: Der BAK Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie gab auf dem 57. Bundesparteitag in Suhl das Thema Strahlenschutz ab. Er konzentriert sich auf seine vier Kernthemen.

Regelmäßig tagen die Mitglieder des Arbeitskreises per Videokonferenz, um das Programm der ÖDP in den von ihnen abgedeckten Fachbereichen zu überarbeiten. So hat der BAK mehrere Anträge verabschiedet, um auf dem nächsten Bundesparteitag das Bundesprogramm weiterzuentwickeln. Aktuell liegen für den 58. Bundesparteitag fünf Anträge des Arbeitskreises vor. Darin wurden Positionen zu den Themen Mobilität, Bahn, Energie, Klima und erdölfreies Wirtschaften erarbeitet.

„Es besteht Aktualisierungsbedarf in unserem Programm“, findet Philipp-Noah Groß, Vorsitzender des Arbeitskreises, mit Blick auf einige Themen. „Zum Beispiel müssen wir uns vom Biosprit-Anbau grundsätzlich lossagen. Pro Hektar wird mit Ethanol oder Biodiesel bestenfalls 1 % der Energie gewonnen, die ein Wind- oder Solarpark produzieren kann. Auch müssen wir uns klar zu einer starken Schiene bekennen und zeitgemäße Forderungen in Sachen Klimaschutz aufstellen.“



Der Vorstand des Arbeitskreises bei seiner Hauptversammlung im September 2019 (v. l. n. r.): Philipp Groß, Josef Fortner, Christian Stadelmann, Dr. Michael Stöhr

Der Arbeitskreis befasst sich aber nicht nur damit, wie in den Bereichen Energie und Verkehr eine Wende vollzogen werden kann. Es stehen auch einige Themen aus den Bereichen Klima- und Umweltschutz auf der Tagesordnung, wie zum Beispiel die Eindämmung der Plastikflut. Mit dem Fachwissen seiner Mitglieder erarbeitet der BAK auch Pressemitteilungen für den ÖDP-Bundesverband.

Alle Mitglieder, die sich für diese Themen interessieren, sind willkommen, sich im BAK zu engagieren, und können sich bei der Bundesgeschäftsstelle unter info@oedp.de anmelden.

Wechsel an der Parteispitze

Neuer Vorsitzender ist Christian Rechholz

Der ÖDP Bundesparteitag hat in Suhl einen neuen Bundesvorstand gewählt.

von Heinz Hollenberger

„Von Suhl soll ein Aufbruchsignal ausgehen. Fast 40 Jahre nach unserer Gründung sind unsere Themen endlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Zeit ist reif für die ÖDP!“ Mit diesen Worten dankte Christian Rechholz der Mehrheit der Delegierten, die ihn in Suhl zum neuen Bundesvorsitzenden der ÖDP gewählt haben. Rechholz folgt auf Christoph Raabs, der das Amt des Vorsitzenden seit 2018 innehatte. Der 48-jährige Nürnberger konnte sich an seinem Geburtstag in einer Stichwahl gegen seinen Vorgänger durchsetzen. Christian Rechholz dankte seinem Vorgänger Christoph Raabs für die geleistete Arbeit und die Erfolge, wie die deutliche Steigerung der Mitgliederzahlen. Mit großem Applaus dankten der neue Vorsitzende und die Delegierten auch Agnes Becker. Sie ist maßgeblich verantwortlich für das erfolgreichste Volksbegehren der ÖDP: „Rettet die Bienen“. Becker trat nicht mehr zur Wahl für den Bundesvorstand an, sie will sich ganz auf ihre Arbeit in Bayern konzentrieren. „Wir wollen der ökologische Bienenstachel in der Politik sein“, erklärt Christian Rechholz in Anspielung auf das Volksbegehren, mit dem die ÖDP die Naturschutzgesetzgebung in Bayern deutlich verbessert hat.

Nach der Wahl des Bundesvorsitzenden bestimmten über 200



V. l. n. r.: Dr. Peter Schneider (1. stv. Bundesvorsitzender), Christian Rechholz (Bundesvorsitzender), Jan-Philipp van Olfen (2. stv. Bundesvorsitzender), Christine Stankus (Bundesschriftführerin), Thomas Schiffelmann (Beisitzer), Charlotte Schmid (Beisitzerin), Carsten Krehl (Beisitzer), Dirk Uehlein (Bundesschatzmeister). (Nicht im Bild: Prof. Dr. Klaus Buchner)

Delegierte der ÖDP, wer im neuen Bundesvorstand der Partei arbeiten wird. Dessen künftige Zusammensetzung zeigt, wie bunt die Partei ist: Der 21-jährige Student Jan-Philipp van Olfen ist der Jüngste im Gremium, der 79-jährige ehemalige ÖDP-Europaabgeordnete, Prof. Dr. Klaus Buchner, das erfahrenste Mitglied.

In ihren Reden stellten Mitglieder der ÖDP fest, dass Corona viele Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft noch deutlicher zum Vorschein bringe. Weltweit zeige die Krise deutlich, welche Berufsfelder wirklich für uns alle relevant sind: Medizin, Pflege, Ernährung, Infrastruktur, Polizei, Medien, Energieversorgung, Schulen. Die meisten dieser Berufsgruppen seien jedoch chronisch unterbezahlt. Schon lange vor der Co-

rona-Pandemie hat die ÖDP in ihrem Wahlprogramm ein Erziehungs- und Pflegegehalt gefordert, das die wertvolle Arbeit der Familien würdigt.

Manuela Ripa hat Prof. Dr. Klaus Buchner als Abgeordnete im Europäischen Parlament abgelöst. Die Juristin, Jahrgang 1976, Mutter zweier Kinder, setzt sich besonders für gesunde Ernährung und gegen Tierquälerei ein. Die Saarländerin weist darauf hin, dass andere ökologisch orientierte Parteien das Tierwohl ih-

rer Machtpolitik opfern: „Statt sich mit aller Kraft gegen die Qualhaltung der Schweine in Kastenständen zu wehren, haben die Grünen dafür gestimmt, mindestens 8 Jahre so weiterzumachen – das ist kein Tierschutz, sondern Gefälligkeitspolitik gegenüber der Agrarlobby!“

Wachsender Fleischkonsum wirkt sich auch schlecht auf das Klima aus. Unlösliche Waldbrände und katastrophale Überschwemmungen zeigen in immer kürzeren Abständen, wie ernst die Lage bereits ist. Die ÖDP will sich jetzt noch besser mit Fridays for Future und anderen jungen Bewegungen für den Schutz des Klimas vernetzen. „Der Klimawandel lässt uns keine Zeit mehr. Wir haben die richtigen Antworten dafür. Das wollen wir den Menschen noch deutlicher machen.“



Suche nach dem richtigen Weg – ÖDP mahnt zu Vernunft und Wissenschaftlichkeit in Corona-Zeiten

Parlamente dürfen nicht länger übergangen werden

„Warum wurden die Parlamente bei der jüngsten Verordnung strenger Corona-Auflagen für den gesamten Monat November erneut übergangen?“, fragt sich Christian Rechholz, Bundesvorsitzender der ÖDP. „Man kann ja die beschlossenen Maßnahmen für nötig halten, doch darüber müssen unsere Volksvertreter wenigstens debattieren und die Parlamente entscheiden, das Grundgesetz ist da ganz eindeutig. Die Entscheidungen können nicht quasi im Hinterzimmer zwischen Kanzlerin und Ministerpräsidenten getroffen werden, sondern gehören in die Legislative“, so Rechholz. „Wenn sie selbst davon überzeugt sind, dass ihre Maßnahmen unverzichtbar sind, dann sollten sie auch die Parlamente überzeugen können“, betont der Politikwissenschaftler.

Der ÖDP-Bundesvorstand erkennt die Gefahr durch Corona an. „Verschwörungstheorien haben bei uns in der ÖDP keinen Platz“, so Rechholz. Das Virus ist da und bedroht Menschenleben und diese gilt es zu schützen. Welches dabei aber der richtige Weg ist, darüber müsse offen gesprochen werden. Wissenschaftliche Gegenpositionen werden außen vor gelassen: Beim jüngst beschlossenen „Lockdown light“ für November 2020 haben Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten Empfehlungen aus einem Positionspapier des Virologen Hendrik Streeck nicht berücksichtigt, das von 35 ärztlichen Verbänden unterschrieben ist. „Wir müssen doch nur ins Ausland schauen, etwa nach Spanien oder Frankreich, um zu sehen, dass das nicht funktioniert“, mahnt der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, in der „Süddeutschen Zeitung“. Trotz drastischer Maßnahmen würden die Infektionszahlen dort dramatisch steigen. Man sei dann in wenigen Wochen wieder in der gleichen Lage wie jetzt. Soll dann der nächste Lockdown folgen?

Die ÖDP pocht zudem auf strenge Wissenschaftlichkeit in der Debatte und bei der Grundlage für Maßnahmen. „Am wichtigsten wäre es, die Zahlen für die Neuinfektionen und für die Todesfälle nach den anerkannten Regeln der Statistik zu erheben und außerdem die Bedeutung der PCR-Tests korrekt wiederzugeben“, betont Vorstandsmitglied Prof. Dr. Klaus Buchner. Erst Anfang November musste die Bayerische Staatsregierung einräumen, die Zahl der beatmeten Patienten doppelt so hoch angegeben zu haben, wie sie tatsächlich ist. Zu kurz kommen

dem ÖDP-Bundesvorstand Konzepte zum Schutz von Risikogruppen. Bei allen Maßnahmen brauche es strikte Evidenz und eine ständige Kontrolle ihrer Auswirkungen. „Insgesamt fehlt eine klare Strategie und eine deutliche Kommunikation dieser Strategie“, findet Rechholz. „Vor allem auf Angst zu bauen, ist extrem gefährlich. Angst selbst macht krank, gesundheitlich wie gesellschaftlich.“

Der neue Lockdown wird wieder extreme Folgen für die Gesellschaft haben. „Gastronomie und Kulturbranche kämpfen ums nackte Überleben. Die Bundesliga darf spielen, aber Amateursport und Kultur dürfen, ungeachtet aller dort ausgearbeiteten Sicherheitsvorkehrungen, nicht mehr stattfinden. Das hat schwerwiegende Folgen, vor allem für Kinder und Jugendliche“, gibt Christian Rechholz zu bedenken. Da viele Vorschriften widersprüchlich sind, vermögen sie immer weniger zu überzeugen. Beispiele: Warum dürfen Kunden in der Umkleidekabine Textilien anziehen, die fremde Menschen vorher auf der Haut getragen haben, während gleichzeitig Türgriffe permanent desinfiziert werden müssen? Und warum müssen Kulturveranstaltungen mit Abstandsregelungen abgesagt werden, während im öffentlichen Verkehr nicht für mehr Abstand gesorgt wird? Durch solche Widersprüche verliert die Regierung an Akzeptanz. „Angela Merkel wäre gut beraten, wenn sie nicht weiter außerhalb der Parlamente Maßnahmen anordnet, deren Verhältnismäßigkeit fragwürdig erscheint“, so Christian Rechholz. „Dann würden die Gerichte nicht immer wieder Entscheidungen der Exekutive korrigieren müssen. Die ÖDP ist froh, dass die Gewaltenteilung hier funktioniert. Die Frage ist, wie viel Zeit wir durch solches Hin und Her verlieren – und erst recht wie viel Vertrauen!“

Besonders verärgert ist der ÖDP-Vorsitzende über den autoritären Radikalkurs von Markus Söder. „Ein Kontaktverbot zwischen mehr als zwei Familien in Privaträumen ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte. Söder missbraucht diese Krise für seine politischen Ambitionen“, meint Christian Rechholz. „Im März haben die verantwortlichen Politiker Krankenschwestern, Ärzten und anderen systemrelevanten Berufen noch am Fenster applaudiert, doch bei den jüngsten Tarifrunden hat Innenminister Horst Seehofer monatelang hart verhandelt, um angemessene Gehälter im öffentlichen Dienst zu verhindern. Erst nach Streiks im ÖPNV und in Kindertagesstätten, unter denen Bürger und Umwelt litten, war er schließlich kompromissbereit. Wertschätzung sieht anders aus“, betont der Bundesvorsitzende der ÖDP. „Nicht zu vergessen sind auch die Flüchtlinge, die wir aus dem Blick verloren haben.“

Diese pferchen wir trotz Corona eng auf eng unter unmenschlichen Bedingungen in europäischen Lagern ein.“

Die ÖDP sieht zudem den Grund der Pandemie auch in unserem Wirtschaftssystem. Mit einer Gemeinwohl-Ökonomie auf Basis der „Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ könnten Pandemien, wie COVID-19, weitestgehend verhindert werden und stattdessen Ökonomie, Ökologie und Soziales zukünftig wieder in Einklang gebracht werden. „Die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur beschleunigt die Ausbreitung auch dieser Krankheit. Unser Planet ist krank“, so Christian Rechholz, ÖDP-Bundesvorsitzender.

Raus aus den Hinterzimmern

Corona-Politik darf Parlamente nicht außen vor lassen

„Wir leben nicht in der Weimarer Republik, als der Reichspräsident mit Notverordnungen das Parlament aushebelte“, ärgert sich der ÖDP-Vorsitzende Christian Rechholz. „Die Corona-Politik gehört raus aus den Hinterzimmern und Geheimkabinetten hinein in die Parlamente und damit in die Öffentlichkeit. So ist es in der Demokratie vorgesehen. Das Grundgesetz ist schließlich keine Schönwetterveranstaltung, die Verfassung gilt auch im Krisenfall“, bekräftigt der Politikwissenschaftler.

Am 18. November 2020 steht das neue Infektionsschutzgesetz zur Verabschiedung. Auch weil Gerichte immer lautere Kritik daran geäußert haben, dass massive Grundrechtseingriffe allein durch die Exekutive getroffen werden. Das neue Gesetz bringt teilweise Verbesserungen, aber beseitigt doch viele Probleme nicht, zumal die Aufzählung der Grundrechtseinschränkungen nicht abschließend ist. Schon vor Jahrzehnten hat das Bundesverfassungsgericht mit dem Wesentlichkeitsvorbehalt festgestellt, Entscheidungen solcher Tragweite habe der Gesetzgeber zu treffen und nicht die Regierung. „Der neue Paragraph 28a wird dem Parlamentsvorbehalt und Bestimmtheitsgrundsatz nicht gerecht – ein Skandal“, findet der ÖDP-Bundesvorsitzende.

„Eine Ministerpräsidenten-Konferenz, ob mit oder ohne Kanzlerin, kennt das Grundgesetz nicht, wohl aber einen Bundestag“, so Rechholz. „Und genau dorthin gehören Debatte und Entscheidung in einer Demokratie“, gibt er zu bedenken. Auch der Deutsche Ethikrat warnte schon im März 2020, Entscheidungen dürften „nicht an einzelne Personen oder Institutionen delegiert“, sondern müssten „von den Organen getroffen werden, die hierfür durch das Volk mandatiert sind“. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier be-

zeichnet das neue Infektionsschutzgesetz gar als „Persilschein“. Könnte der Bundestag dagegen die Maßnahmen debattieren und beschließen, würde das die Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung steigern.

„Die Hinterzimmerpolitik und die Missachtung der Parlamente ist ein Konjunkturprogramm für Populisten und Verschwörungstheoretiker“, warnt Rechholz. „Wenn wir Maßnahmen nur noch verkünden und nicht mehr transparent debattieren, dann finden diese Rattenfänger immer weiteren Zulauf.“ Ärgerlich findet der ÖDP-Bundesvorsitzende in diesem Zusammenhang auch, dass man sich erst Monate Zeit lasse und dann das neue Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament peitsche. Schon



in der Banken- und der Eurokrise war dieser Trend festzustellen. Das Parlament dürfe aber nicht ausgehebelt werden und Entscheidungen in einer Demokratie dürften niemals als alternativlos dargestellt werden. „Wir müssen das Virus bekämpfen, aber wir müssen auch aufpassen, dass das Virus nicht auch unsere Demokratie befällt“, so Rechholz.

Der ÖDP-Bundesvorsitzende vermisst ein strategisches und konzeptionelles Vorgehen. „Stattdessen immer wieder Willkür und konzeptionsloses Handeln, das dann die Gerichte massenweise einkassieren und die Bürger nicht mehr verstehen“, betont Rechholz. So beruhe auch die Einstufung als Risikogebiet allein auf der Inzidenz-Zahl des PCR-Tests, der dafür aber nicht tauglich ist, zumal sich zudem noch die Testanzahl ständig ändert und der Ct-Wert nicht berücksichtigt wird. Dieser Ct-Wert, abgekürzt für Englisch cycle threshold, ist eine theoretische Größe. Er definiert die Stelle, an der das exponentielle Wachstum einer Kurve beginnt. Auch ist die Anzahl der Tests im Gesetz nicht festgelegt und die Zahl von fünfzig Personen je 100.000 Einwohner bezeichnet das Bundesgesundheitsministerium selbst auf seiner Homepage als „seltene Erkrankung“. „Es braucht endlich Wissenschaftlichkeit, repräsentative Tests, valides und evidentes Handeln und eine Kommunikation, die auf Verständnis statt auf Angst setzt“, ist der ÖDP-Vorsitzende überzeugt.

Mitgliedergeschichten aus der ÖDP

Sie haben das Wort: Erzählen Sie von Ihrem Engagement!

von Jan Altnickel

Liebe ÖDP-Mitglieder,

sicherlich kennen Sie alle die Redewendung „Tue Gutes und sprich darüber“. Wer über sein Handeln spricht, muss dabei nicht automatisch als eingebildet herüberkommen. Durch die Darstellung persönlicher Erfahrungen können aber andere zu eigenem Handeln motiviert werden und frische Ideen erhalten. Außerdem bieten sol-

*Geben Sie ökologisch-demokratischem
Engagement ein Gesicht!*

che Erzählungen Anknüpfungspunkte, um mitzufühlen, sich auf der Basis gemeinsamer Werte zu verbinden und den eigenen Horizont zu erweitern.

Wie wäre es also, ÖDP-Mitgliedern ein Gesicht und eine Stimme zu geben? Genau das möchten wir in Zukunft tun und die ÖDP an dieser Stelle der ÖkologiePolitik in einer Rubrik „Mitgliedergeschichten“ als eine Partei von interessanten Persönlichkeiten präsentieren. Interessant können dabei nicht nur herausragende Leistungen sein, sondern auch die kontinuierliche Arbeit im Stillen, der Umgang mit dem eigenen Scheitern oder die Motivation für ein Engagement mit langem Atem.

Erzählen Sie doch anderen Parteimitgliedern und interessierten Personen, was Sie an ökologisch-demokratischer Politik begeistert: Warum braucht es aus Ihrer Sicht mehr ÖDP in der Politik? Was tun Sie, um die Werte und politischen Forderungen der ÖDP in die Gesellschaft zu tragen? Wie lautet Ihr Geheimtipp, um in Ihrem persönlichen Umfeld positive Spuren zu hinterlassen und die Welt ein klein wenig besser zu machen?

Erzählen Sie es uns und geben Sie ökologisch-demokratischem Engagement ein Gesicht. Zeigen Sie anderen,



Foto: Arthimedes/shutterstock.com

was „orangeaktiv“ ganz praktisch bedeuten kann. Niemand ist zu alt oder zu jung, niemand zu uninteressant. Jedes Engagement hat seinen Wert!

Wir möchten künftig pro Ausgabe unseres Partei Journals zwei ÖDP-Mitglieder zu Wort kommen lassen. Dabei achten wir auf regionale Abwechslung und ein heterogenes Bild. Wenn Sie gerne von sich und Ihrem Engagement erzählen möchten, freuen wir uns auf Ihren Text mit einer Länge von ca. 2.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Teilen Sie uns auch mit, ob Sie namentlich genannt wer-

*Wir möchten künftig pro Ausgabe
unseres Partei Journals zwei ÖDP-Mitglieder
zu Wort kommen lassen.*

den möchten, oder ob der Text anonym veröffentlicht werden soll. Außerdem fügen Sie bitte ein Foto bei, auf dem Sie gut zu erkennen sind und von dem Sie die Bildrechte haben. Text und Foto senden Sie dann bitte per E-Mail an Jan Altnickel unter kommunikation@oedp.de. Wenn Sie keine elektronische Post nutzen, können Sie Ihren Beitrag auch gerne per Brief an die Bundesgeschäftsstelle schicken:

ÖDP-Bundesverband
Stichwort: „Mitgliedergeschichten“
Pommerngasse 1
97070 Würzburg

Je nachdem, wie viele Beiträge bei uns eintreffen, können manche Mitgliedergeschichten auch per Newsletter veröffentlicht werden.

Wir freuen uns, von Ihnen zu lesen!

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: - 29 | info@oedp.de | www.oedp.de

2. Symposium zur Wachstumskritik

„Wirtschaft ohne Wachstumszwang!“

Bereits mit dem 1. Coburger Symposium zur Wachstumskritik im Januar 2020 haben wir als ÖDP entscheidende Impulse gesetzt zum kritischen Nachdenken und Zusammenhänge der Zusammenhänge aus:

- Ökologie – der Erhaltung unserer Natur
- Gemeinwohl – dem Wieder-Zusammenwachsen und fairen Ausgleich unserer Gesellschaft sowie der Völker und Nationen dieser Welt
- Wirtschaft – dem Handel und Wandel und der Bereitstellung der Güter, die wir alle für unser Leben brauchen

Für unser 2. Coburger Symposium haben wir uns thematisch zwei scheinbare Gegensätze vorgenommen, die sich allerdings bei näherem Hinsehen als zwei Seiten einer Medaille entpuppen: Finanzwirtschaft und Soziales – Mittelherkunft und Mittelverwendung!

1. Finanzwirtschaft

Die Grundfrage: Wie muss die Finanzwirtschaft – Geld- und Kapitalmarkt – gestaltet werden, damit sie die Energie- und Klimawende und

die ökologischen und sozialen Aufgaben mitfinanziert, ohne das Wachstum weiter anzuhetzen?

Einerseits muss Finanzwirtschaft stark genug sein, um den schnellen Umbau einer Energiewende und eines arten- und Klimaschutzgerechten Wirtschafts- und Gesellschafts-systems mitzufinanzieren.

Andererseits muss sie sich darauf beschränken, dass sie die Realwirtschaft finanziert und dabei vermeidet, den Wachstumsimpulsen Vor-schub zu leisten.

2. Soziales

Sicher ist: „Bei unserem neuen Konzept wollen und müssen wir alle mitnehmen, keiner darf zurückbleiben!“ Dabei dürfen wir die soziale Frage nicht auf Kosten der Ökologie lösen, sondern müssen die Probleme der Ökologie gemeinsam mit der sozialen Frage lösen!

Die Grenze allen Handelns muss allerdings heißen: „Wir haben nur einen Planeten – und nicht drei. Mehr als der eine steht unseren Kindern und Enkelkindern nicht zur Verfügung!“ Um genau so viel weniger dürfen wir von jetzt an Ressourcen verbrauchen, bis es für alle und in alle Zukunft in gleichem Maße genügt!

Sie möchten sich schon vorab in die Thematik einlesen? Dann schauen Sie doch mal auf unsere Website. Dort finden Sie Wissenswertes zum Thema und eine Auswertung inkl. Videos zum 1. Symposium vom Januar 2020.



» www.wenigeristmehr.jetzt



Wir haben uns viel vorgenommen – nur gemeinsam können wir das schaffen!

Wenn Sie sich gemeinsam mit uns dieser Herausforderung stellen möchten, dann merken Sie sich am besten gleich das Wochenende **27./28. März 2021** vor. Abhängig von der Corona-Entwicklung könnte es zwar noch zu einer Verschiebung kommen. Hier müssen wir erst die Vorgaben der Bundesregierung abwarten. Bei positiven Entscheidungen werden wir Sie schon bald auf verschiedenen Wegen zur Anmeldung für das Symposium einladen.

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im April, im August und im Dezember. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Februar 2021**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 404 86-0
Fax: (09 31) 404 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Obermühle 18, 99976 Anrode OT Dörna
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Lars C. Arnold, Ulrike Brandhorst, Ulrich Brehme, Timo Diers, Matthias Dietrich, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Philipp-Noah Groß, Dr. Ralf Grünke, Günter Grzega, Heinz Hollenberger, Walter Konrad, Thomas Löb, Urban Mangold, Tobias Montag, Dr. Claudius Moseler, Thomas Prudlo, Manuela Ripa, Martin Truckenbrodt

Interviewpartner

Prof. Dr. Mathias Binswanger, Prof. Dr. Riane Eisler, Christian Felber, Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Bruno Kern, Prof. Dr. Christian Kreiß, Axel Nauert, Kai Schlegelmilch, Andrea Vetter

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Dr.-Gessler-Str. 12A, 93051 Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
presse@oedp.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im April 2021



Wirtschaft ohne Wachstum? Teil 2

Skepsis gegenüber einem dogmatischen Wachstumsdenken, dem sich alles unterzuordnen hat, gehört seit jeher zum Selbstverständnis der ÖDP – und ist aktueller denn je. Denn die Klimaerwärmung verlangt nach schnellen und wirksamen Lösungen, die Wirtschaftsverbände und Konzerne bremsen. Doch Fridays for Future verstärkte den Druck auf die Politik. Aber wie können wir die ökologischen Probleme am effizientesten lösen? Und wie so sozialverträglich, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihr steht – und irrationale Wutbürger nicht die Oberhand gewinnen? Wichtige Fragen – vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst 2021.

TERMINE

So. 14.03.2021	Landtagswahl in Baden-Württemberg
So. 14.03.2021	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
So. 14.03.2021	Kommunalwahl in Hessen
Sa. 20.03.2021	Landesparteitag der ÖDP Bayern (n.n.)
Sa.–So. 27.–28.03.2021	ÖDP-Symposium „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ (in Coburg)
So. 25.04.2021	Landtagswahl in Thüringen
Fr.–So. 30.04.–02.05.2021	ÖDP-Bundesparteitag in Würzburg
So. 06.06.2021	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
So. 26.09.2021	Bundestagswahl

Aufgrund der Corona-Pandemie gab es bis zum Druckbeginn dieser Ausgabe noch keine weiteren Termine für Landes- und Bundesparteitage der ÖDP.

Ich nehme die Bio-Impfung, da hatten
die Wirkstoffe wenigstens ein schönes Leben.



Karikatur: Christiane Pflöhlmann